

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 170

März 2008

€ 0,50

Nationalistische CDU-Hetze in Hessen, tödlicher Brand in Ludwigshafen

Mobilisiert die Arbeiterklasse gegen rassistische Unterdrückung!



de.indymedia.org



Der Spiegel

Links: Bei Hausbrand in Ludwigshafen starben am 3. Februar neun türkischstämmige Immigranten. Oben: Tausende trauerten und protestierten vor ausgebrannter Ruine, 7. Februar

Die Reaktionen auf den Hausbrand in Ludwigshafen werfen ein grelles Licht auf den tiefen Rassismus dieser kapitalistischen Gesellschaft. Vier Frauen und fünf Kinder, die aus

SPD/Linkspartei wollen kapitalistischen Staat stärken

der Türkei stammten oder hier geboren wurden, starben in den Flammen am 3. Februar. Wir trauern mit um Medine Kaplan (48), Hülya Kaplan (31), Belma Özkaplı (22), Döne Kaplan (21), Dilara Kaplan (11), Karanfil Kaplan (4), Kamil Kaplan (3), İlyas Çalar (2) und Kenan Kaplan (2). Erst kurz zuvor hatte Ministerpräsident Roland Koch (CDU), unterstützt von Bundeskanzlerin Merkel, im hessischen Wahlkampf Rassismus gegen türkisch-stämmige Jugendliche

massiv aufgepeitscht. Die Brandursache ist noch unbekannt, aber vieles deutet auf einen Nazi-Brandanschlag hin.

2006 wurde schon ein Brandanschlag auf den türkischen Kulturverein im Erdgeschoss des betroffenen Hauses verübt, man fand Nazi-Schmierereien mit SS-Runen an der Hauswand, Nazi-Kader wohnen in der Nachbarschaft und erst vor wenigen Monaten hatte es einen Naziaufmarsch unweit von Ludwigshafen gegeben. Zwei überlebende Mädchen schilderten, wie sie beobachtet hatten, dass ein Unbekannter Feuer im Eingangsbereich des Gebäudes legte. Unbestätigten Meldungen zufolge sollen sie die Aussagen mittlerweile zurückgezogen haben. Staatliche psychologische Gutachter wurden auf sie angesetzt. Bis Redaktionsschluss unserer Zeitung, also einen Monat nach dem Brand, haben Ermittler *keinerlei* Erklärung für die Brandursache gegeben. Dennoch gab der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz

Fortgesetzt auf Seite 19

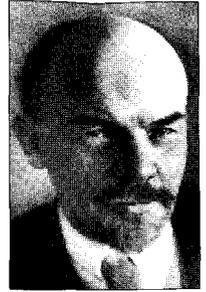
Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Die bolschewistische Revolution und die Befreiung der Frauen



TROTZKI

Die Russische Revolution von 1917 ist ein lebendiges Beispiel, wie die Arbeiterklasse an der Macht alle Formen sozialer Unterdrückung bekämpft. Mit dem Verständnis, dass die soziale Ungleichheit von Frauen in der Klassengesellschaft und der Institution Familie begründet ist, versuchten die Führer des jungen Sowjetstaates die materiellen Grundlagen der Frauenunterdrückung zu unterminieren. Die stalinistische Degeneration der Sowjetunion führte auch zum Rückzug im Kampf für die Befreiung der Frau. Die Trotzlisten verstanden, dass vollständige soziale Gleichheit, genauso wie das Überleben der Revolution selbst, einer internationalen Ausweitung der proletarischen Revolution bedurfte. Seit der Konterrevolution, die 1991/92 den Kapitalismus restaurierte, hat sich die Lage der Frauen in der Ex-Sowjetunion erheblich verschlechtert. Auch die Frauen im deformierten Arbeiterstaat DDR hatten Errungenschaften wie staatliche Kinderbetreuung, Zugang zu den meisten Berufen und ein hohes Maß an wirtschaftlicher Gleichheit, ein Status von dem ihre west-



LENIN

deutschen Klassenschwestern, trotz größerer ökonomischer Stärke des westdeutschen Imperialismus, weit entfernt waren.

Die Oktoberrevolution tat der Frau gegenüber ehrlich ihre Pflicht. Die junge Macht gab ihr nicht nur dieselben politischen und juristischen Rechte wie dem Mann, sondern, was noch wichtiger ist, tat alles, was sie konnte, und jedenfalls unvergleichlich mehr als irgendein anderer Staat, um ihr wirklich zu allen Zweigen der Wirtschafts- und Kulturarbeit Zutritt zu verschaffen. Jedoch selbst die kühnste Revolution wäre genauso wenig wie das „allmächtige“ britische Parlament dazu in der Lage, die Frau in einen Mann zu verwandeln, oder besser gesagt, die Last der Schwangerschaft, des Gebärens, des Stillens und der Kindererziehung zu gleichen Teilen auf beide zu verteilen.

Die Revolution machte einen heroischen Versuch, den so genannten „Familienherd“ zu zerstören, d. h. jene archaische, muffige und starre Einrichtung, in der die Frau der werktätigen Klassen von der Kindheit bis zum Tode wahre Zwangsarbeit leisten muss. An die Stelle der Familie als geschlossenem Kleinbetrieb sollte, so war es gedacht, ein vollendetes System öffentlicher Pflege und Dienstleistungen treten: Entbindungsanstalten, Krippen, Kindergärten, Schulen, öffentliche Kantinen, öffentliche Wäschereien, Kliniken, Krankenhäuser, Sanatorien, Sportvereine, Kinos, Theater usw. Durch das vollständige Ersetzen der wirtschaftlichen Funktionen der Familie durch Einrichtungen der sozialistischen Gesellschaft, die die gesamte Generation in Solidarität und gegenseitigem Bestand eint, sollte der Frau und dadurch auch dem Ehepaar wirkliche Befreiung aus den tausendjährigen Fesseln gebracht wer-

den. Solange diese wichtigste aller Aufgaben nicht gelöst ist, bleiben 40 Millionen Sowjetfamilien in ihrer erdrückenden Mehrheit Brutstätten einer mittelalterlichen Daseinsweise, weiblicher Knechtschaft und Hysterie, täglicher Demütigung der Kinder, weiblichen und kindlichen Aberglaubens. In dieser Frage kann man sich keinen Illusionen hingeben. Eben darum sind die kurz nacheinander erfolgten Änderungen in der Einstellung zur Familie in der UdSSR bezeichnend für das Wesen der Sowjetgesellschaft und die Evolution ihrer herrschenden Schicht.

Es ist nicht gelungen, die alte Familie im Sturm zu nehmen. Nicht weil es an gutem Willen gefehlt hätte. Auch nicht weil die Familie so fest in den Herzen verwurzelt ist. Im Gegenteil, nach einer kurzen Periode des Misstrauens zum Staat, zu seinen Krippen, Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen wussten die Arbeiterinnen und nach ihnen auch die fortgeschrittenen Bäuerinnen die unermesslichen Vorzüge der kollektiven Kinderpflege wie der Vergesellschaftung der gesamten Familienwirtschaft wohl zu schätzen. Leider erwies sich die Gesellschaft als zu arm und zu unkultiviert. Die realen Mittel des Staates entsprachen nicht den Plänen und Absichten der Kommunistischen Partei. Man kann die Familie nicht „abschaffen“, man muss sie durch etwas ersetzen. Auf der Grundlage der „verallgemeinerten Not“ ist eine wirkliche Befreiung der Frau nicht zu verwirklichen. Die Erfahrung veranschaulichte bald diese bittere Wahrheit, die Marx 80 Jahre zuvor formuliert hatte.

– Leo Trotzki, *Verratene Revolution* (1936)

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler, Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Jörg Steenrod, Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiterin: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Der Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 3. März 2008

Nr. 170

März 2008

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb eine Broschüre des Komitees für soziale Verteidigung vom Januar 2008 beigelegt.

Gericht in Pennsylvania weist Berufung zurück

Mobilisiert jetzt für

Mumia Abu-Jamals Freiheit!

Die folgende Presseerklärung wurde am 21. Februar vom amerikanischen Partisan Defense Committee veröffentlicht und vom Komitee für soziale Verteidigung übersetzt. Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD).

Am 19. Februar schlug der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania dem politischen Todeszellen-Gefangenen Mumia Abu-Jamal erneut die Tür vor der Nase zu. Das oberste Gericht von Pennsylvania wies Mumias Ersuchen ab, eine Anhörung zu bekommen, um Beweismaterial zu präsentieren, dass Schlüsselzeugen in seinem abgekarteten Prozess auf Druck der Polizei einen Meineid geleistet haben. Dabei berief es sich auf Prozessordnungsvorschriften, die die Verwendung von Beweismitteln als nicht rechtzeitig ausschließen, die nach Prozess und Berufung aufgefunden werden. Immer noch anhängig vor dem Dritten Bundesberufungsgericht ist Mumias Berufung gegen eine Abweisung seines Haftprüfungsersuchens (Habeas Corpus) zur Aufhebung seiner Verurteilung. Die mündliche Anhörung dieser Berufung fand im vergangenen Mai statt, und eine Entscheidung, die entweder das Todesurteil bestätigt, Mumia zu einem Leben hinter Gittern



Entscheidung des Bundesgerichts steht bevor

verurteilt oder einen neuen Prozess oder zusätzliche rechtliche Schritte anordnet, kann täglich fallen.

Mumia war in seiner Jugend ein Sprecher der Black Panther Party und später ein angesehener Journalist und Unterstützer der MOVE-Organisation in Philadelphia. Ihm wurde der Mord an dem Polizeibeamten Daniel Faulkner aus Philadelphia vom 9. Dezember 1981 angehängt, und er wurde ausdrücklich wegen seiner politischen Ansichten zum Tode verurteilt. Rachel Wolkenstein, Rechtsanwältin des Partisan Defense Committee (PDC) und von 1995 bis 1999 Mitglied in Mumias Verteidigerteam, erklärte: „Was sich das Gericht erneut weigerte anzuhören, ist nur ein kleiner Teil des Berges an Beweismaterial für Mumias Unschuld. Die Beweise für Mumias Unschuld, darunter das Geständnis Arnold Beverlys, dass er und nicht Mumia den Polizisten Faulkner erschossen hat,

werden ausführlich dargelegt in dem [vom KfsV übersetzten] PDC-Faktenblatt *Große Lüge im Dienste des staatlichen Lynchmords*“ (<http://www.partisandefense.org>).

Wolkenstein erläuterte: „Das von dem Gericht in Pennsylvania abgewiesene Beweismaterial betrifft den Kern des Komplotts der Anklage. Der einzige Zeuge, der behauptete, Mumia mit einer Schusswaffe in der Hand gesehen zu haben, war Cynthia White, eine Prostituierte, die von den Bullen Vergünstigungen erhielt und genötigt wurde zu lügen.

Macht euch bereit für Notfallproteste!

Nach der Anhörung vor dem Dritten Bundesberufungsgericht am 17. Mai 2007 kann es jederzeit eine Entscheidung geben.

Falls das Gericht die Todesstrafe bestätigt oder Mumias Berufungsantrag auf einen neuen Prozess oder eine neue Anhörung ablehnt, ruft das KfsV zu Protesten auf.

Mumia Abu-Jamal ist unschuldig! Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Berlin, am Tag nach der Entscheidung

Nähe US-Botschaft (Unter den Linden,
Ecke Neustädtische Kirchstr.)

18 Uhr an Wochentagen, 14 Uhr am Wochenende

Tragt euch in die Notfallmobilisierungsliste ein:
kfsv@online.de, Tel. (030) 4 43 94 01

Hamburg, zweiter Tag nach der Entscheidung

Gegenüber dem US-Generalkonsulat (Alsterufer 27/28)
17.30 Uhr an Wochentagen, 12 Uhr am Sonnabend
(Im Falle eines Urteils am Freitag wird der Protest
am folgenden Montag stattfinden.)

Tragt euch in die Notfallmobilisierungsliste ein:
kfsv-hamburg@web.de, Tel. (040) 32 36 44

Zwei Monate nach Faulkners Tod heckten Bullen und Staatsanwälte eine Geschichte aus, Mumia habe, während er auf dem Flur der Notaufnahme des Jefferson Hospitals fast verblutete, ein Geständnis des Mordes an Faulkner herausgeschrien.“ Weiter sagte sie: „Das vom Gericht ausgeschlossene Beweismaterial waren die Erklärungen von Yvette Williams, die im Dezember 1981 zusammen mit Cynthia White im Gefängnis war, und von Kenneth Pate, Stiefbruder von Priscilla Durham, einer Sicherheitsbediensteten des Jefferson Hospitals, die in Mumias Prozess bezeugt hatte, das erfundene Geständnis gehört zu haben.“ In ihrer Erklärung vom 28. Januar 2002 stellte Williams fest: „Cynthia White erzählte mir, die Polizei habe sie dazu gebracht zu lügen und auszusagen, sie hätte gesehen, wie Mr. Jamal Officer Faulkner erschossen hätte, während sie in Wirklichkeit gar nicht gesehen hatte, wer dies tat.“ In seiner Erklärung vom 18. April 2003 erinnerte sich Kenneth Pate, Durham habe ihm von Nötigung durch die Bullen erzählt, damit sie aussage, dass Mumia gestanden habe, sie habe ihm aber anvertraut, dass „alles, was ich ihn sagen hörte, war: ‚Weg von mir, weg von mir, sie versuchen mich zu töten.‘“

Wolkenstein wies darauf hin, dass „der Vorwand für die Gerichtsentscheidung Pennsylvanias Version der Epidemie an Gesetzen ist, die im ganzen Land verabschiedet wurden – vor allem Bill Clintons Anti-Terrorism and Effective Death Penalty Act [Gesetz gegen den Terrorismus und für eine wirksame Todesstrafe] von 1996 – die den Tausenden in der Todeszelle das Recht auf Berufung beschneiden. Pennsylvanias Gesetz wurde kurz nach Mumias erster PCRA-Anhörung 1995 verabschiedet, gerade um seine Berufungsrechte zu beschneiden“. Wolkenstein weiter: „Das ist eines der vielen ‚Mumia-Gesetze‘, die benutzt wurden, um diesen unschuldigen Mann in der Todeszelle zu halten. Wie im berühmtesten Dred-Scott-Fall von 1857 hat ein Gericht nach dem anderen – sowohl des Staates als auch des Bundes – erklärt, dass dieser Kämpfer für die Freiheit der Schwarzen keine Rechte besitzt, die sie zu respektieren haben.“

Pam Africa, Koordinatorin der International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal, erklärte: „Ich bin von dieser Entscheidung nicht schockiert. Der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania hat in Mumias Fall noch nie gerecht entschieden, insbesondere wo der ehemalige Bezirksstaatsanwalt von Philadelphia Ron Castille daran beteiligt ist. Dies sollte die Menschen aufrütteln und ihnen die Ungerechtigkeit in Mumias Fall vor Augen führen.“ Castille,

Oberrichter am Obersten Gerichtshof von Pennsylvania, war der Bezirksstaatsanwalt, der gegen Mumias erste Berufung auftrat, und war später eines der Mitglieder des Obersten Gerichtshofs von Pennsylvania, der Mumias Berufung gegen die Ablehnung seiner PCRA-Berufung von 1997 abwies.

Laut Wolkenstein „wurde die gegenwärtige vom Gericht abgelehnte Berufung im Jahre 2003 vorgelegt, kurz nachdem sich dasselbe Gericht derselben Gesetze bedient hatte, um abzulehnen, das Geständnis Arnold Beverlys, dass er und nicht Mumia den Polizisten Faulkner erschossen hat, auch nur zu behandeln“. Wolkenstein erläuterte: „Beverly erklärte, dass er und ein anderer Mann angeheuert worden seien, Faulkner zu töten, weil dieser bei den Schmier- und Bestechungsgeldern störte, mit denen erkaufte wurde, dass illegale Aktivitäten wie Prostitution, Glücksspiel und Drogen im Bereich Center City nicht strafrechtlich verfolgt wurden. Dies und eine Fundgrube an unterstützendem Beweismaterial wurde Bundes- und Staatsgerichten zusammen mit Mumias eigener Erklärung vorgelegt, dass er mit der Erschießung nichts zu tun hatte. Doch diese Gerichte lehnen es ab, das Beweismaterial anzuhören, weil es unterstreicht, dass das Komplott gegen Mumia keine Verirrung ist, nicht das Werk eines rassistischen Richters oder einiger schurkischer Bullen, sondern die normale Funktionsweise des rassistischen kapitalistischen Justizsystems.“ Sie fügte hinzu: „Weder das vom Obersten Gerichtshof von Pennsylvania abgewiesene Beweismaterial, noch andere Teile der gewaltigen Menge an Beweisen für Mumias Unschuld werden überhaupt vor dem Dritten Berufungsgericht behandelt.“

Gene Herson, Gewerkschaftskoordinator des PDC, erklärte: „Die rassistischen kapitalistischen Herrscher wollen den legalen Lynchmord an Mumia – denn sie sehen in ihm das Gespenst der Revolte der Schwarzen, weil er ein entschiedener Gegner der rassistischen Unterdrückung der Schwarzen ist, die einen Grundstein des amerikanischen Kapitalismus bildet. Es gibt *keine Gerechtigkeit* in diesem System für Menschen wie Mumia, für Kämpfer für die Freiheit der Schwarzen, für Militante der Arbeiterbewegung, für Gegner des kapitalistischen Systems und seiner Demokratischen und Republikanischen Parteien.“ Herson betonte die Notwendigkeit, die soziale Macht der Arbeiterbewegung zusammen mit allen Kämpfern gegen rassistische Ungerechtigkeit für Mumias Sache mobil zu machen: „Der einzige Druck, der bei den kapitalistischen Herrschern und ihren Gerichten Wirkung zeigen wird, ist die Furcht vor den

Konsequenzen einer Hinrichtung oder lebenslänglichen Einkerkerung Mumias. Es bedurfte einer Kampagne internationaler Massenproteste unter maßgeblicher Beteiligung von Gewerkschaftern, um im Jahre 1995, als Mumia von einem Hinrichtungsbefehl bedroht war, dem Henker in den Arm zu fallen.“ Herson verwies auf den Aufruf des PDC und anderer Organisationen zu Notfallprotesten am Tag danach für den Fall einer negativen Entscheidung des Dritten Bundesberufungsgerichtes und auf einen geplanten landesweiten Protest in Philadelphia am dritten Samstag danach (www.partisandefense.org/events/index.html#deutsch). Er betonte: „Diese Proteste müssen als Sprungbrett dafür dienen, um Massenproteste wieder zu beleben für die Forderung: ‚Mumia ist unschuldig – Freiheit für ihn, sofort! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!‘“ ■



Seminarreihe der Spartakist-Jugend Berlin

GRUNDLAGEN DES MARXISMUS

Freitag, 28. März

**160 Jahre Kommunistisches Manifest
und kapitalistische Klassengesellschaft heute**

Freitag, 18. April

Lenins *Staat und Revolution*:

Die Arbeiterklasse muss den bürgerlichen Staat zerschlagen!

Freitag, 16. Mai

**Trotzkis Klassenanalyse der Sowjetunion und die
Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats China heute**

18.30 Uhr, Bar *Aufsturz*, Klubraum, Oranienburger Straße 67,
S-Bhf. Oranienburger Straße
Lesematerial und Kontakt: (030) 4439400, spartakist@online.de

Die Russische Revolution von 1917

Vom Kornilow-Putsch zur Oktoberrevolution

Nachfolgend drucken wir den zur Veröffentlichung redigierten zweiten und abschließenden Teil eines Schulungsvortrags ab, den die Genossin Diana Coleman im Rahmen einer Schulungsreihe zu Leo Trotzki's Die Geschichte der Russischen Revolution (1932) hielt, die im Januar 2006 als Schulung für junge Genossen der Spartacist League/U.S. stattfand. Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 877 und 879, 29. September und 27. Oktober 2006. Der erste Teil erschien in Spartakist Nr. 169 (Winter 2007/2008).

Zweiter Teil

Die Frage war, ob die Partei ihre Arbeit an die Entwicklung einer bürgerlichen Republik anpassen oder sich das Ziel der Machtergreifung durch das Proletariat setzen sollte. Je weiter man zur Basis der Partei herabstieg, desto mehr Mitglieder waren für den Boykott des Vorparlaments. Die Kiewer Stadtkonferenz rief zum Boykott auf und erklärte: „Man darf keine Zeit mit Geschwätz und Säen von Illusionen vergeuden“ (zitiert in Trotzki's *Geschichte*). So korrigierte die Partei umgehend ihre Führer. Letztendlich kamen die Bolschewiki nur zum Vorparlament, um das Ganze in einer zehnminütigen Rede Trotzki's öffentlich anzuprangern, und gingen dann wieder.

Die Bolschewisierung der Massen schritt im ganzen Lande voran, wie auch die Landbesetzungen der Bauern – ein regelrechter Bauernkrieg auf dem Lande. Dies war ein notwendiger Bestandteil der Revolution. Die Kompromissler der Menschewiki und Sozialrevolutionäre (SR) waren entsetzt, trösteten sich aber mit dem Gedanken, dass dies nur die unwissenden „dunklen Massen“ waren. Ihr Bolschewismus, schrieb Suchanow verächtlich, „war nichts anderes als Haß gegen die Koalition und Sehnsucht nach Land und Frieden“ (zitiert in Trotzki's *Geschichte*). Als wäre das so wenig! Hass gegen die Koalition bedeutete ein Verlangen, der Bourgeoisie die Macht zu entreißen. Land und Frieden war das gewaltige Programm, das die Bauern- und Soldatenmassen unter der Führung der Arbeiter auszuführen gedachten.

Die Agitation für den Zweiten Sowjetkongress war weithin sehr populär bei den Massen, denn jeder wusste, es würde eine bolschewistische Mehrheit geben. Dementsprechend war er bei den Kompromisslern der Menschewiki und SR unpopulär, die versuchten, den Kongress aufzuschieben. Wie jede Form einer repräsentativen Regierung waren die Sowjets nicht vollkommen; insbesondere in Zeiten scharfer Veränderungen im Bewusstsein hinkten sie hinter den Massen her. Im September sieht man Lenin sehr spezielle Artikel schreiben wie „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“, in denen er die sozialistischen Aufgaben darlegte, die das Proletariat in Angriff nehmen muss, selbst in dem Bewusstsein, dass Russland ein rückständiges Land war: Nationalisierung der Banken und Arbeiterkon-



Staatsbibliothek, Berlin

Bewaffnete Garde vorm Smolny-Institut in den Oktobertagen

trolle über die Industrie. Er schrieb: „Vorwärtsschreiten ... ist *unmöglich, ohne* zum Sozialismus zu *schreiten*, ohne *Schritte* zum Sozialismus zu machen (Schritte, die bedingt sind und bestimmt werden durch den Stand der Technik und der Kultur: Man kann den maschinellen Großbetrieb in die bäuerliche Landwirtschaft nicht ‚einführen‘, in der Zuckerrfabrikation kann man ihn nicht abschaffen).“

Lasst mich noch einmal über den Krieg sprechen. In seiner *Geschichte* sagte Trotzki über die bolschewistische Zeitung *Prawda*, die im März den revolutionären Defätismus abgelehnt hatte, in scharfem Ton: „Der ‚Defätismus‘ war keinesfalls eine Erfindung der feindlichen Presse unter dem Schutze der Zensur, er wurde von Lenin mit der Formel gegeben: ‚Die Niederlage Rußlands ist das kleinere Übel.‘ Das Erscheinen des ersten revolutionären Regiments und sogar der Sturz der Monarchie änderte an dem imperialistischen Charakter des Krieges nichts.“ Vom Februar bis zum Oktober benutzten die Bolschewiki die Forderung nach Frieden immer offener, da die proletarische Machtergreifung, als notwendige Vorbedingung zur Verwirklichung dieser Forderung, jetzt auf der Tagesordnung stand. Lenin distanzierte sich nie von seinen beißenden Polemiken von vor 1917 gegen die Sozialpazifisten wie Kautsky oder diejenigen, die ihnen gegenüber vermitteln wollten, wie Trotzki damals. Diese Polemiken spielten eine entscheidende Rolle dabei, Trotzki für den Bolschewismus und echten revolutionären Internationalismus zu gewinnen. Für Lenin waren jetzt jegliche Forderungen nach Frieden untrennbar verbunden mit der bevorstehenden sozialistischen Revolution und der Machtergreifung.

Lenin hielt am 14. Mai 1917 eine lehrreiche Rede mit dem passenden Titel „Krieg und Revolution“. Zuerst spricht



Oben: Demonstration zu Ehren des Zweiten Sowjetkongresses. Rechts: Bekanntmachung des Militärischen Revolutionskomitees vom 25. Oktober verkündet: „Sofortiges Angebot eines demokratischen Friedens, Abschaffung des gutsherrlichen Grundbesitzes, Arbeiterkontrolle über die Produktion und die Errichtung der Sowjetmacht“

От Военно-Революционного Комитета при Петроградском Совете Рабочих и Солдатских Депутатов.

Къ Гражданамъ Россіи.

Временное Правительство изложило. Государственная власть перешла въ руки органа Петроградскаго Совета Рабочихъ и Солдатскихъ Депутатовъ Военно-Революческаго Комитета, избраннаго во главе Петроградскаго парламентарнаго и гарнизона.

Для за купорое Европы несутъ немедленное предложение демократическаго мира, отмены помещичьей собственности на землю, рабочей контроль надъ производствомъ, издаване Советскаго Правительства — это дело обещано.

ДА ЗАРАБАТЫВАЮТЪ РЕВОЛЮЦІЯ РАБОЧИХЪ, СОЛДАТЪ И КРЕСТЬЯНЪ!

Военно-Революционный Комитетъ при Петроградскомъ Совете Рабочихъ и Солдатскихъ Депутатовъ.
15 октября 1917 г. № 1, 7/10.

er über die Notwendigkeit, den „Klassencharakter des Krieges“ zu verstehen, d. h., wofür der Krieg geführt wird und welche Klassen ihn in Szene setzen und dabei die Regie führen. Er sagte:

„Wir Marxisten sind nicht unbedingte Gegner eines jeden Krieges. Wir sagen: Unser Ziel ist es, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten... Aber im Krieg um diese sozialistische Gesellschaftsordnung werden wir unabwendbar Verhältnisse antreffen, wo der Klassenkampf innerhalb einer jeden einzelnen Nation mit einem durch eben ihn, diesen Klassenkampf, erzeugten Krieg zwischen verschiedenen Nationen zusammentreffen kann, und wir können darum die Möglichkeit revolutionärer Kriege, d. h. solcher Kriege, die aus dem Klassenkampf entstanden sind, von revolutionären Klassen geführt werden und direkte, unmittelbare revolutionäre Bedeutung haben, nicht leugnen.“

Lenin verhöhnt die Erklärungen der menschowistischen und sozialrevolutionären Versöhner für „Frieden ohne Annexionen“, die gleichzeitig Minister in der Provisorischen Regierung haben, die der Armee aufträgt, in die Offensive zu gehen. Er sagt weiter:

„Den Krieg hat die russische Revolution nicht verändert, aber sie hat Organisationen geschaffen, die es in keinem einzigen Land gibt... [Wir haben] über ganz Rußland hin das Netz der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten... Das eben ist sie, die Revolution, die ihr letztes Wort noch nicht gesprochen hat. Das eben ist die Revolution, die es in Westeuropa unter solchen Bedingungen nicht gegeben hat. Das eben sind die Organisationen jener Klassen, die in der Tat keine Annexionen brauchen...“

Lenin spricht hier von Doppelherrschaft. Am Schluss dieses Artikels sagt er:

„In diesem Krieg siegen wird einzig und allein die Arbeiterrevolution in einigen Ländern. Der Krieg ist kein Kin-

derspiel, der Krieg ist eine unerhörte Sache, der Krieg kostet Millionen Opfer, und es nicht so leicht, ihn zu beenden.

Die Soldaten an der Front können die Front nicht vom Staat trennen und selbständig entscheiden. Die Soldaten an der Front – das ist ein Teil des Landes. Solange der Staat Krieg führt, wird auch die Front leiden... Ob ihr einen baldigen Frieden erhaltet, hängt nur davon ab, wie die Entwicklung der Revolution verlaufen wird.“

In diesem Artikel und in vielen anderen seht ihr Lenins Internationalismus: „Wenn die Macht in die Hände der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten übergeht, dann werden sich die Kapitalisten gegen uns aussprechen: Japan wird gegen uns sein, Frankreich gegen uns, England gegen uns; gegen uns werden die Regierungen aller Länder sein. Gegen uns werden die Kapitalisten sein, für uns die Arbeiter. Dann ist Schluß mit dem Krieg, den die Kapitalisten angefangen haben.“ Ihr seht auch, wie er die Situation der Doppelherrschaft aufgreift und tatsächlich plant, was nach der Machtergreifung der Sowjets geschehen wird. Es gibt eine Menge Artikel, in denen er die Idee verspottet, Friedenskonferenzen und Friedensresolutionen könnten den imperialistischen Krieg beenden, und erklärt, dass nur die proletarische Machtergreifung dazu imstande sei. Obgleich die Bolschewiki gewiss Massenverbrüderungen an der Front unterstützten, was Lenin als „instinktive“ Reaktion bezeichnete,

mussten die Soldaten verstehen, dass dies den Krieg nicht beenden würde.

Ich empfehle das Buch *Kronstadt and Petrograd in 1917* von dem bolschewistischen Matrosenführer F.F. Raskolnikow. Es ist eine sehr lebendige und lesbare Darstellung des revolutionären Kronstadt und der bolschewistischen Arbeit in Armee und Marine. Trotzki erzählt, wie Matrosen aus Kronstadt das Land mit besonderen Vollmachten des Kronstädter Sowjets bereisten, die ihnen kostenloses Reisen erlaubten und sie dazu berechtigten, bei örtlichen Komiteeversammlungen abzustimmen, zu sprechen und sie sogar einzuberufen. Raskolnikow beschreibt eine der Rundreisen, die er zu verschiedenen Schiffen der aktiven Marine unternahm, „die sich damals noch nicht von dem Einfluss ‚kompromisslerischer‘ Stimmungen gelöst hatten“. Einmal entlarvte er einen ehemaligen Herausgeber einer Publikation der „Schwarzhunderter“ [Pogromisten], der als SR stellvertretender Vorsitzender eines Sowjets geworden war. Ein anderes Mal sprach er etwas nervös zu einer Schiffsbesatzung, die erst wenige Monate zuvor eine Resolution für „Krieg bis zum Ende“ angenommen hatte, wurde aber leidenschaftlich begrüßt, als er den Krieg, die Regierung und die Koalition mit der Bourgeoisie geißelte. Auf einem anderen Schiff warf ein rechter Offizier seinen Genossen von Deck. Anderswo sprach er vor einer Gruppe bolschewistisch gesinnter Esten mit Hilfe eines Dolmetschers. Es ist amüsant zu lesen.

Der Fall von Riga und „Landesverteidigung“

Im ersten Band der *Geschichte der Russischen Revolution* sagt Trotzki über die liberale Bourgeoisie: „Äußerlich blieb die Politik des Liberalismus aggressiv-patriotisch, annexionistisch, unversöhnlich. In Wirklichkeit war sie widerspruchsvoll, treubruchig und wurde schnell defätistisch.“ Da die liberale Bourgeoisie nicht daran glaubte, die Februarrevolution zur Förderung des Krieges ausnutzen zu können, hatte

sie vor, „den Krieg gegen die Revolution auszunutzen“. Trotzki bemerkte: „Heute ging es nicht um die Sicherung der vorteilhaftesten internationalen Bedingungen für das bürgerliche Rußland, sondern um Rettung des bürgerlichen Regimes selbst, wenn auch um den Preis einer weiteren Schwächung Rußlands.“

Am 20. August besetzten deutsche Streitkräfte den wichtigen russischen Seehafen Riga. Baltische Matrosen hatten gekämpft, um die Zufahrtswege nach Petrograd zu sichern, wie sie sagten, „nicht im Namen der Verträge unserer Regierer mit den Alliierten... aber im Namen der Wacht über die Zugänge zum Revolutionsherd Petrograd“. Trotzki nennt dies „den tiefen Widerspruch ihrer Lage als Avantgarde der Revolution und als unfreiwillige Teilnehmer des imperialistischen Krieges“. Diese Geschehnisse stellten den Internationalismus der Bolschewiki auf die Probe. Keine Minute lang wollten sie vor dem russischen Volk und den Arbeitern der Welt die Verantwortung für den Krieg mit den herrschenden Gruppen teilen.

Aus Furcht, eine Verteidigungsstimmung könnte in eine Politik der Landesverteidigung umschlagen, schrieb Lenin: „Wir werden Landesverteidiger werden erst nach dem Übergang der Macht an das Proletariat ... Weder die Einnahme Rigas noch die Einnahme Petrograds werden uns zu Landesverteidigern machen.“ „Der Fall Rigas“, schrieb Trotzki aus dem Gefängnis, „ist ein harter Schlag. Petrograds Fall wäre ein Unglück. Aber der Fall der internationalen Politik des russischen Proletariats wäre eine Katastrophe.“ In der ersten Oktoberwoche nahm die Furcht vor einem deutschen Angriff auf Petrograd wieder stark zu.

Die Provisorische Regierung begann emsig Pläne zur Aufgabe Petrograds und zur Einrichtung der Regierung in Moskau zu schmieden. Rabinowitsch [*The Bolsheviks Come to Power* (Die Bolschewiki kommen an die Macht), 1976] sagt vorsichtig: „Es gibt keine Beweise, dass die Provisorische Regierung je ernsthaft den Gedanken hegte, Petrograd kampflos den Deutschen zu übergeben“, doch er ist wenigstens aufrichtig genug, zu sagen, weshalb jeder genau dies vermutete. Rodsjanko, der ehemalige Vorsitzende der Staatsduma, sagte: „Petrograd scheint bedroht... Ich sage, zur Hölle mit Petrograd... Die Leute befürchten, dass unsere zentralen Institutionen in Petrograd zerstört würden. Dazu will ich sagen, ich wäre froh, wenn diese Institutionen zerstört würden, denn sie haben Russland nichts als Kummer bereitet.“ Die Arbeiter und Bauern zweifelten, besonders nach Rodsjankos offener Geständnis, nicht daran, dass die Regierung sie durch die Schule des deutschen Generals Ludendorff schicken wollte. Hier klingt der „Patriotismus“ der französischen Bourgeoisie von 1871 an, die Bismarck anbettelte, einzumarschieren und die Pariser Kommune zu zerschlagen.

Lenin rief jetzt zum Aufstand auf, nicht zuletzt, weil Petrograd mit seinem mehrheitlich bolschewistischen Sowjet ein Blutbad von Seiten des deutschen Imperialismus drohte; es gab eine Verschwörung zwischen Kerenski und den anglo-französischen Imperialisten, Petersburg an die Deutschen preiszugeben und so die Revolution zu unterdrücken. Lenin rief auf zum Sturz der Kerenski-Regierung und zu ihrer Ersetzung durch eine Arbeiter- und Bauernregierung, um „den Weg zu bahnen für den Frieden, für die Rettung Petrograds und der Revolution, für die Übergabe des Bodens an die Bauern und der Macht an die Sowjets“. Die Verschiebung des propagandistischen Schwerpunkts durch die Bolschewiki veranlasste Lenin 1918 zu der Bemerkung: „Wir waren Defätisten unter dem Zaren, aber unter Zereteli und Tschernow waren wir keine Defätisten.“ Die Bolschewiki gaben eine defätistische Haltung gegenüber der russischen bürgerlichen Regierung niemals auf – sie änderten

nur wegen des damals in Russland wütenden Klassenkriegs deren taktische Anwendung.

Die revolutionäre Krise reift heran

Die Bolschewiki mussten als Organisation beschließen, mit der Revolution fortzufahren. Bis auf eine wurden alle Kopien des Briefes Lenins, auf den ich vorhin verwies, mit dem Titel „Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen“ von der Mehrheit des Zentralkomitees verbrannt, die versuchte, Lenins Appelle nicht in die Hände der Arbeiter-Bolschewiken gelangen zu lassen. Lenin, immer noch im Untergrund, tobte und schrieb an jeden: Smilga, einen Parteilinken und Vorsitzenden der Regionalkomitees der Sowjets, Krupskaja in Petrograd, die seine Briefe vor dem Wyborger Bezirkskomitee verlas. Als er am 29. September „Die Krise ist herangereift“ schrieb, bot er seinen Rücktritt vom Zentralkomitee an, um die Hände frei zu haben, sich an die Parteimitgliedschaft zu wenden. Ein Arbeiter des Wyborger Bezirkskomitees sagte: „[Wir] erhielten ... von Iljitsch einen Brief zur Weitergabe an das Zentralkomitee ... Den Brief lasen wir und waren paff. Es stellte sich heraus, daß Lenin schon längst vor dem Zentralkomitee die Frage des Aufstandes erhob. Wir machten Lärm und begannen nachzudrücken.“

Anfang Oktober – und jetzt über die Köpfe des bolschewistischen Zentralkomitees hinweg – schrieb Lenin direkt an die Petrograder und Moskauer Komitees: „Zögern ist ein Verbrechen, den Sowjetkongreß abwarten ... ein törichtes Spiel mit Formalitäten, ein Verrat an der Revolution.“ Er bemerkte, dass die Massen genauso leicht von den Bolschewiki enttäuscht sein könnten wie sie es von anderen Parteien waren, sollten die Bolschewiki es versäumen zu handeln. Wie in Trotzki's *Lehren des Oktober* dargestellt, war die grundlegende Position der Rechten in der Partei unter der Führung Sinowjews und Kamenjews, dass die Partei bei einem bewaffneten Aufstand, dessen Ausgang äußerst zweifelhaft sein würde, alles riskieren würde, wo sie doch „ein Drittel der Sitze [der Konstituierenden Versammlung], ja vielleicht noch mehr bekommen“ könnten. Dieser rein parlamentarische, sozialdemokratische Kurs wurde nur schwach verhüllt durch ihre Erklärung, dass natürlich die Sowjets wichtig seien und dass die Doppelherrschaft auf unbegrenzte Zeit bestehen bleiben würde. Nein, das war nicht möglich; es hätte einen weiteren Kornilow gegeben oder dieser selbst wäre zurückgekommen.

Selbstverständlich würden wir, hätte sich Sinowjews und Kamenjews Politik durchgesetzt, heute von den gewaltigen Kräften hören, die gegen die Revolution aufgebieten wurden, und dass diese ohnehin unmöglich war. Wie so viele Niederlagen von Deutschland und China in den 20er-Jah-



BESTELLT!

Lenin und die Avantgardepartei

Spartakist-Broschüre,
Februar 1997

€ 1,50

Zu beziehen über
die Verlagsanschrift



Links: Kreuzer Aurora, bemannt mit Kronstädter Matrosen, vor der Nikolajewski-Brücke, 25. Oktober 1917. Oben: Plakat zeigt Mitglieder des bolschewistischen Kronstädter Komitees

ren bis Spanien in den 30er-Jahren, die auf das Fehlen einer Avantgardepartei mit einer gestählten revolutionären Führung zurückzuführen sind, würde die Niederlage – hätten die Bolschewiki es versäumt, die Oktoberrevolution anzuführen – der objektiven Lage und der Rückständigkeit der Massen zugeschrieben werden. Dies nenne ich die stalinistische Theorie der Krise der Gefolgschaft, die etwa lautet: „Wir versuchten euch zu führen, doch ihr wolltet nicht folgen.“

Die erste Machtprobe in der bolschewistischen Führung bezüglich des Aufstands war die berühmte Sitzung vom 10. Oktober, wo man sich mit zehn zu zwei Stimmen für den Aufstand aussprach – Sinowjew und Kamenjew stimmten dagegen. Die Resolution beginnt, typisch für Lenin, mit der internationalen Lage, d. h. dem Heranreifen der Weltrevolution; der Aufstand in Russland wird nur als ein Glied in der Gesamtkette angesehen. Die Idee, einen Sozialismus in einem Lande zu haben, hatte damals niemand im Sinn, nicht einmal Stalin.

Rabinowitsch erzählt eine amüsante Geschichte über die Sitzung vom 10. Oktober:

„Dies sollte Lenins erste direkte Konfrontation mit dem Zentralkomitee sein, seit er aus Finnland zurückgekehrt war; sie war auf Lenins Geheiß von Swerdlow sorgfältig vorbereitet worden. In einer ironischen Wendung des Schicksals wurde das Treffen in der Wohnung des linken Menschewiken Suchanow abgehalten, jenes unübertroffenen Chronisten der Revolution, der es irgendwie fertig gebracht hatte, bei fast jedem wichtigen politischen Treffen in Petrograd seit der Februarrevolution aufzutau-chen. Doch bei dieser Gelegenheit war Suchanow nicht anwesend. Seine Frau, Galina Flakserman, eine bolschewistische Aktivistin seit 1905 ... hatte einst Swerdlow die Benutzung von Suchanows Wohnung angeboten, sollte es nötig werden... Flakserman ihrerseits versicherte, dass ihr lästiger Gatte in dieser historischen Nacht wegbleiben würde. ‚Das Wetter ist miserabel, und du musst mir versprechen, nicht zu versuchen, heute Nacht noch nach Hause zu kommen‘, hatte sie ihm den besorgten Rat erteilt, als er an jenem Morgen früh zur Arbeit aufbrach.“

War wohl eine etwas angespannte persönliche Beziehung!

Die Resolution vom 10. Oktober war ungeheuer wichtig. Sie verlieh den überzeugten Befürwortern eines Aufstands

schlagartig den festen Boden der Parteimehrheit. Die Arbeiter bewaffneten sich, bildeten sich aus und stellten die Roten Garden auf. Arbeiter der Waffenfabriken schleusten Waffen direkt an die Arbeiter. Aber das Treffen vom 10. Oktober beseitigte beileibe nicht die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Führung. Es gab ein weiteres Treffen am 16. Oktober, wo sich Lenin wieder für einen Aufstand aussprach und Kamenjew und Sinowjew abermals dagegen stimmten. Am nächsten Tag gaben Kamenjew und Sinowjew gegenüber Maxim Gorkis Zeitung eine öffentliche Erklärung gegen den Aufstand ab, die am 18. Oktober veröffentlicht wurde. Lenin nannte sie Streikbrecher und forderte ihren Ausschluss aus der Partei. Dies geschah nicht, da der Aufstand dazwischenkam. Stalin versuchte in der bolschewistischen Zeitung die Meinungsverschiedenheiten zu vertuschen und rechtfertigte Kamenjew und Sinowjew, um sich für den Fall des Scheiterns des Aufstands

alle Türen offen zu halten.

Die Partei, die Sowjets und die Machteroberung

Bei den Meinungsverschiedenheiten Kamenjews und Sinowjews mit Lenin handelte es sich um prinzipielle Fragen: Ergreifung der Staatsmacht oder nicht. Grundlegender geht es nicht. Trotzki hatte taktische Differenzen mit Lenin: Sollte der Aufstand vom Sowjet oder direkt durch die Partei geleitet werden? Trotzki spricht über die Wichtigkeit der Sowjetlegalität für die Massen und die Zweckmäßigkeit, als Verteidiger der Sowjets angesehen zu werden. Aber Trotzki hatte nicht die naive Hoffnung, der Sowjetkongress selbst könne die Machtfrage entscheiden. In Trotzkis Kapitel „Die Kunst des Aufstandes“ kann man sehen, dass er 1917 schließlich Lenin in der Parteifrage verstanden hatte. Er schrieb: „Zur Machteroberung genügt dem Proletariat nicht der elementare Aufstand. Nötig ist die entsprechende Organisation, nötig der Plan, nötig die Verschwörung. So ist die Leninsche Fragestellung.“ Er fährt fort:

„Die Organisation, mit deren Hilfe das Proletariat imstande ist, nicht nur die alte Macht zu stürzen, sondern auch sie abzulösen, sind die Sowjets... Freilich, die Sowjets an sich lösen die Frage noch nicht. In Abhängigkeit von Programm und Führung können sie verschiedenen Zwecken dienen. Das Programm wird den Sowjets von der Partei gegeben... Die Aufgabe der Machteroberung kann nur gelöst werden durch eine bestimmte Verbindung von Partei und Sowjets oder anderen, den Sowjets mehr oder weniger gleichwertigen Massenorganisationen.“

Die Regierung hatte vor, die Petrograder Garnison an die Front zu schicken. Unter den Petrograder Regimentern herrschten völliger Aufruhr und Verweigerung. In diesem Moment Anfang Oktober brachten die Kompromissler der Menschewiki und SR im Petrograder Sowjet, der eine bolschewistische Mehrheit hatte, eine Resolution ein. Rabinowitsch beschreibt dies:

„Der Menschewik Mark Broido legte den Delegierten eine gemeinsame Resolution der Menschewiki und SR vor, die einerseits die Garnisonssoldaten aufforderte, sich auf die Verlegung an die Front vorzubereiten, sie andererseits aber damit zu beruhigen versuchte, dass sie die Einrichtung eines besonderen Ausschusses zur

Bewertung des Verteidigungsbedarfs und zur Ausarbeitung militärischer Verteidigungspläne vorsah, um im Volk Vertrauen zu erwecken. Im Grunde genommen zielte die Resolution darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen dem Petrograder Sowjet und der Regierung im Interesse der Kriegsanstrengungen zu fördern.“

Die waren nicht schlecht überrascht, als die Bolschewiki diesen Vorschlag begierig aufgriffen, was zur Gründung des Militärischen Revolutionskomitees führte, das den Aufstand organisierte! In einer interessanten Passage in der *Geschichte* schreibt Trotzki:

„Die Formulierungen waren allumfassend und gleichzeitig zweideutig: sie bewegten sich fast sämtlich an der Grenze zwischen Verteidigung der Hauptstadt und bewaffnetem Aufstand. Aber diese zwei bisher einander ausschließenden Aufgaben hatten sich jetzt tatsächlich einander genähert: nachdem er in seine Hände die Macht genommen, wird der Sowjet auch die militärische Verteidigung Petrograds auf sich nehmen müssen. Das Element der Verteidigungsmaske war nicht gewaltsam von außen hineingetragen worden, sondern ergab sich bis zu einem gewissen Grade aus den Bedingungen des Vorabends des Aufstandes.“

Das Militärische Revolutionskomitee hatte einen linken Sozialrevolutionär als formellen Vorsitzenden, ging aber auf bolschewistische Weise vor, mit Trotzki als seinem politischen Hauptführer. In einem Akt, den man im Grunde einen „kalten Aufstand“ nennen könnte, riss der bolschewistisch geführte Sowjet die Kontrolle über die Formationen bewaffneter Menschen der Provisorischen Regierung aus den Händen. Am 13. Oktober beschloss die Soldatensektion des Petrograder Sowjets, den militärischen Oberbefehl vom Oberkommando an das Militärische Revolutionskomitee zu übertragen. Mit anderen Worten, der Sowjet hatte nun praktisch die Staatsmacht inne. Am 21. oder 22. Oktober erklärte das Militärische Revolutionskomitee dem militärischen Oberkommando unumwunden, dass es nicht mehr im Dienst sei. Genau hier nennt es Rabinowitsch einen Aufstand. Die Truppen waren bereit, die Roten Garden waren bereit.

Am 24. Oktober lieferte Kerenski auf ziemlich törichte Weise den Funken, indem er die bolschewistische Zeitungsredaktion zu schließen versuchte. Das Militärische Revolutionskomitee schickte eine Abteilung, um die Zeitung wieder in Gang zu bringen, und begann, Regierungseinrichtungen und Kommunikationszentren zu besetzen. Lenin war immer noch besorgt. Er schrieb:

„Ich schreibe diese Zeilen am 24. abends...“

Unter Aufbietung aller Kräfte bemühe ich mich, die Genossen zu überzeugen, daß jetzt alles an einem Haar hängt, daß auf der Tagesordnung Fragen stehen, die nicht durch Konferenzen, nicht durch Kongresse (selbst nicht durch Sowjetkongresse) entschieden werden, sondern ausschließlich durch die Völker, durch die Masse, durch den Kampf der bewaffneten Massen...

Wer soll die Macht übernehmen?

Das ist jetzt nicht wichtig: Mag sie das Revolutionäre Militärkomitee übernehmen, oder eine andere Körperschaft'...“

Lenin war so aufgeregt, dass er verkleidet das bolschewistische Hauptquartier im Smolny aufsuchte, wo sich der Petrograder Sowjet befand, um zu sehen was geschah. Auch nach einem Tag hatten sie noch nicht das Winterpalais eingenommen (wo die Provisorische Regierung ihren Sitz hatte), wegen eines überkomplizierten Plans. Ein Bolschewik erinnerte sich, dass Lenin „in einem kleinen Raum im Smolny wie ein Löwe im Käfig auf- und abging. Er musste das Winterpalais haben, koste es, was es wolle: Es blieb die letzte Schranke auf dem Weg zur Arbeitermacht. W.I. schimpf-

te... er schrie... er war bereit, auf uns zu schießen“. Kerenski entkam im Schutze eines Diplomatenfahrzeugs unter amerikanischer Flagge. Es wird euch interessieren, dass Kerenski schließlich hier in den USA landete, der Heimstatt von Gusanos aller Art, beim Hoover-Institut in Stanford. Dort schrieb und lehrte er über den Kampf gegen den Kommunismus – etwas, worin er Zeit seines Lebens nicht gerade erfolgreich gewesen war.

Die Geburt des sowjetischen Arbeiterstaats

Als der Zweite Sowjetkongress eröffnet wurde, feuerte der Kreuzer Aurora immer noch auf das Winterpalais. Als Antwort auf den Aufstand und die „Machtergreifung“, die jetzt vom Militärischen Revolutionskomitee offen verkündet wurde, verließen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre den Kongress, wobei einige kundtaten, sie würden sich mit der Mehrheit der Stadtduma-Delegierten zum Winterpalais begeben, um mit der Provisorischen Regierung zu sterben. Sie entfernten sich unter einer Flut von Rufen wie „Speichellecker der Bourgeoisie“ und „gut, dass wir euch los sind“. Nur die linken Sozialrevolutionäre und einige wenige Überbleibsel des linken Menschewismus blieben. Die Versöhnler wollten mit dem Arbeiterstaat nichts zu tun haben. Immer bereit zu einer Koalition mit der Bourgeoisie, lehnten sie eine Koalition mit den Bolschewiki ab.

Lenin erhob sich und eröffnete seine Rede mit dem berühmten Satz: „Wir beginnen jetzt mit dem Aufbau der sozialistischen Ordnung.“ Die Drei-Punkte-Agenda lautete: Beendigung des Krieges, Landverteilung an die Bauern und Errichtung einer sozialistischen Diktatur. Das Friedensdekret versprach ein Ende der Geheimdiplomatie und bot den Regierungen und Völkern der Krieg führenden Länder sofortige Verhandlungen an, um einen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Reparationen sicherzustellen. Das Landdekret, im Wesentlichen vom Agrarprogramm der linken SR übernommen, schaffte das Privateigentum an Boden ab und sah die Übertragung allen privaten und kirchlichen Grundbesitzes an Landkomitees und Sowjets von Bauerndelegierten vor, zur Verteilung an die Bauernschaft je nach Bedürftigkeit. Eine neue revolutionäre Regierung der Volkskommissare, die zunächst ausschließlich aus Bolschewiki bestand, wurde ernannt, die über die nächste Periode die Verstaatlichung der Banken vorantrieb, die Industrie wieder in Gang setzte und die Grundlagen des neuen Sowjetstaates legte.

Sehr wichtig war, dass sie daran arbeiteten, die Dritte (Kommunistische) Internationale als das notwendige Instrument zur Durchführung der sozialistischen Weltrevolution einzuberufen. Sie kämpften mit allen möglichen Mitteln entschlossen für die Ausweitung der Revolution auf die fortgeschrittenen Industrieländer Europas. Lest den aufschlussreichen Brief von Victor G. an *Workers Vanguard* (siehe „On Lenin's Address to Petrograd Soviet“ [Über Lenins Rede vor dem Petrograder Sowjet], *WV* Nr. 861, 6. Januar 2006), wie sich die Darstellung von Lenins Rede an den Petrograder Sowjet, die in den *Gesammelten Werken* erscheint, von anderen damaligen Zeitungsberichten unterscheidet, die Lenins Argumente für eine internationale Ausweitung der Revolution hervorhoben.

Das Schreckgespenst der „demokratischen“ Konterrevolution

Lasst mich kurz auf zwei abschließende Debatten eingehen: Die Frage einer breiten sozialistischen Koalition und die Konstituierende Versammlung. Was die erste Frage angeht, so folgt der Historiker Rabinowitsch der Meinung Suchanows und seinesgleichen, die es damals für entsetzlich hielten, dass die Bolschewiki die Versöhnlerparteien, die



WAAP

1. Oktober 1917: Arbeiter der Putilow-Werke tauschen Banner mit Pawlowski-Regiment. Banner lautet u.a.: „Lang lebe die allrussische Revolution als Auftakt zur sozialen Revolution in Europa!“

Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre, nicht in die Regierung einladen. Es überrascht nicht, dass sich innerhalb der bolschewistischen Partei unter anderen Kamenjew und Sinowjew, die den Aufstand von vorneherein abgelehnt hatten, für die Bildung einer Koalitionsregierung mit den Versöhnlern der Menschewiki und rechten Sozialrevolutionäre stark machten. Suchanow beklagt die Tatsache, dass die Menschewiki und die Menschewiki-Internationalisten durch ihren Auszug aus dem Kongress „den Bolschewiki eigenhändig ein Monopol über den Sowjet, über die Massen und über die Revolution gaben“.

Die Bolschewiki waren nicht aus Prinzip gegen eine Koalition. Sie waren bereit, mit einer jeden Partei zu koalieren, wenn diese die Sowjet-Regierungsform anerkennen würde, was bedeutete, den Oktoberaufstand als Realität zu akzeptieren und die Tatsache, dass die Sowjets eine bolschewistische Mehrheit hatten und die Bolschewiki deshalb auch die Mehrheit in der Regierung bilden würden. Doch dies war ein großes „Wenn“. Wenigstens ist Rabinowitsch ehrlich genug, uns zu sagen, was das Problem dabei war: Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre waren nicht nur aus dem Sowjet ausgezogen, sondern:

„Der anfängliche erbitterte Widerstand gegenüber dem bolschewistischen Regime sammelte sich in dem Allrussischen Komitee für die Rettung des Vaterlandes und der Revolution, das am 26. Oktober vor allem von den Menschewiki und den Sozialrevolutionären in der Petrograder Stadtduma organisiert wurde...“

Führer des Komitees zur Rettung verfassten auch Pläne, einen Aufstand in Petrograd mit dem Einzug von Krasnows Kosaken in die Hauptstadt abzustimmen, den man jeden Augenblick erwartete.“

Sie scheiterten natürlich, doch sie verloren keine Minute, die Konterrevolution zu organisieren, keine einzige Minute. Lasst mich eine allgemeine Regel aufstellen: Man ist schlecht beraten, eine Koalition mit denjenigen einzugehen, die aktiv den Sturz des Arbeiterstaates betreiben und euch alle umbringen wollen.

Trotzki stellt fest, dass es um „nichts weniger als um die Liquidierung des Oktober“ ging, indem man die Revolution ins Fahrwasser eines bürgerlichen Regimes zurückzulenken

versuchte. Da die bolschewistische Opposition damit an die Öffentlichkeit gegangen war, brandmarkte Lenin sie schließlich öffentlich als Zauderer und Zweifler: „Schämen sollen sich alle Kleingläubigen... alle, die sich von der Bourgeoisie verwirren ließen, alle, die sich vom Geschrei der unmittelbaren und mittelbaren Helfershelfer der Bourgeoisie irreführen ließen.“ Diese Versöhnler machten einen Rückzieher, besonders, als sich herausstellte, dass es niemanden mehr gab, mit dem man eine Koalition hätte eingehen können. Die schlimmste Parteikrise war überwunden. Ein paar linke Sozialrevolutionäre traten schließlich der Regierung bei – zumindest bis die Sowjetregierung 1918 den Vertrag von Brest-Litowsk unterschrieb.

Schließlich will ich noch auf die Konstituierende Versammlung eingehen. Ich war beruhigt herauszufinden, dass ein neuer Genosse der Jugend in der Bay Area, der über die Konstituierende Versammlung sprechen wollte, sich keine Sorgen darüber machte, dass die Bolschewiki sie aufgelöst hatten. Er wollte wissen, weshalb sie überhaupt zu ihr aufgerufen hatten! Ein besserer Impuls, wie ich meine. Wir schrieben einen guten Artikel über konstituierende Versammlungen mit dem Titel „Wann und warum eine revolutionäre Konstituante?“ (übersetzt in *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 25, Juni 1979). Dort wird argumentiert, dass in rückständigen Ländern unter autokratischer oder militärischer bonapartistischer Herrschaft der Kampf für eine souveräne, auf allgemeinem Stimmrecht basierende, konstituierende Versammlung unter bestimmten Bedingungen der Hebel für eine Vereinigung der arbeitenden Massen unter der proletarischen Avantgarde sein kann. Aus solchem Verständnis heraus kämpften die Bolschewiki 1917 das ganze Frühjahr und den Sommer über für Wahlen zu einer konstituierenden Versammlung, zu einer Zeit, als die Regierung sich aus Furcht, dies würde zu einem Bauernaufstand führen, weigerte sie abzuhalten. Dieses Stadium war vorüber, als die Arbeiter die Staatsmacht ergriffen hatten, doch die Bolschewiki sagten die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung nicht einfach ab, denn eine prosowjetische Mehrheit hätte sich im Gefolge der bäuerlichen Landbesetzungen sehr wohl ergeben können. Dies wäre zur Stützung der Autorität der Sowjets bei den Bauern im bevorstehenden Bürgerkrieg von Nutzen gewesen.

Jedoch sollte es nicht so kommen. Durch das Zusammenwirken der alten Wahllisten und der Art und Weise, wie parlamentarische Wahlen dem Kleinbürgertum das Stimmenübergewicht einräumen, gewannen die Sozialrevolutionäre, Kadetten und Menschewiki die Mehrheit der Sitze in der Konstituierenden Versammlung. Sie war eine rückschrittliche Macht und konnte zum Schwerpunkt für die Kräfte der bürgerlichen Restauration werden. So verlangten die Bolschewiki klugerweise, die Konstituierende Versammlung solle in ihrer ersten Amtshandlung die siegreiche Sowjetmacht anerkennen. Erst als sie das verweigerte, verfügte das Exekutivkomitee des Sowjets die Auflösung der Versammlung. Die Auflösung der Konstituierenden Versammlung beendet dieses Kapitel der Geschichte der Russischen Revolution und der Geschichte der bolschewistischen Partei. Die Meinungsverschiedenheiten drehten sich um die grundlegenden Fragen: Sollen wir um die Macht kämpfen, können wir die Macht ergreifen? Durch internen und externen Kampf lösten sie diese Fragen mit einem Ja.

Somit bleibt die Oktoberrevolution unser Kompass. Sie zeigt, wie eine revolutionäre Partei die arbeitenden Massen von den reformistischen Klassenverrättern für sich gewinnen und zur Macht führen kann. Um Trotzki zu zitieren: „Ohne die Partei, außerhalb der Partei, unter Umgehung der Partei, durch ein Parteisurrogat kann die proletarische Revolution nicht siegen.“ ■

80 Jahre nach Justizmord

Lehren des Kampfes für die Freiheit von Sacco und Vanzetti



kein Bildnachweis

Folgender Artikel wurde übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 898, 11. September 2007. Teil ers erschien in Spartakist Nr. 169, Winter 2007/2008.

Die anarchistischen Arbeiter Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti, die in den Strudel der immigrantenfeindlichen und antikommunistischen Hysterie geraten waren, die die USA im Gefolge der Russischen Revolution vom Oktober 1917 überzog, wurden im Mai 1920 verhaftet und aufgrund abgekarteter Anklagen wegen Mordes und Raubes, deren sie offenkundig nicht schuldig waren, verurteilt. In einem Artikel, geschrieben nach ihrer Hinrichtung auf dem elektrischen Stuhl in Massachusetts am 23. August



Fotos: Boston Public Library



Protestbewegung für Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti erstreckte sich über den ganzen Erdball. Oben links: Massendemonstration am Trafalgar Square, London. Oben rechts: Arbeiterprotest in Belgien. Oben: Vanzetti (Mitte) und Sacco (rechts) mit Gefängniswärter, 1923

ti“ [Ein lebendiges Monument für Sacco und Vanzetti], *Labor Defender*, Oktober 1927)

Mit Hinweis auf die Rolle der ILD als Führungs- und Organisationszentrum einer Protestbewegung, die Millionen von Arbeitern rund um die Welt hinter der Sache Saccos und Vanzettis versammelte, rief Cannon dazu auf, „eine stärkere, geeinte und entschlossener Bewegung zur Arbeiterverteidigung auf einer Klassenbasis“ aufzu-

bauen. Er bemerkte, dass „die Industrieherrn Amerikas“, die die Hinrichtungen durchgeführt hatten, um der gesamten Arbeiterbewegung einen Schlag zu versetzen, „nicht ohne Verbündete, bewusste oder unbewusste, im Lager der Arbeiter selbst waren“. „Sacco und Vanzetti wären umsonst gestorben“, schrieb er, „wenn nicht die wahre Bedeutung und die Ursachen ihres Martyriums mit all ihren Schlussfolgerungen verstanden werden“. Diese Lehren sind in der Tat von entscheidender Wichtigkeit für den Kampf gegen kapitalistische Unterdrückung heute und stellen sich mit besonderer Dringlichkeit im Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal, der trotz schwerwiegender Beweise für seine Unschuld wegen seiner politischen Ansichten und seines lebenslangen Kampfes gegen die Unterdrückung der Schwarzen in die Todeszelle verfrachtet wurde.

Die Verteidigungsbewegung

Da außerhalb der Region von Boston über ihre Verhaftungen wenig bekannt war, beschränkte sich die Ver-

Zweiter Teil

1927, erklärte James P. Cannon, damals ein Führer der Workers Party und Sekretär der International Labor Defense (ILD, in Deutschland Rote Hilfe) und später Gründer des amerikanischen Trotzkismus:

„Die elektrischen Flammen, die die Körper von Sacco und Vanzetti verzehrten, erhellten Zehntausenden Arbeitern die wahre Natur kapitalistischer Justiz in Amerika in all ihrer schonungslosen Brutalität. Einkerkерung, Folter und Mord von Arbeitern werden jetzt klarer erkannt als Teil eines organisierten Systems der Klassenverfolgung.“ („A Living Monument to Sacco and Vanzetti“)

Freiheit für Mumia und alle Opfer der Klassenjustiz!

teidigung von Sacco und Vanzetti anfangs auf eine lokale Gruppe italienischer Anarchisten, die das Sacco-Vanzetti-Verteidigungskomitee gründeten. Das Verteidigungskomitee gewann die Unterstützung von Elizabeth Gurley Flynn, einer bekannten Radikalen, und ihres Lebensgefährten Carlo Tresca, eines Anarchosyndikalisten, der die Zeitung *Il Martello* in New York herausgab. Die beiden IWW-Mitglieder halfen, Fred Moore, der eine lange Geschichte der Verteidigung militanter Gewerkschafter und Radikaler hatte, dazu zu bewegen, den Fall als Hauptverteidiger zu übernehmen.

Moore appellierte an IWW-Mitglieder, Gewerkschaftsführer und Sozialisten, für die Verteidigung Saccos und Vanzettis zu mobilisieren. Die American Civil Liberties Union, zu deren Gründungsmitgliedern Flynn gehörte, und ihr Ableger in Neuengland äußerten ihre Unterstützung, wie auch eine Reihe prominenter Liberaler, besonders die Journalisten Elizabeth Glendower Evans und Gardner Jackson. Verschiedene Gewerkschaften und sogar die konservativen Führer der American Federation of Labor (AFL) bekannten sich öffentlich zur Verteidigung der beiden Arbeiter. Als Sacco und Vanzetti im Mai 1921 vor ihrem Prozess standen, beteiligten sich mehr als 64 Gewerkschaftsgruppen aus dem ganzen Land an ihrer Verteidigung, und eine Lawine der Arbeiterunterstützung fegte nach ihrer Verurteilung im Juli durch das Land. Wie wir weiter oben feststellten, riefen die KP und die Kommunistische Internationale (KI) zu einer weltweiten Protestkampagne mit Schwerpunkt auf der Arbeiterklasse auf. Die AFL verabschiedete 1922 eine Resolution, in der sie einen neuen Prozess forderte, und erklärte zwei Jahre später Sacco und Vanzetti zu „Opfern von Rassen- und nationalen Vorurteilen und von Klassenhass“.

In einer ILD-Streitschrift von 1927 beschrieb Max Shachtman die breit gefächerte Unterstützung für Sacco und Vanzetti in der Arbeiterbewegung und bemerkte:

„Bei vielen von ihnen war es, weil sie den Klassencharakter der mit diesem Fall verbundenen Fragen erkannten; dass es nicht nur ein versehentlich vorgekommener ‚Justizirrtum‘ war, sondern dass der Richter, die Jury und der Staatsanwalt der Arbeiterbewegung einen genauso schweren Schlag versetzten wie vor 35 Jahren in dem Prozess gegen die Haymarket-Märtyrer. Bei den anderen



Wayne State University

KP-geführter Textilarbeiterstreik in Passaic, New Jersey, 8. April 1926: Polizei greift Arbeiter und Kinder an

war es das Ergebnis der Stimmung und des Drucks der Massen, so dass sie eine, wenn auch vage, Klassenverwandtschaft mit den beiden Agitatoren verspürten.“ (*Sacco and Vanzetti – Labor’s Martyrs* [Märtyrer der Arbeiterbewegung])

Gemäß der damals in Massachusetts üblichen gerichtlichen Verfahrensweise wurde die Strafverkündung zurückgestellt, bis alle auf den Prozess folgenden Anträge und Berufungen entschieden waren. Obgleich es für jeden klar war, dass der Schuldspruch wegen Mordes nur eine Verurteilung zum Tode nach sich ziehen konnte, wurde diese Strafe erst 1927 ausgesprochen. Saccos und Vanzettis Verteidiger versuchten in der Zwischenzeit, das Urteil durch eine Reihe von Anträgen vor demselben voreingenommenen Richter Webster Thayer aufheben zu lassen, der bei dem manipulierten Prozess den Vorsitz innegehabt hatte, und durch Berufungen vor dem Obersten Gerichtshof von Massachusetts, der jeden Schritt Thayers absegnete.

Thayer lehnte den ersten Berufungsantrag für einen neuen Prozess an Heiligabend 1921 ab. Schon im Vormonat und dann während der folgenden zwei Jahre wurde von der Verteidigung eine Reihe von sechs Zusatzanträgen eingereicht. Im Juli 1924, während diese Anträge noch anhängig waren, trat Moore als Verteidiger in dem Fall zurück. Mit seiner Ersetzung durch William Thompson änderte sich auch die Taktik des Sacco-Vanzetti-Verteidigungskomitees. Wie in Bruce Watsons *Sacco and Vanzetti: The Men, the Murders, and the Judgement of Mankind* [Sacco und Vanzetti: die Männer, die Morde und das Urteil der Menschheit] erzählt wird, erklärte Thompson rundheraus, er glaube nicht, dass „die Regierung mit ihrer Anklage gegen sie irgendwelche hintergründigen Absichten verfolgt habe“. Thompson verachtete die Massenprotestbewegung und appellierte stattdessen an etablierte Kreise von Justiz und Geschäftsleben, ihren Einfluss bei Gerichten und Parlament geltend zu machen.

Das Bostoner Verteidigungskomitee rief seinerseits dazu auf, die Arbeiterprotestaktionen zu beenden. Wie Shachtman in seiner Streitschrift schilderte, half diese Strategie, für die nächsten zwei Jahre „die ehrliche und machtvolle Klassenunterstützung der Werktätigen zu diskreditieren... Sie forderten die Ersetzung der Bewegung der Massen durch die Bewegung der Rechtsanwälte“. Shachtman betonte: „Die Verteidigung verließ sich mehr und mehr auf diese falschen Freunde, denen mehr an der Verteidigung des ‚Vertrauens in unsere Institutionen und ihre Fähigkeit, Irrtümer zu korrigieren‘, gelegen war und an den ‚hohen Standards, die der Stolz der Justiz von Massachusetts sind‘, als an der Verteidigung zweier unbekannter Emigranten“.

Auf Grundlage des marxistischen Verständnisses, dass die Gerichte, Bullen, Gefängnisse und die bewaffneten Streitkräfte Kernbestandteile des kapitalistischen Staates sind – eine Maschinerie organisierter Gewalt zum Schutz der Herrschaft und der Profite der Ausbeuterklasse –, kämpften KP und ILD unermüdlich gegen Illusionen in das manipulierte Justizsystem der Kapitalisten. Sie kämpften dafür, dass die Arbeiter nur *ihrer eigenen* Klassenmacht vertrauen, die sich davon ableitet, dass es ihre Arbeit ist, die den Reichtum der Gesellschaft hervorbringt. Bryan Palmers wichtige neue Biografie *James P. Cannon and the Origins of the American Revolutionary Left, 1890–1928* [James P. Cannon und die Ursprünge der amerikanischen revolutionären Linken] von 2007 enthält eine umfassende Darstellung von Cannons Führung in der ILD, nicht zuletzt bezüglich seiner Verteidigungsanstrengungen für Sacco und Vanzetti.

Die KP und die ILD waren entschlossen zu verhindern, dass Sacco und Vanzetti der langen Liste von Märtyrern der Arbeiterbewegung hinzugefügt würden. Sie begriffen, dass die Mobilisierung der Macht der Arbeiterbewegung zu Protest- und Streikaktionen die bürgerlichen Herrscher dazu



Viking

James P. Cannon mit IWW-Führer William „Big Bill“ Haywood in Moskau, 1922. KP-Zeitung rief zur Mobilisierung von Arbeiteraktionen auf, um drohende Hinrichtung Saccos und Vanzettis zu verhindern

zwingen konnte, aus Furcht vor den sozialen Kosten, die eine Hinrichtung oder lebenslängliche Einkerkерung der beiden Männer haben würde, einzulenkен. Und sie kämpften auch dafür, Militante mit dem Bewusstsein zu erfüllen, dass, um die Gefängnismauern der Kämpfer gegen Ausbeutung und Unterdrückung ein für allemal niederzureißen, eine sozialistische Revolution notwendig ist, die den kapitalistischen Staat zerstört und ihn durch einen Arbeiterstaat ersetzt, in dem diejenigen, die arbeiten, herrschen. Darin folgten sie dem Weg, den der bolschewistische Führer W.I. Lenin vorgezeichnet hatte, der in seinem Werk *Was tun?* von 1902 schrieb, dass das Ideal des Kommunisten „nicht der Sekretär einer Trade-Union, sondern der *Volkstribun* sein muß, der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwilkkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um vor aller Welt seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um allen und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen.“

Schlacht der Klassenkräfte

Im Oktober 1924 lehnte Richter Thayer alle Anträge, die von Saccos und Vanzettis Anwälten eingereicht worden waren, ab. Im Dezember veröffentlichte die Kommunistische Internationale einen Appell „An die Arbeiter alle Länder! An alle Gewerkschaftsorganisationen!“ und rief auf: „Organisiert Massendemonstrationen! Fordert die Freiheit von Sacco und Vanzetti!“ Der *Daily Worker*, Zeitung der Workers (Communist) Party, verbreitete diesen Kampf weiterhin, und die Partei organisierte am 1. März 1925 eine Arbeiterkundgebung für Sacco und Vanzetti in Chicago und mobilisierte intensiv für Kundgebungen in Boston und anderen Städten an diesem Tag. Kurz nach ihrer Gründung in diesem Jahr gab die ILD einen internationalen Aufruf an die Arbeiter heraus, Solidarität mit Sacco und Vanzetti zu zeigen. In einem Brief an die ILD vom 23. Mai 1926 schrieb Vanzetti: „Das Echo eurer Kampagne für uns rührte mein Herz“.

Gegen Thayers Entscheidung von 1924 wurde vor dem Obersten Gerichtshof von Massachusetts Berufung eingelegt, der den Fall verschleppte, bevor er am 12. Mai 1926 die Schuldsprüche bestätigte. Zwei Wochen später reichten Verteidiger einen weiteren Antrag auf einen neuen Prozess

ein auf der Grundlage der eidesstattlichen Erklärung von Celestino Madeiros, in der er seine Beteiligung an dem Raubüberfall, der zu den Mordanklagen gegen Sacco und Vanzetti geführt hatte, gestand und die beiden Männer entlastete. Im Oktober wies Thayer das Geständnis von Madeiros zurück zusammen mit eidesstattlichen Erklärungen zweier FBI-Agenten, die die Beteiligung der Regierung an dem Komplott dokumentierten und bestätigten, dass die beiden wegen ihrer politischen Aktivitäten zur Zielscheibe geworden waren. Dies wurde vor dem Obersten Gerichtshof angefochten.

Die gerichtlichen Verhandlungen lösten neuerliche Protestaktivitäten aus. Der *Labor Defender* brachte im Juli 1926 eine Extraausgabe „Rettet Sacco und Vanzetti“ heraus, in der er „Ein Appell an die amerikanische Arbeiterschaft“ abdruckte, von Eugene V. Debs, dem historischen Sprecher der Sozialistischen Partei. Resolutionen zugunsten von Sacco und Vanzetti wurden von der Washingtoner Federation of Labor und der New Yorker Socialist Party verabschiedet.

Die ILD initiierte Sacco-Vanzetti-Komitees und -Konferenzen überall in den USA und mobilisierte IWW-Militante, Anarchisten und Delegierte der AFL und anderer Gewerkschaftsvereinigungen um die Forderung: „Leben und Freiheit für Sacco und Vanzetti!“ Diese Versammlungen waren eine Anwendung der Einheitsfronttaktik, bei der sich ein breites Spektrum von Arbeiterorganisationen in der Aktion um eine gemeinsame Forderung vereinen, während sie gleichzeitig eine politische Debatte auf Grundlage ihres eigenen Programms führen. Auf diesem Weg versuchte die ILD die Grundlage für Arbeitermassenproteste und -streiks zu legen. Die ILD nahm auch an Kundgebungen teil, zu denen das Bostoner Verteidigungskomitee und andere Organisationen aufgerufen hatten. Cannon schrieb an ein breites Spektrum öffentlicher Persönlichkeiten, um Unterstützungserklärungen für Sacco und Vanzetti zu bekommen. Doch ihr Hauptaugenmerk richtete die ILD auf die Entfesselung von Arbeiterstreiks und -protesten.

In New York umfasste das von der ILD initiierte Sacco-Vanzetti-Notfallkomitee Einzelpersonen und Organisationen, die nahezu eine halbe Million Arbeiter repräsentierten. Vom Komitee organisierte Kundgebungen mobilisierten mehr als 15 000 Teilnehmer am 17. November 1926 in New Yorks Madison Square Garden und weitere 25 000 im darauf folgenden April auf dem Union Square. Ähnlich große Versammlungen wurden von Komitees unter der Führung der ILD in Milwaukee, San Jose, Boston, Denver, Seattle und

Chicago organisiert. Im ganzen Land war ein Geflecht von zwei bis drei Millionen Arbeitern in den Komitees eingetragen. Die Internationale Rote Hilfe mobilisierte ihre Organisationen rund um die Welt und rief in Hunderten von Städten Einheitsfrontkomitees ins Leben und organisierte Massenproteste. Millionen Bürger in der gesamten Sowjetunion demonstrierten in Solidarität mit den beiden Klassenkriegsgefangenen.

Thayers Entscheidungen eröffneten eine Periode verschärfter politischer Auseinandersetzungen über das weitere Vorgehen in diesem Kampf, die sich bis zu den Exekutionen hinziehen sollten. Die Sozialistische Partei, die AFL-Führung und die Anarchisten organisierten einigen Arbeiterklassenprotest und mobilisierten gelegentlich beträchtliche Kräfte. Doch solche Anstrengungen standen im Dienste von Appellen, dass Sacco und Vanzetti ihre „gerechte Gerichtsverhandlung“ haben sollten, bewirkt durch Ausnutzung der liberalen öffentlichen Meinung, die hoffte, dass um des „demokratischen“ Ansehens Amerikas willen das Leben der Männer verschont würde. Was die nationale AFL-Führung angeht, so drückte sie, anstatt einen Aufruf zu gewerkschaftlichen Mobilisierungen herauszugeben, auf der AFL-Tagung vom Oktober 1926 eine Resolution durch, die an den Kongress (US-Parlament) appellierte, den Fall zu untersuchen. Die SP- und AFL-Führungen *unterminierten* die wachsende Mobilisierung der Arbeiter, indem sie sich auf die politischen Agenturen des Klassenfeindes verließen, eine Politik, die begleitet war von einer bössartigen antikommunistischen Verleumdungs- und Ausschlusskampagne.

Die gesamten 20er-Jahre hindurch führte die SP-Führung unter Morris Hillquit, die 1919 die Sozialisten des linken Flügels, die die bolschewistische Revolution unterstützten, hinausgesäubert hatte, eine Kampagne gegen kommunistischen Einfluss in der Arbeiterbewegung durch, die besonders in der Textilindustrie in New York erbittert geführt wurde. Mathew Woll, ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der AFL, schimpfte, dass die AFL „das erste Angriffsobjekt der kommunistischen Bewegung“ sei. Derselbe Woll war amtierender Präsident der National Civic Federation [Nationale Bürgervereinigung], einer gewerkschaftsfeindlichen Vereinigung von Geschäftsleuten, die sich der Kampagne für Saccos und Vanzettis Freiheit auf bössartige Weise widersetzte.

Im November 1926 weigerte sich die Sozialistische Partei des Staates Ohio, an einer Kundgebung des von der ILD initiierten Sacco-Vanzetti-Verteidigungskomitees teilzunehmen,

men, und der *New Leader* der SP (18. Dezember 1926) verbreitete lügenhafte Anschuldigungen des Bostoner Verteidigungskomitees, KP und ILD hätten Spenden für die Rechtsverteidigung gesammelt, die nicht weitergereicht und nicht verbucht worden seien. Als Antwort auf diese Verleumdungen veröffentlichte der *Labor Defender* (Januar 1927) die Bücher der ILD und Kopien der Schecks, die dem Bostoner Komitee übermittelt worden waren. Der Artikel betonte, dass eine frühere Ausgabe des *Labor Defender* (September 1926) entsprechend seiner üblichen Praxis eine Aufstellung ihrer Einnahmequittungen und der Kosten der ILD-Kampagne abgedruckt hatte und dazu aufgerufen hatte, Spenden für die Rechtsverteidigung besser direkt an das Sacco-Vanzetti-Verteidigungskomitee in Boston zu schicken als an die ILD.

Die Verleumdungen gegen die ILD wurden damals von der bürgerlichen Presse schadenfroh aufgegriffen und werden bis zum heutigen Tag nachgebetet. In seiner Antwort auf die himmelschreiend falsche Anschuldigung, die ILD habe 500000 Dollar an Spendengeldern für Saccos und Vanzettis Verteidigung in die eigene Tasche gesteckt, bemerkte der *Labor Defender* (Oktober 1927), dass diese Verleumdung nur „dem Justizministerium und anderen Agenturen, die den Mord an Sacco und Vanzetti vollzogen hatten“, nützen würde, die nun hofften, zu verhindern, dass die Protestbewegung „in den Kampf für die anderen Opfer des Systems abgekarteter Anklagen, die sich jetzt im Gefängnis befinden oder ihrem Prozess entgegensehen, hineingezogen wird“.

Klassenkampfverteidigung

Während der Fall wieder vor dem Obersten Gerichtshof von Massachusetts verhandelt wurde, ging Cannon in „Who Can Save Sacco and Vanzetti?“ [Wer kann Sacco und Vanzetti retten?] (*Labor Defender*, Januar 1927) auf die sektiererischen Ausschlüsse ein und setzte dem eine Perspektive der Klassenkampfverteidigung entgegen:

„Der Fall Sacco-Vanzetti ist kein privates Monopol, sondern eine Sache des Klassenkampfes, in der das letzte Wort die Massen haben werden, die diesen Kampf zu ihrem eigenen gemacht haben. Es ist daher notwendig, die gegensätzlichen Strategien, die mit verschiedenen Zielen zusammenhängen, offen zu diskutieren.

Die eine Strategie ist die Strategie des Klassenkampfes. Sie legt den Schwerpunkt auf die Protestbewegung der Arbeiter in Amerika und allen anderen Ländern. Sie setzt alles Vertrauen in die Macht der Massen und keinerlei Vertrauen in die Gerechtigkeit der Gerichte. Während sie alle gangbaren rechtlichen Schritte befürwortet, ruft sie zu Agitation, Öffentlichkeitsarbeit, Demonstrationen auf – zu organisiertem Protest auf nationaler und internationaler Ebene. Sie ruft in dieser brennenden Frage zur Einheit und Solidarität aller Arbeiter auf, unabhängig von gegensätzlichen Ansichten in anderen Fragen. Genau das hat bisher die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti verhindert. Das Ziel ist kein Geringeres als ihre triumphale Rehabilitierung und Befreiung.

Die andere Strategie ist die Strategie des ‚guten Ansehens‘, der ‚Zurückhaltung‘ und von absurden Illusionen in die ‚Gerechtigkeit‘ der Gerichte des Feindes. Sie verlässt sich hauptsächlich auf rechtliche Schritte. Sie will die Frage des Klassenkampfes verschleiern. Sie schreckt vor den ‚vulgären und lärmenden‘ Demonstrationen der militanten Arbeiter zurück und bewirft sie mit dem Dreck der Verleumdung. Sie versucht, das Märtyrertum von Sacco und Vanzetti als einen ‚unglücklichen‘ Fehler darzustellen, der durch die ‚richtigen‘ Leute, die in der ‚richtigen‘ Weise vorgehen, bereinigt werden kann. Das Ziel dieser Strategie ist die Weißwaschung der Gerichte von Massachusetts und ‚Gnade‘ für Sacco und Vanzetti,

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo: € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten Spartacist (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

170

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 1988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 10060
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

in Form einer Umwandlung in lebenslange Haft für ein Verbrechen, von dem die Welt weiß, dass sie es nicht begangen haben.“

Der Kampf zwischen diesen einander entgegengesetzten Strategien rückte in den Mittelpunkt nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs vom 5. April 1927, die wieder das Urteil des Richters Thayer bestätigte. Vier Tage später trug die Titelseite des *Daily Worker* einen Appell Cannons, „From Supreme Court of Capital to Supreme Court of the Masses“ [Vom Obersten Gerichtshof des Kapitals zum Obersten Gerichtshof der Massen], in dem er schrieb: „Die Bourbonen Neuenenglands gieren nach dem Blut unschuldiger Menschen, dies war von vornherein klar, nur Dummköpfe konnten anderes erwarten. Nur Dummköpfe setzen Vertrauen in die Gerichte des Feindes.“ Cannon fügte hinzu: „Es ist jetzt Zeit, endlich an die Massen zu appellieren. Es ist Zeit, dass die Arbeiter sich zu Wort melden“.

Am 9. April wurden Sacco und Vanzetti zur Verkündung des Strafmaßes in Thayers Gerichtssaal vorgeladen. Die beiden Männer sprachen, ihre Haltung war ungebrochen. Sacco sagte zum Richter: „Ich weiß, es wird ein Urteil sein zwischen zwei Klassen, der Klasse der Unterdrückten und der Klasse der Reichen, und es wird immer wieder Zusammenstöße zwischen der einen und der anderen geben.“ Als Vanzetti an der Reihe war, erklärte er: „Ich muss leiden, weil ich ein Radikaler bin, und ich bin in der Tat ein Radikaler; ich habe gelitten, weil ich ein Italiener war, und ich bin in der Tat ein Italiener ... aber ich bin so sehr überzeugt, recht zu haben, dass ich, könnten Sie mich zweimal hinrichten und könnte ich noch zweimal wiedergeboren werden, wieder dafür leben würde, das zu tun, was ich schon getan habe“ (zitiert in Herbert Ehrmann, *The Case That Will Not Die* [Der nicht totzukriegende Fall], 1969). Sie wurden dazu verurteilt, in drei Monaten zu sterben.

Nach der Strafverkündung gab die ILD einen Aufruf zu einer nationalen Konferenz „aller Elemente, die bereit sind, sich zusammen zu tun, um Freiheit für Sacco und Vanzetti zu fordern und zu erzwingen“, heraus. Am 16. April füllten 20000 Arbeiter New Yorks Union Square bei einem Protest des von der ILD geführten Sacco-Vanzetti-Notfallkomitees. Im Zuge einer intensiven Anstrengung über die nächsten Wochen wurden von der ILD 500 Erste-Mai-Versammlungen überall in den USA und in Kanada organisiert.

Die Antwort der SP auf die Strafverkündung war, weiterhin falsche Hoffnungen in die bürgerlichen Politiker zu verbreiten. Der *New Leader* (16. April 1927) schrieb: „Nun liegt es bei Gouverneur Fuller, und da scheint es keinen Zweifel zu geben, dass er der weltweiten Forderung nachgeben muss, zur Rettung des Lebens der beiden Männer in Aktion zu treten“. Die SP erklärte das geplante Hinrichtungsdatum, den 10. Juli, zu „einem nationalen Trauertag für den Tod der amerikanischen Justiz“, während Hillquit an „den Gouverneur und die Regierung des Staates Massachusetts“ appellierte, „eine vollständige und unparteiische Untersuchung des gesamten Falles anzuordnen“ (*New Leader*, 23. April 1927).

Nachdem SP-Organisatoren von Sacco-Vanzetti-Versammlungen in Philadelphia und Cleveland sich geweigert hatten, Delegierten der ILD und anderer Organisationen einen Podiumsplatz anzubieten, gab Cannon eine Erklärung heraus, abgedruckt im *Daily Worker* (4. Mai 1927), in der er die Behinderung durch die „Arbeiterreaktionäre“ anprangerte und



Fotos: Labour Defender

7. Juli 1927: Berittene Polizei löste Massenkundgebung für Sacco und Vanzetti auf New Yorks Union Square gewaltsam auf und verhaftete Demonstranten. SP-Führer hatten die Bullen gerufen, um die Kommunisten auszuschließen

feststellte, dass es „ihr Ziel ist, die Militanten zu isolieren und dann die Bewegung zu sabotieren“. Da die Sozialdemokraten, Anarchisten und Gewerkschaftsführer daran arbeiteten, die Bemühungen der ILD zu untergraben, scheiterte der Plan, eine nationale Sacco-Vanzetti-Konferenz abzuhalten. Das Bostoner Verteidigungskomitee versuchte, wachsende Stimmung in den Gewerkschaften für eine solche Konferenz dadurch abzufangen, dass es an Gouverneur Fuller appellierte, er solle eine Kommission zur Überprüfung des Falles einsetzen. Am 1. Juni bekamen sie, was sie wollten, als Fuller die Ernennung eines Drei-Mann-Ausschusses bekannt gab, der ihn hinsichtlich des im vorhergehenden Monat eingereichten Gnadengesuchs Vanzettis beraten sollte.

Der Ausschuss wurde geleitet von Harvard-Präsident A. Lawrence Lowell, einem reaktionären Patrizier, der sich für den drakonischen Immigration Quota Act [Einwanderungsquotengesetz] von 1921 stark gemacht hatte, schwarzen Studenten untersagte, in Harvard-Studentenwohnheimen zu wohnen, Einschreibung von Juden in Harvard begrenzte und gegen ein Gesetz auftrat, das Kinderarbeit in der Textilindustrie beschränkte. Diese Vorgeschichte hinderte das Bostoner Komitee nicht daran, den Ausschuss als „Männer, die als Gelehrte angesehen sind, von hoher Intelligenz und von intellektueller Rechtschaffenheit, mit einem von Vorurteilen unbeeinflussten Verstand“ zu loben. Der Ausschuss gab dem Gouverneur den Rat, von seiner Macht zur Strafumwandlung Gebrauch zu machen, denn dies würde „wahrscheinlich das öffentliche Vertrauen in die Gerichte des Commonwealth weit weniger untergraben“. Die SP bekräftigte ihren Glauben, dass „zwar die Mitglieder dieses Ausschusses Konservative sind, doch wird allgemein angenommen, dass ihre hohe fachliche Stellung genügend Sicherheit bietet, dass sie einen Bericht abliefern werden, der allen Fakten in dem Fall Rechnung trägt“ (*New Leader*, 9. Juli 1927).

Gerüchte machten die Runde, dass Fuller auf die zunehmenden internationalen Proteste dadurch reagieren würde, dass er die Todesurteile umwandelt. Cannon rief in Erinnerung, wie eine frühere Bewegung für die Klassenkriegsgefangenen Tom Mooney, dem die Hinrichtung drohte, und Warren Billings durch die Umwandlung von Mooneys Todesurteil in lebenslängliche Haft untergraben wurde, und warnte in „Death, Commutation or Freedom?“ [Tod, Strafumwandlung oder Freiheit?] (*Labor Defender*, Juli 1927):

SOCIALISTS CALL IN MOUNTED COPS TO WRECK UNION SQUARE PROTEST

Act When Huge Crowd Calls for Ben Gold to Take the Platform and Speak

Leader of Furriers Kicked by Claessans While Horses Strike Down Audience

As the Daily Worker

THE DAILY WORKER

8. Juli 1927



Fotos: Cornell University

Hulton Archive

Von links: Morris Hillquit, Chef der Sozialistischen Partei, Matthew Woll und William Green, Bürokraten der American Federation of Labor. SP-, AFL-Führer unterminierten Klassenkampf für die Freiheit Saccos und Vanzettis

„Die riesige Bewegung für Sacco und Vanzetti, die jetzt Millionen von Arbeitern umfasst, darf sich jetzt nicht selbst durch ein ähnliches Täuschungsmanöver auflösen lassen“. Indem er eine Verurteilung zu lebenslänglich als „lebendig begraben“ bezeichnete, warnte er: „Die Herzen der Scharfrichter von Massachusetts sind nicht vor Güte erweicht, und ihr Verlangen, unsere Genossen zu ermorden, hat sich nicht gewandelt... Die Arbeiterklasse muss antworten: nicht den Todesstuhl, sondern Leben für Sacco und Vanzetti! Nicht todesgleiche Einkerkierung, sondern Freiheit für Sacco und Vanzetti!“

Der politische Kampf erreicht den Siedepunkt

Als der geplante Hinrichtungstermin näher rückte, brachten die Sozialdemokraten ihre antikommunistische Kampagne auf Hochtouren, wobei sie die Verleumdung über die Spendensammlung der ILD wiederkäuten und ihre spalterischen Versuche intensivierten, die KP- und ILD-Militanten auszuschließen. Dies spitzte sich zu bei einer Massenkundgebung von 25 000 Arbeitern am 7. Juli auf dem Union Square. Organisiert von dem auf die Arbeiterbewegung gestützten Sacco-Vanzetti Liberation Committee (SVLC), folgten an diesem Tag über 30 Gewerkschaften dem Aufruf zu einem einstündigen Proteststreik und mobilisierten dafür eine halbe Million Arbeiter. Die ILD und ihr Notfallkomitee mobilisierten intensiv für den Protest, wobei sie 200 000 Flugblätter verteilten. Die Kundgebung fand statt, trotz der Gewährung eines einmonatigen Strafaufschubs durch Gouverneur Fuller.

Bei Verhandlungen vor der Kundgebung hatte das SVLC zugestimmt, dass es vier Rednertribünen geben würde, von denen zwei dem Notfallkomitee zugewiesen würden. Doch die SP hatte andere Pläne, und es wurden nur zwei Rednertribünen aufgebaut, die beide von der SP kontrolliert wurden. Nachdem eine Reihe sozialistischer Redner zu der Menge gesprochen hatte, hob eine Gruppe von Arbeitern Ben Gold, ein KP-Mitglied, das einen erfolgreichen Kürschnerstreik angeführt hatte, auf ihre Schultern. Als sie an der Rednertribüne ankamen und forderten, Gold sollte eine Rede halten, trat ihm SP-Boss Abraham Weinberg gegen die Brust, so dass er in die Menge taumelte. Als die Arbeiter Gold zur anderen Rednertribüne trugen, griff ihn der SP-Bonze August Claesens ebenfalls an.

Claesens und Weinberg riefen dann die Polizei, die mit Pferden in die Menge ritt und die Kundgebung gewaltsam auflöste. Nach dem Angriff gaben SP-Sprecher eindeutig zu verstehen, dass der Ausschluss der Roten absoluten Vorrang habe vor der Durchführung einer gemeinschaftlichen Aktion zur Verteidigung Saccos und Vanzettis. Samuel Friedman von der SP erklärte unverblümt: „Lieber lassen wir die Versammlung gewaltsam auflösen, als dass ein Schwindler wie Gold eine Rede hält“ (*Daily Worker*, 8. Juli 1927). Der *New Leader* (16. Juli 1927) erklärte, dass wegen „bekannter Gegensätze“ und „wegen Vorwürfen von Fehlverhalten ... beschlossen wurde, die Kommunisten nicht zur Mitarbeit in den Versammlungen zuzulassen“.

Die Ausschlusspolitik der SP diente einzig und allein dazu, die Bewegung angesichts eines wütenden Angriffs des bürgerlichen Staates zu schwächen. Als der neue Hinrichtungstermin, der 10. August, näher rückte, half die ILD, eine vom Bostoner Verteidigungskomitee organisierte Protestveranstaltung am 31. Juli im Boston Common aufzubauen. Wie im *New Leader* (13. August 1927) geschildert, lösten die Bullen die von der SP geführte Kundgebung am einen Ende des Common gewaltsam auf, die meisten Demonstranten liefen in einen anderen Teil des Parks, für den die Kommunisten eine Erlaubnis erhalten hatten. Auch diese Kundgebung wurde von den Bullen auseinandergetrieben. Im ganzen Lande lösten Bullen Protestversammlungen mit Schlagstöcken, Schusswaffen und Tränengas auf.

Gouverneur Fuller lehnte am 3. August das Gnadengesuch ab. Am nächsten Tag gab das Notfallkomitee der ILD einen Aufruf zu einem halbtägigen Streik der New Yorker Arbeiterschaft am 9. August heraus. Die Gewerkschaftsobere taten ihr Bestes, den Streik zu sabotieren, wobei die AFL-Führung die Aufforderung zahlreicher Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen zum Handeln zurückwies und viele örtliche Gewerkschaftsfunktionäre in der kapitalistischen Presse bekannt gaben, dass sie gegen den Streik seien. Dennoch kamen 50 000 zum Union Square, und weitere 50 000 streikten in Philadelphia. Auf eine Protestveranstaltung mit 20 000 Teilnehmern in Chicago am selben Tag wurde von den Bullen geschossen. Fullers Ablehnung trieb schließlich AFL-Chef William Green zur „Aktion“, er schrieb Fuller, um ihn um einen „Gnadenerlass“ zu ersuchen. Wie der *Daily Worker* (10. August) kommentierte, würde ein Appell Greens an die AFL-Gewerkschaften „ungeheuer dabei helfen, dem Scharfrichter in den Arm zu fallen! Aber ein Appell an Fuller, abgefasst in so honigsüßen Worten, wie Green sie benutzt, wertet diesen niederträchtigen Feind der Arbeiterschaft in den Augen seiner Klasse nur auf und sanktioniert indirekt die Morde“.

Als die Stunde der Hinrichtung nahte, gab es eine weltweite Protestwelle. In den USA gingen Polizeikräfte brutal gegen die Demonstranten vor: Büros in New York, Detroit und San Francisco wurden überfallen und Versammlungen gewaltsam aufgelöst. In der Nacht vom 10. auf den 11. August patrouillierten Wagen mit schwer bewaffneten Bullen durch Chicago und lösten gewaltsam jede Versammlung von mehr als einem Dutzend Arbeitern auf. Am gleichen Tag hatte der Richter des Obersten US-Gerichtshofs Oliver Wendell Holmes, ein Liebling der Liberalen, eine Habeas-Corpus-Petition für Sacco und Vanzetti abgewiesen, und kurz vor Mitternacht wurden sie ins Hinrichtungsgebäude gebracht. Eine halbe Stunde vor der vorgesehenen Hinrichtungszeit gab Fuller einen Strafaufschub bis zum 22. August Mitternacht bekannt, um ihrem Verteidiger die Möglichkeit zu geben, einen neuen Antrag vor dem Obersten Gerichtshof von Massachusetts vorzubringen.

Am 16. August, dem Tag der Anhörung, kündigte die ILD in 200 Städten geplante Proteste an. Der *Daily Worker* vom 18. August brachte auf der Titelseite einen Appell Can-

nons unter dem Titel „Keine Illusionen“, der die arbeitenden Massen warnte, „sich nicht von falschen Hoffnungen und trügerischer Sicherheit täuschen zu lassen“. Er betonte: „Es ist deshalb die große Aufgabe in den wenigen verbleibenden schicksalhaften Tagen bis zur letzten Minute der letzten Stunde, alle Energie, allen Mut und allen Kampfgeist in die Organisierung von Massendemonstrationen und Proteststreiks zu legen. Alles, was diese Bewegung bremst, muss als größte Gefahr betrachtet werden. Alle Illusionen, die die Bewegung lähmen, müssen überwunden werden. Alle Agenten der Bosse, die die Protest- und Streikbewegung zu sabotieren und zu diskreditieren versuchen, müssen als solche benannt werden.“

Ein weiterer Titelseiten-Aufruf Cannons am folgenden Tag erklärte: „Setz kein Vertrauen auf die kapitalistische Justiz! Organisiert die Protestbewegung in noch größerem Maßstab und in noch entschlossenerem Geiste! Demonstriert und streikt für Sacco und Vanzetti!“ Als der Oberste Gerichtshof von Massachusetts am 19. August einen weiteren Antrag abwies, rief das Notfallkomitee zu einem Massen-Proteststreik am 22. August auf.

Am 20. August lehnte es Wendell Holmes ab, die Hinrichtung auszusetzen, und ein ähnliches Ersuchen wurde vom Richter des Obersten Gerichtshofs Harlan Stone am 22. August abgewiesen. Millionen gingen weltweit auf die Straße. Doch Sacco und Vanzetti wurden kurz nach Mitternacht hingerichtet.

Ein Berg von Verleumdungen

80 Jahre nach diesem legalen Lynchmord käuen verschiedene bürgerliche Journalisten und Akademiker immer noch längst widerlegte Lügen über den Fall wieder. Einige stellen es so dar, als wären die beiden militanten Arbeiter gewöhnliche Kriminelle gewesen, des kaltblütigen Mordes schuldig. Andere wärmen die Lüge auf, dass Sacco im Gegensatz zu Vanzetti nie seine Unschuld an den Morden erklärt habe. Nicht nur, dass er genau dies in zahlreichen Briefen, die veröffentlicht worden sind, getan hat, sondern seine Unschuldserklärung wurde auch noch von einem Spitzel, den das FBI in der Nachbarzelle postiert hatte, aus dem Gefängnis gebracht!

Am 24. Dezember 2005 berichtete die *Los Angeles Times* über die „Entdeckung“ eines Briefes Upton Sinclairs von 1929, den er nach der Beendigung von *Boston*, seinem Roman über den Fall, geschrieben hatte. Sinclair schrieb, er habe sich mit Fred Moore getroffen, der ihm erzählt habe, dass Sacco und Vanzetti schuldig gewesen seien und dass er für sie Alibis fabriziert habe. Die Nachricht von dem Sinclair-Brief wurde von Jonah Goldberg aufgegriffen, einem Redakteur der rechtsgerichteten *National Review*, und fand ein Zuhause in verschiedenen Blogs. Dies war in Wirklichkeit eine alte Nachricht. Sinclair hatte 1953 über die Debatte geschrieben und betont, dass Moore klargestellt habe, dass weder Sacco noch Vanzetti vor ihm ein Geständnis abgelegt haben und dass er keinen Beweis für ihre Schuld habe. Laut der Ex-Frau Moores wurde er verbittert, nachdem er den Fall abgegeben hatte. 1963 schrieb Sinclair: „Diejenigen, die glauben oder erklären, Sacco sei schuldig gewesen, erhalten von mir keine Unterstützung“ (zitiert in Watson, *Sacco and Vanzetti*).

Die Hauptquelle der Verleumdungen gegen Sacco und Vanzetti und gegen diejenigen, die für sie kämpften, ist eine Clique kalter Krieger um die *National Review*, die 1955 von William F. Buckley Jr. gegründet worden war und deren langjähriger Chefredakteur der übergelaufene Ex-Trotzkist James Burnham war. Zu einer Zeit,

als es allgemein anerkannt war, dass Sacco und Vanzetti unschuldige Opfer eines Komplotts gewesen waren, behauptete Max Eastman 1961 in einem Artikel in der *National Review*, der Anarchist Carlo Tresca habe ihm 1942 gesagt: „Sacco war schuldig, aber Vanzetti nicht“. Eastman war früher ein Redakteur der linksgerichteten *Masses* gewesen, aber zum Zeitpunkt seiner angeblichen Unterhaltung mit Tresca war er ein bösartiger Antikommunist geworden. In den 50er-Jahren war Eastman ein strammer Unterstützer des Hexenjähgers Senator Joe McCarthy und des Ausschusses für unamerikanische Umtriebe (HUAC).

Ein Jahr nach Eastmans Artikel erschien das Buch *Tragedy in Dedham* [Tragödie in Dedham] von Francis Russell, einem regelmäßigen Mitarbeiter der *National Review*. Russell behauptete, dass „nach seinem Ausschluss aus der Partei James Cannon ... privat zugegeben haben soll – genauso wie Moore es getan hat –, dass er das Gefühl habe, Sacco sei schuldig gewesen“. (Cannon wurde 1928 zusammen mit Max Shachtman und Martin Abern aus der KP ausgeschlossen, weil sie Leo Trotzki's Kritik an der Stalin-Bucharin-Führung der degenerierenden Kommunistischen Internationale unterstützten.) Russell nannte später Burnham als die Quelle dieser Geschichte.

Cannon antwortete in einem Brief an die *New Republic* (27. April 1963): „Die Wahrheit ist, dass ich nie *das Gefühl gehabt* oder *gedacht* habe, dass Sacco schuldig war. Ich bin immer der Meinung gewesen, dass sie unschuldig waren, und habe nie eine andere Meinung oder ein anderes Gefühl geäußert, sei es privat oder öffentlich, nirgendwo und zu keiner Zeit.“ Zur Verteidigung „des Andenkens Carlo Trescas“, eines Freundes Cannons, der mit ihm in der Sacco- und Vanzetti-Kampagne eng zusammengearbeitet hatte, fügte er hinzu: „Nie, zu keiner Zeit, habe ich ihn Zweifel über die Unschuld Saccos und Vanzettis bekunden oder auch nur andeuten hören. Und ich habe niemals einen Bericht oder ein Gerücht oder Klatsch von irgendjemand anderem gehört, der je so etwas über Tresca gehört hatte, bis mir Mr. Russells Behauptung ins Auge sprang.“

Es unterliegt keinem Zweifel: Die Geschichte dieses Falles umzuschreiben bezweckt nicht nur die Zerstörung des Andenkens der beiden Anarchisten, sondern die Verleumdung von Arbeitermilitanz und revolutionärer proletarischer Opposition gegen das bluttriefende kapitalistische System – d. h. die Verleumdung des Kommunismus. Liberale „Verteidiger“ von Sacco und Vanzetti haben sich an der Wiederaufwärmung der Angriffe auf die ILD und die frühe KP beteiligt. In ihrem Buch *The Never-Ending Wrong* [Das nicht enden wollende Unrecht] von 1977 behauptete Katherine



Bettmann

200 000 gingen auf die Straße, um Sacco und Vanzetti bei der Trauerprozession in Boston zu ehren, 29. August 1927

Anne Porter, dass kurz vor den Hinrichtungen ein Kommunist zu ihr gesagt habe: „Wer will, dass sie gerettet werden? Was würden sie uns lebendig überhaupt nützen?“ Zusammen mit den Lügen über Geld und anderen antikommunistischen Verleumdungen wird dies in Watsons *Sacco and Vanzetti* für bare Münze genommen. Watson schreibt über die entscheidenden letzten Wochen: „Als die Parteimitglieder zunehmend schriller tönten, erschreckte ihre Gefühllosigkeit aufrichtige Unterstützer. Ohne Zweifel, erinnerte sich Gardner Jackson, hätten die Kommunisten, die in Scharen nach Boston kamen, ‚Sacco und Vanzetti lieber tot gesehen als lebendig.‘“ Watson verkündet: „Sacco und Vanzetti waren für die Kommunisten weit nützlicher als die Kommunisten für sie.“

Auf dem Höhepunkt des Kampfes zur Rettung Saccos und Vanzettis wandte sich die KP gegen jeden in der Bewegung, der einwandte, ihre Hinrichtung würde letztendlich als ein Vorteil auf die Arbeiterklasse zurückfallen: „Den Arbeitern, die so eine Meinung vertreten, muss bewusst gemacht werden, das Märtyrer ein Eingeständnis der Schwäche auf Seiten der arbeitenden Massen sind. Die Tatsache, dass die Bosse ungestraft unsere Führer ins Gefängnis verfrachten oder umbringen können, wird in ihren Händen zu einer Waffe der Einschüchterung und trägt dazu bei, die weniger militanten Massen zu verängstigen und unterwürfig



Workers Vanguard

San Francisco, Mai 2001: Revolutionärer Block auf Demonstration für Mumia Abu-Jamal

zu halten... Je mächtiger die Arbeiterbewegung wird, je effektiver sie bei der Durchsetzung ihrer Forderungen ist, desto weniger Märtyrer wird sie haben“ (*Daily Worker Magazine*, 28. Mai 1927).

Mumia und die Klassenkampfverteidigung

Der Fall von Sacco und Vanzetti enthält wichtige Lehren für den Kampf für die Freiheit des Klassenkriegsgefangenen Mumia Abu-Jamal, der zum Tode verurteilt wurde, nachdem er für den Mord 1981 an dem Polizeibeamten Daniel Faulkner aus Philadelphia zu Unrecht schuldig gesprochen worden war. Wie schon festgestellt, befindet sich unter dem überwältigenden Beweismaterial für Mumias Unschuld das unter Eid abgelegte Geständnis Arnold Beverlys, dass er, nicht Mumia, Faulkner erschossen hat. Wie im Falle des Madeiros-Geständnisses, das Sacco und Vanzetti entlastete, weigerten sich die Gerichte, das Beverly-Geständnis und unterstützendes Beweismaterial anzuhören.

Das Partisan Defense Committee hat weltweit Erklärungen von Hunderten prominenter Persönlichkeiten und von Arbeiterführern und -organisationen erhalten, die Mumias Freiheit fordern auf der Grundlage, dass er unschul-

dig ist und Opfer eines rassistischen, politischen Komplotts. Während Mumias Fall in seine letzten Stadien eintritt, ist es von entscheidender Wichtigkeit, dass solche Erklärungen in *Arbeiteraktionen* umgesetzt werden. Doch damit dies geschieht, ist es notwendig, jene Art von hartem politischem Kampf zu führen, den die KP und die ILD gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer wie auch gegen all jene „Sozialisten“ geführt haben, die eine Klassenkampfverteidigung durch das Säen von Illusionen in das kapitalistische Unrechtssystem verhindern. Unter Mumias vorgeblichen Verteidigern sind einige linke Gruppen, die die reformistische Perspektive und Strategie der SP der 20er-Jahre wiederholen, aber nicht wie sie eine derartige Basis in der Arbeiterklasse besitzen. Ein typisches Beispiel ist Jeff Macklers Socialist Action, die nichts so sehr repräsentiert wie den *New Leader* von heute.

Während Cannon vor Illusionen in die Richter in schwarzen Roben warnte, bejubelte Mackler die Ankündigung des Dritten Bundesberufungsgerichts vom Dezember 2005, nur drei von Mumias zwei Dutzend Eingaben anzuhören, als „eine Entscheidung, die das juristische Establishment Pennsylvanias wahrscheinlich verblüffen wird“, und vertrat die Auffassung, dass es wenig wahrscheinlich sei, dass das Gericht die Todesstrafe wiedereinsetzen werde (*Socialist Action*, Dezember 2005). Als Nachhall auf das Lob des *New Leader* auf die „hohe fachliche Stellung“ der Lowell-Kommission schrieb Mackler in *Socialist Action* (Juni 2007) über die mündliche Aussprache vor dem Dritten Bundesbezirksgericht im Monat zuvor, dass verschiedene Entscheidungen, die in anderer Hinsicht für Mumias Fall von Bedeutung sind, „dieses Gericht als eine der wenigen verbliebenen ‚liberalen‘ Rechtsinstitutionen des Landes kennzeichnen“. Mackler ist Mitkoordinator der Mobilization to Free Mumia Abu-Jamal, die einen Musterbrief anbietet, der an den Demokraten Edward Rendell, Gouverneur von Pennsylvania, geschickt werden soll und der endet: „Wir bitten Sie dringend einzugreifen und zu garantieren, dass Gerechtigkeit geübt wird.“ Dies ist derselbe Ed Rendell, der als Staatsanwalt Philadelphias in den Jahren 1981/82 Mumia angeklagt hat!

Wir ehren Sacco und Vanzetti, indem wir in der klassenkämpferischen Tradition der ILD für das Leben und die Freiheit Mumia Abu-Jamals kämpfen. Als Mumia im August 1995 vor einem Hinrichtungstermin stand, spielte eine internationale Protestwelle, an der Gewerkschafter entscheidenden Anteil hatten, eine wichtige Rolle bei der Entscheidung des Gerichts, eine Aussetzung der Hinrichtung zu bewilligen. Gleichzeitig versuchten Liberale und Reformisten, diesen Kampf in das Fahrwasser des Vertrauens auf das rassistische bürgerliche Rechtssystem zu lenken, um „Gerechtigkeit“ für Mumia zu bekommen. Und es war diese liberale Strategie des Vertrauens auf die kapitalistischen Gerichte, die Mumias Armee von Unterstützern rund um die Welt demobilisiert hat. Heute stellt sich die Notwendigkeit, die Bewegung für Mumias Freiheit wieder zu beleben, ganz direkt. Wie wir in „Klassenkämpferische Verteidigung kontra Vertrauen in kapitalistische Justiz“ (*Spartakist*-Extrablatt, 23. Juni 2007) schrieben: „In der Tat, die Macht der Arbeiter muss für Mumia eingesetzt werden. Doch es versteht sich von selbst, dass dies nur möglich ist, indem man unabhängig von den Kräften des kapitalistischen Staates mobilisiert, der gegen diesen unschuldigen Mann ein Komplott geschmiedet hat.“ ■

Rassistische Unterdrückung...

Fortsetzung von Seite 1

und SPD-Vorsitzende, Kurt Beck, am Tag nach dem Brand sofort den Ton für die gewünschte Richtung der staatlichen Untersuchung der Brandursache an, indem er erklärte, er könne keinen ausländerfeindlichen Hintergrund erkennen!

Empörte Berichte in der türkischen Presse, die von einem Nazi-Brandanschlag ausgingen, führten zu ekelhaften chauvinistischen Reaktionen. Weniger als zwei Wochen später ist der Brand aus den Schlagzeilen verschwunden und ersetzt durch eine chauvinistische Kampagne gegen die Türkei, unter anderem als Reaktion auf die in Köln vor 20000 gehaltene Rede des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan. Die Bourgeoisie und ihre Medien machen die Opfer rassistischer Unterdrückung zu Tätern, indem sie sie als „integrationsunwillig“ denunzieren. Gleichzeitig wird in Kolonialherrenmanier über die Türkei hergezogen, Deutschland brauche keine „türkischen Aufpasser“. Die Kampagne der bürgerlichen Medien ermutigte die rassistischen Terroristen auf der Straße, und weitere Brände in Häusern mit türkischstämmigen Bewohnern folgten. Am 15. Februar brannte erneut ein Haus nieder, diesmal in Aldingen, in dem wieder überwiegend aus der Türkei stammende Immigranten wohnten. Die Polizei konnte sogleich kein fremdenfeindliches Motiv erkennen. Nahe Marburg in Hessen setzten Rassisten in der Nacht des 19. Februar ein Haus in Brand, schrien immigrantenfeindliche Losungen auf der Straße und beschmierten ein Haus mit denselben Parolen, die sich in Ludwigshafen fanden. Glücklicherweise wurde das Feuer rechtzeitig bemerkt, so dass Verletzungen der Bewohner und größerer Schaden am Gebäude verhindert werden konnten.

Es gibt keinen Grund, diesem zutiefst rassistischen kapitalistischen Staat und seiner Untersuchungskommission auch nur im Geringsten zu vertrauen. Erinnern wir uns an den 21-jährigen Flüchtling Oury Jalloh aus Sierra Leone, der im Januar 2005 in Dessau im Knast zu Tode verbrannte. Der Staat behauptet, er hätte sich selbst umgebracht – gefesselt an Händen und Füßen! Oder der Brandanschlag in Lübeck 1996, der sieben Kinder und drei Erwachsene tötete – der Staat machte die Opfer zu Tätern: Nur durch Kampagnen konnte die Abschiebung von Überlebenden verhindert werden, und anstatt der hochverdächtigen vier deutschen Nazis wurde der überlebende Libanese Safwan Eid jahrelang durch die Gerichte gezerrt, so dass er am Ende froh sein musste, überhaupt freizukommen.

Ludwigshafen und die folgende rassistische Kampagne finden im Kontext verstärkter Diskriminierung, Provokationen und staatlicher Repression gegen ethnische Minderheiten in ganz Europa statt. Über eintausend von Sarkozys Bullen führten am 18. Februar rassistische Razzien im Pariser Vorort Vilier-le-Bel durch. Sie stürmten Wohnungen, verhafteten 35 zumeist schwarze Jugendliche afrikanischer Herkunft und beschuldigten sie, „Rädelsführer“ der Proteste gegen Polizeigewalt in den Banlieues (ghettoisierte Vororte) vom letzten November gewesen zu sein. Mit dem „Krieg gegen Terror“ haben die kapitalistischen Herrscher Europas eine antimuslimische Hysterie aufgepeitscht, um die unterdrückerische Staatsmaschinerie auszubauen. Zuerst nehmen sie Immigranten und Minderheiten mit muslimischem Hintergrund ins Fadenkreuz, aber letztlich richten sie sich gegen die Linke und die gesamte Arbeiterbewegung, um den Widerstand gegen die breiten kapitalistischen Angriffe auf Löhne, Renten und Sozialleistungen zu brechen. *Vertei-*

digt Immigranten und Minderheiten gegen rassistische Unterdrückung! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben! Nieder mit dem rassistischen „Krieg gegen den Terror“!

In seiner Kölner Rede verurteilte Erdogan Assimilation als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Doch nur wenige Wochen später marschierten bis zu 10000 türkische Soldaten in den Nordirak ein, in einer neuen Eskalation des Kriegs gegen die Kurden und die PKK. Dabei erhält das türkische Regime Unterstützung vom deutschen sowie dem US-Imperialismus. Am Tag vor Erdogans Rede in Köln gab es eine Razzia gegen den kurdischen Verein Mala Gel wegen einer angeblichen Verbindung zur PKK. Und die Mehrzahl der Opfer des Brandes sind Aleviten, eine religiöse Minderheit, die in der mehrheitlich sunnitischen Türkei staatlicher Unterdrückung und Pogromen ausgesetzt ist. Erdogans blanke Heuchelei wurde daraufhin noch übertroffen von Kanzlerin Merkel, die entgegenhielt, sie sei „auch die Kanzlerin aller Türken in Deutschland“ ... die in ihrer Mehrzahl nicht einmal hier wählen dürfen! Wir sagen: *Türkische Armee raus aus Kurdistan! USA raus aus Irak! USA/NATO/Bundeswehr raus aus Afghanistan! Weg mit dem Verbot der PKK und aller anderen kurdischen Vereine! Weg mit dem Verbot von Devrimci Sol, THKP-C und DHKP-C!*

„Gestern Solingen, heute Ludwigshafen, morgen?“ fragte ein Plakat bei einem Protest von tausenden trauernden Immigranten am 7. Februar in Ludwigshafen. In der Nacht vom 29. Mai 1993 starben fünf türkische Frauen und Kinder bei einem Nazi-Brandanschlag in Solingen, während es zeitgleich Brandanschläge in München, Berlin, Hannover, Chemnitz, Cuxhaven und Wolfsburg gab. Dies war der schreckliche Höhepunkt einer rassistischen Kampagne Anfang der 1990er-Jahre – als direkte Folge der kapitalistischen Wiedervereinigung –, in der die CDU-Regierung unter Helmut Kohl, unterstützt von der SPD, Rassismus aufpeitschte, um das Asylrecht abzuschaffen. Mörderischer Naziterror wurde bewusst benutzt, um außerparlamentarischen Druck für diese rassistische Agenda des kapitalistischen Staates auszuüben. Im August 1992 wurde das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen vom Staat faktisch herbeigeführt, indem das Wohnheim der Zentralen Asylstelle mit 1300 Menschen mehr als vierfach überbelegt wurde – hunderte Familien mussten unter freiem Himmel kampieren, ohne Essen und ohne Toiletten. Während ein rassistischer Nazi-Mob mit staatlicher Duldung versuchte, vietnamesische Familien zu verbrennen, beschloss die SPD-Klausurtagung



Spartakist

Streik bei Bosch-Siemens-Hausgeräte in Berlin, 2. Oktober 2006. Türkisch- und kurdischstämmige Arbeiter stehen oft an vorderster Front im Klassenkampf



BASF

Ludwigshafen: Zehntausende Arbeiter schaffen die Profite von BASF. Das multiethnische Proletariat hat die Macht, Nazis zu stoppen, Opfer von staatlichem Rassismus zu verteidigen

in Petersberg unter der führenden Beteiligung von Oskar Lafontaine zur gleichen Zeit, der Abschaffung des Asylrechts zuzustimmen. Die PDS rief damals nach mehr Polizei und äußerte Verständnis für den rassistischen Mob, der das Pogrom bejubelte! So fragte *Neues Deutschland* skandalöser Weise: „Sind sie deshalb Extreme, Faschos gar, die auf dem Kriegspfad sind? Quatsch, sie sind Nachbarn – nett wie Müllers, Meiers, Schulzes neben mir und Ihnen ... Da gab es Lärm und Schmutz und fremde Leute“ (24. August 1992). Am 26. Mai 1993 wurde das Asylrecht vom Bundestag abgeschafft, drei Nächte später verbrannten Immigranten in Solingen.

Kein Wunder, dass nach Ludwigshafen sofort die Erinnerungen an Solingen hochkamen. Gerade hatte Koch in Hessen seine rassistische Kampagne geführt, und das im Kontext der Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes, die vor allem den Nachzug von Familienangehörigen der türkischen/kurdischen Minderheit verhindern soll. Die Antwort der Sozialdemokratie, SPD und Linkspartei, unterstreicht ihre grundlegende Funktion als bürgerliche Arbeiterparteien, die multiethnische Arbeiterklasse an ihre rassistischen kapitalistischen Herrscher zu ketten. Ihre Antwort auf Kochs Versuche, rassistische Stimmen zu gewinnen mit Rufen nach schnelleren Abschiebungen und „Erziehungslagern“ nach dem Modell der US-„Boot-Camps“, bestand darin, ihn als populistisch zu kritisieren und dafür anzugreifen, er würde nicht für „Sicherheit“ sorgen. Also rufen sie nach mehr Polizei. Unter der Überschrift „Kochs rassistische Kampagne und die Antwort der LINKEN: „Ausbildungsplätze statt Ausländerhetze!“ wettet ein Wahlflugblatt der Linkspartei in Hessen vom 11. Januar: „Koch lenkt ab! Roland Koch

war es, der die Sicherheit in Hessen in den letzten Jahren immer wieder gefährdete: Die Einsparungen im öffentlichen Dienst wirken sich in Hessen auch dramatisch auf die Gerichte, die Bildungspolitik bis hin auf den Polizeidienst aus.“ Die Linkspartei strebt danach, die kapitalistische Staatsmaschine im Dienst der Bosse zu verwalten, wie sie es schon in Berlin in Koalition mit der SPD tut. Dazu gehören in Berlin die Abschiebung von Flüchtlingen, Polizeirazzien und Verbote gegen türkische und kurdische Vereine sowie Angriffe auf die Gewerkschaften. Fast alle Pseudotrotzkisten und anderen reformistischen linken Gruppen unterstützten den Wahlkampf der Linkspartei mit „Koch muss weg!“ So warben sie für die Wahl der Linkspartei als den besten Weg, eine SPD/Grünen-Landesregierung an die Macht zu bringen. Seit den Wahlen, wo Koch eine Abfuhr erhielt und 12 Prozent Stimmen verlor, überschlägt sich die

Linkspartei darin, die Chance zu bekommen, Ypsilanti als Oberbullen von Hessen zu unterstützen (was die SPD nach anfänglich strikter Ablehnung inzwischen in Betracht zieht).

Antirassistische Jugendliche und Arbeiter müssen die Lehren aus Rostock und Solingen ziehen. Wie der jüdische belgische Trotzkist Abraham Léon, der 1944 in Auschwitz ermordet wurde, erklärte: „Die ungezügelter Entfaltung der Produktivkräfte, die auf die engen Grenzen der Konsumtionsfähigkeit stößt – das ist die eigentliche Triebkraft des Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus. Statt dessen erscheint jedoch die *Rasse* als seine offensichtlichste Kraft. Der Rassismus ist also in erster Linie die ideologische Verkleidung des modernen Imperialismus“ (*Die jüdische Frage*, Dezember 1942). Der Kampf gegen Rassismus muss mit dem Kampf zum Sturz des kapitalistischen Systems, das ihn brütet, verbunden werden.

Der bürgerliche Staat dient den Kapitalisten zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft, zur Ausbeutung und Niederhaltung des Proletariats. Er ist daher notwendigerweise ein Instrument zur rassistischen Unterdrückung. Diskriminierung und nationaler Chauvinismus sind entscheidend, um die multiethnische Arbeiterklasse mit ihrem strategischen Bestandteil von Arbeitern türkischer und kurdischer Herkunft zu spalten und an ihre Ausbeuter zu ketten. Die Errungenschaften der Gewerkschaften und die Rechte von ethnischen Minderheiten und Immigranten können nur zusammen im Kampf verteidigt und vorangebracht werden, oder sie werden getrennt zurückgeschlagen. **Organisiert die Unorganisierten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Nieder mit den Ausländergesetzen! Stoppt Abschiebungen durch Gewerkschaftsaktion! Für integrierte gewerkschaftliche Schutztruppen gegen rassistische Überfälle! Bullen raus aus dem DGB!**

Heutzutage haben insbesondere die europäischen Imperialisten, die ihren US-Rivalen militärisch völlig unterlegen sind, ihre ideologische Verkleidung in Richtung heuchlerischer „Menschenrechte“ verändert. 1999 begründete die SPD/Grünen-Regierung die deutsche Teilnahme am NATO-Krieg gegen Serbien damit, der damalige serbische Ministerpräsident Milosevic wäre ein „neuer Hitler“, und sie schickte die Armee des deutschen Imperialismus in ihren ersten Kriegseinsatz seit dem Zweiten Weltkrieg, um ein „neues Auschwitz“ zu verhindern. Heute steht die Bundeswehr auf dem Balkan und in Afghanistan, angeblich um

**Besucht die Website der
Internationalen
Kommunistischen Liga!**

www.spartacist.org

dort „Demokratie“ zu schaffen. *Bundeswehr raus aus dem Balkan, Afghanistan und Nahost!*

Zehntausende Arbeiter schufteten in Ludwigshafen, einem der größten Chemiestandorte Europas, für die Profite der BASF, Teil der früheren IG Farben. Unter den Chemiearbeitern wie in der gesamten multiethnischen Arbeiterklasse Deutschlands, ob deutscher, südeuropäischer, türkischer oder kurdischer Abstammung, gibt es einen tiefen Hass gegen den Nazi-Ab-schaum. Die sofortige Erklärung des SPD-Vorsitzenden Beck, dass es sich bei Ludwigshafen nicht um einen Nazi-Brandanschlag handelt, diente auch dazu, die Gewerkschaften und ihre Arbeiterbasis zu beruhigen, da es ja keinen Anlass zum Handeln gebe und sie dem kapitalistischen Staat vertrauen sollen, der die Sache schon regeln würde. Dabei bekam er wichtige Unterstützung von der zweiten sozialdemokratischen Partei in Deutschland, der Linkspartei, die sich auch um bürgerliche Ruhe und Ordnung bemühte. So erklärte die migrationspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Linkspartei Sevim Dağdelen: „Spekulationen über die Ursachen der Brandtragödie in Ludwigshafen schaden dem friedlichen Zusammenleben in der Bundesrepublik“ (*Pressemitteilung*, 7. Februar).

Die Arbeiterklasse muss an der Spitze aller potenziellen Opfer der Faschisten mobilisiert werden, um den Nazi-abschaum im Keim zu bekämpfen. Integrierte Arbeiterverteidigungsgruppen müssen Immigrantenviertel, linke Zentren und andere besondere Ziele von Naziterror schützen. Wenn die Nazis sich zusammenrotten, um ihr Programm für neuen Völkermord zu propagieren und dafür zu rekrutieren, wie letztes Jahr in der Nähe von Ludwigshafen am 3. Oktober, dem offiziellen Feiertag der kapitalistischen Konterrevolution, brauchen wir Arbeiter/Immigrantens-Mobilisierungen, um sie zu zerschlagen. Solche Mobilisierungen müssen *unabhängig* von der Bourgeoisie und ihrem Staat erfolgen, der die Nazis schützt. Vertrauen in den kapitalistischen Staat, wie es sich in dem Appell für ein staatliches Verbot der NPD ausdrückt, ist ein *Hindernis* für die notwendigen Mobilisierungen gegen die Nazis. Appelle an den Staat, die Nazis zu verbieten, demobilisieren nicht nur die Arbeiterklasse, sondern schüren tödliche Illusionen in den kapitalistischen Staat, der Gesetze gegen „Extremisten“ immer zuallererst gegen Minderheiten, die Linke und Arbeiterbewegung einsetzen wird. Die bürgerlichen Arbeiterparteien und ihre Vertreter mit Migrationshintergrund, wie bei Sevim Dağdelen, spielen eine zentrale Rolle dabei, die Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft diesem kapitalistischen Staat unterzuordnen.

Rassistischer Terror, Angriffe auf Arbeiter und Frauen – Konterrevolution bahnte den Weg

In unserer Erklärung zu Solingen schrieben wir: „Wie die Massenarbeitslosigkeit, die diese terroristischen Mörderbanden brütet, kommt der Nazi-Terror aus der kapitalistischen Wiedervereinigung, bei der die SPD an der Spitze stand. Die Konterrevolution hat in ganz Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion rassistischen Terror und massive Angriffe auf die Arbeiter, Minderheiten und auf Frauen und das Recht auf Abtreibung gebracht“ (29. Mai 1993, siehe *Spartakist* Nr. 104, Juni 1993). Wir Trotzisten von der Internationalen Kommunistischen Liga haben mit allen Kräften 1989/90 gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und 1991/92 gegen die Konterrevolution in der Sowjetunion gekämpft. Heute kämpfen wir für die bedingungslose militärische Verteidigung der verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten –



Demonstration am 13. Januar in Berlin zur Ehrung von Liebknecht, Luxemburg, Lenin. KfsV und Spartakisten vertreten klassenkämpferisches Programm gegen rassistische Unterdrückung

China, Kuba, Nordkorea und Vietnam – gegen Imperialismus und innere Konterrevolution.

In der beginnenden proletarisch-politischen Revolution im Herbst 1989 riefen wir in der DDR zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten auf, die der abdankenden stalinistischen Bürokratie die politische Macht entreißen sollten. Wir kämpften für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch politische Revolution im Osten zum Sturz der stalinistischen Bürokratie und durch sozialistische Revolution im Westen zum Sturz und zur Enteignung der Kapitalistenklasse, für ein rotes Räte-Deutschland. Im Kampf für die proletarisch-politische Revolution in der DDR unterstrichen wir die Notwendigkeit eines *internationalistischen* Programms und gaben Grüße an Arbeiter in Ostdeutschland in vietnamesischer, polnischer, portugiesischer und spanischer Sprache heraus, wie auch auf Russisch an die sowjetischen Soldaten und Offiziere. Wir verurteilten auch die Politik der stalinistischen Bürokratie, die „Ausländer“ abgetrennt von der übrigen Bevölkerung in Wohnheimen unterzubringen – was mit ein Ausdruck ihres nationalkonservativen Programms vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ war.

Wir warnten damals, dass eine kapitalistische Wiedervereinigung das gesamte deutsche Proletariat treffen würde, einschließlich im Westen. Und das können wir heute sehen. Fast die gesamte Industrie der Ex-DDR und der anderen zerstörten deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas wurde dem Erdboden gleichgemacht. Die deutsche Bourgeoisie sieht sich nicht länger gezwungen, mit den sozialen Errungenschaften der deformierten Arbeiterstaaten zu konkurrieren. Die Kapitalisten und ihre Regierungen, egal ob CDU/FDP, SPD/Grüne, CDU/SPD oder SPD/Linkspartei, haben allesamt die Gewerkschaften und die Arbeitslosen massiv angegriffen, im Bestreben, den „Sozialstaat“ loszuwerden, den sie nicht mehr als politisch notwendig erachten und der ihnen daher zu teuer geworden ist. Ein Blick an die Ruhr zeigt, wie die gesamte Arbeiterklasse von der resultierenden Massenarbeitslosigkeit betroffen ist. In Städten wie Essen, Duisburg und Gelsenkirchen beträgt die Arbeitslosenquote 16 bis über 20 Prozent. Es trifft zuerst und vor allem Immigranten, die mit Frauen traditionell die industrielle Reservearmee der Bourgeoisie stellen. Mit bundesweit 24 Prozent ist die Arbeitslosenquote unter Immigranten ohne deutschen Pass doppelt so hoch, wie der

bundesweite Durchschnitt und sogar viel höher als in der verwüsteten Ex-DDR, wo sie im Durchschnitt 17 Prozent beträgt.

Im Endergebnis der Konsolidierung deformierter Arbeiterstaaten in Osteuropa in der Periode von 1947/48, nach dem Sieg der Roten Armee über das Dritte Reich, wurde die deutsche Bourgeoisie zunehmend des Zugangs zu ihren historischen Quellen von Arbeitskräften für Superausbeutung beraubt. Ab Mitte der 50er-Jahre holte sie daher ausländische Arbeiter aus Südeuropa und Jugoslawien ins Land. Das deutsch-türkische Anwerbeabkommen erfolgte zehn Wochen nach dem Bau der Mauer, mit dem die DDR ihr ökonomisches Ausbluten durch die Abwanderung von Fachkräften verhinderte, eine bürokratische Maßnahme, die wir verteidigten. Die rassistischen kapitalistischen Herrscher haben sich nie auch nur einen Deut um Lebensbedingungen, Ausbildung und Integration eingewanderter Arbeiter und ihrer Familien geschert. Mit jeder neuen Wirtschaftskrise wurden sie von den Bossen als erste entlassen, abgeschoben oder aus dem Land geekelt.

Der Sieg der kapitalistischen Konterrevolution hat der Bourgeoisie den Zugang zu einem großen relativ gut ausgebildeten Reservoir billiger Arbeitskräfte in Osteuropa verschafft. Und so sehen die kapitalistischen Herrscher einen Teil der türkisch- und kurdischstämmigen Arbeiter und ihrer Familien hier als überflüssige Arbeitskräfte an. Die deutschen Kapitalisten bieten der so genannten zweiten und dritten Generation von hier geborenen Kindern ehemaliger Einwanderer keine Zukunft in Richtung sozialem Aufstieg. Genau wie ihre als Billiglohnarbeiter malochenden Eltern werden sie auf dem untersten sozialen Status gehalten. Die Kapitalisten fürchten diese Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft – in den bürgerlichen Medien als Gespenst „französischer Verhältnisse“ dargestellt – als sozialen Sprengstoff.

In dem Maße, wie die Perspektivlosigkeit und rassistische Ausgrenzung verstärkt werden, bekommt der religiöse Fundamentalismus Auftrieb als Trost für die Hoffnungslosigkeit und als scheinbare Alternative. Der Mord an der kurdischstämmigen Hatun Sürücü durch ihre Brüder im Namen der „Familienehre“ vor drei Jahren in Berlin warf ein Schlaglicht darauf, wie Frauen zwischen Rassismus und der Unterdrückung durch die Familie zermahlen werden. Wie wir damals schrieben:

„Uralte Bräuche wie der Brautpreis, Zwangsheirat und Ehrenverbrechen existieren in Ländern, die durch imperialistische Dominierung rückständig gehalten werden, und in den belagerten Ghettos deutscher Städte, wo fehlende Staatsbürgerrechte und Aufenthaltsrechte es jungen Frauen fast unmöglich machen, sich von ihren Familien zu lösen... Die Befreiung der Frau beginnt im Klassenkampf und wird letztlich dadurch beendet werden, dass die Arbeiterklasse die Macht übernimmt und Frauen von der uralten Familiensklaverei befreit und die Gesellschaft im Interesse aller Unterdrückten reorganisiert.“ (*Spartakist* Nr. 158, Frühjahr 2005)

Obwohl sie massiv von Arbeitslosigkeit betroffen sind, stellen türkisch- und kurdischstämmige Immigranten und ihre hier geborenen Kinder immer noch einen wichtigen Bestandteil der Arbeiterklasse in strategischen Industrien wie der Metallindustrie dar. Die jetzige Situation unterstreicht, was Trotzki im Übergangsprogramm (1938) schrieb:

„Bei Strafe seiner eigenen Zersetzung darf das Proletariat nicht dulden, daß ein wachsender Teil der Arbeiter zu Dauerarbeitslosen, zu Elenden gemacht wird, die von den Abfällen einer sich zersetzenden Gesellschaft leben. Das **Recht auf Arbeit** ist das einzige ernsthafte Recht, das dem Arbeiter in einer auf Ausbeutung begründeten Gesellschaft bleibt. Dieses Recht wird ihm jedoch heute auf

Schritt und Tritt entzogen. Es ist an der Zeit, gegen die ‚strukturelle‘ wie auch die ‚konjunkturbedingte‘ Arbeitslosigkeit neben der Forderung nach öffentlichen Arbeiten die Losung der *gleitenden Skala der Arbeitszeit* auszugeben. Die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen Arbeitende und Arbeitslose in gegenseitiger Bürgerschaft und Solidarität vereinen.“

Das revolutionäre proletarische Programm für Integration

Nachdem Erdogan den Aufbau türkischer Schulen und Universitäten in Deutschland vorschlug, gab es eine chauvinistische Hysterie, er fördere „Parallelgesellschaften“. Die Heuchelei steigert sich ins Unermessliche, wenn von CDU, SPD, Grünen bis zur Linkspartei darüber gesprochen wird, dass Jugendliche und Immigranten Deutsch lernen müssen... und dies, während überall im Bildungsbereich gekürzt wird und die wenigen Sprachprogramme zusammengestrichen werden. Insbesondere seit der Konterrevolution in der DDR wird Jugendlichen der zweiten und dritten Generation die Zukunft verbaut.

Während „ausländische“ Jugendliche (d.h. diejenigen ohne deutsche Staatsbürgerschaft) 10 Prozent der 18- bis 21-jährigen Gesamtbevölkerung (Stand 2005) ausmachten, betrug ihr Anteil im dualen Ausbildungssystem nur 4,4 Prozent. Mit fast 15 Prozent sind Jugendliche mit Migrationshintergrund drei Mal häufiger ohne Ausbildungsplatz oder Beschäftigung als deutsche. Und das schließt nicht die Jugendlichen in Berufsfachschulen und anderen Programmen ein, die eine geringe bis gar keine Chance auf echte Qualifikationen haben, wo Migranten-Jugendliche überdurchschnittlich vertreten sind. Laut einem Mikrozensus 2005 waren 41 Prozent der jungen Menschen mit Migrationshintergrund im Alter zwischen 25 und 35 Jahren ohne einen anerkannten beruflichen Bildungsabschluss. An Stelle von Bildung, Arbeit und einer Zukunft wird überall von Kochs Hessen bis zum Berliner SPD/Linkspartei-Senat rassistische Repression verschärft. So hat SPD-Bezirksbürgermeister Buschkowsky im Berliner Immigrantenbezirk Neukölln, wo die Arbeitslosigkeit teilweise über 25 Prozent beträgt, Privatpolizei aufgestellt, um vor Schulen mit überwiegend ethnischen Minderheiten wie vor Gefängnissen zu patrouillieren. *Polizei, Wachschutz – Raus aus den Schulen!*

Wir kämpfen gegen die rassistische Diskriminierung und nationalen Chauvinismus, für die volle Integration ethnischer Minderheiten in alle Schichten der Gesellschaft – in Schule, Universität und Beruf sowie für den Zugang zu allen kulturellen und sozialen Errungenschaften. Das sozial diskriminierende Bildungssystem ist ganz klar eine zentrale Barriere für Jugendliche ethnischer Minderheiten, um die Abschlüsse zu bekommen, die sie für eine Zukunft in dieser Gesellschaft brauchen. Deutschlands dreigliedriges Schulsystem diskriminiert noch stärker nach sozialer Klassenherkunft als es in anderen modernen Industriestaaten der Fall ist. Das trifft Jugendliche ethnischer Minderheiten, die vorwiegend aus Familien der Arbeiterklasse stammen, besonders hart.

Dazu kommt die rassistische Diskriminierung. So zeigte eine Studie des Bundesinstituts für Berufsausbildung, dass die Differenz bei der Einstellungsquote bei Ausbildungsplätzen zwischen Deutschen und Nichtdeutschen bei gleichem Bildungsstand zunimmt, je höher der Bildungsstand ist. Das heißt, die Chance auf eine Ausbildung unter Hauptschülern ist bei deutschen wie „nichtdeutschen“ Schülern ungefähr gleich schlecht, bei Abschluss einer Realschule oder des Gymnasiums sind „Nichtdeutsche“ zunehmend benachteiligt. Während immer mehr Abiturienten angesichts eines schrumpfenden Arbeitsmarktes an die Universitäten gehen, haben Studiengebühren und offen rassistische



Uwe Steinert

Abschiebeknast Berlin-Grünau (oben), Protest von Krankenhausarbeitern im September 2005 (unten): Berliner SPD/Linkspartei-Senat schiebt ab, attackiert Beschäftigte des öffentlichen Diensts für Bourgeoisie



Spartakist

Maßnahmen wie die Rasterfahndung nach dem 11. September 2001 gegen Studenten muslimischen Hintergrunds die Diskriminierung in der höheren Bildung noch verschärft. Wir sagen: *Gegen rassistische Diskriminierung beim Zugang zu höherer Bildung! Für kostenlose Bildung auf höchstem Niveau für alle! Für staatliche Stipendien, von denen man leben kann, für alle Studenten!*

Wir kämpfen gegen die chauvinistische Forderung, „nur Deutsch“ zu reden, und gegen die Verschärfung der Einwanderungsbeschränkungen unter dem zynischen Vorwand, dass Immigranten Deutsch lernen sollen. Wie die Spartakist-Jugend in Verteidigung von türkisch-deutschsprachigem Unterricht gegen rassistische Angriffe schrieb, „verstehen wir, dass es für diejenigen, die hier leben, lebenswichtig ist, Deutsch lernen zu können, weil dies das einzige Mittel für die Integration in eine deutschsprachige industrielle Gesellschaft ist, die eine gemeinsame Sprache für Produktion und Handel verlangt... Wir befürworten kostenlose zweisprachige Programme als eine rationale Herangehensweise, Kindern eine Brücke zu bauen zwischen ihrer Muttersprache und der deutschen Sprache“ (*Spartakist* Nr. 144, Sommer 2001).

Um wirklich effektiv zweisprachige und ethnisch integrierte Ausbildung einzuführen, bedarf es einschneidender Maßnahmen, um die Ausgrenzungen in der Gesellschaft zu überwinden. Beispielsweise brauchen wir Austauschmaßnahmen, um Schülern aus Bezirken wie Berlin-Neukölln zu ermöglichen, in reichen, gut ausgestatteten Bezirken wie Berlin-Zehlendorf zur Schule zu gehen. Hand in Hand mit kostenlosen Sprachprogrammen sollten Türkisch, Kurdisch, Arabisch oder andere Sprachen wie Polnisch oder Russisch

usw. als zweite bzw. dritte, vierte Amtssprache in Gebieten mit hoher Konzentration von Minderheiten eingeführt werden, etwa in Berlin, Hamburg, einer ganzen Reihe von Städten in der Ruhr, Köln und München. Es sollten Dolmetscher bei Gerichten oder amtlichen Prozeduren zur Verfügung gestellt werden, wenn danach Bedarf seitens der Bevölkerung besteht.

Das ist nur eine kleine Auswahl der vielseitigen Programme, die notwendig sind, um die rassistische Ausgrenzung und Diskriminierung anzugehen. Sicher sind Sozialdemokraten und Liberale in der Lage, vernünftige (wenn auch auf den Rahmen des im Kapitalismus eventuell Machbaren begrenzte) Vorschläge zu unterbreiten, wie z.B. gleichberechtigter Zugang zu Bildung ermöglicht werden könnte, wenn dies dem Bedarf der deutschen Bourgeoisie entspricht. Aber es klappt eine gewaltige Kluft zwischen gelegentlichen Vorschlägen in dieser Richtung und der rassistischen Realität des Kapitalismus.

Herausragendes Beispiel ist die veruchte Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes durch SPD und Grüne 1999, die vorschlugen, das archaische und auf Blutabstammung basierende, zutiefst rassistische deutsche Staatsbürgerschaftsrecht mehr den Realitäten dieses Landes anzupassen und mit den EU-Normen in Übereinstimmung zu bringen. Selbst das wurde durch eine rassistische Gegenmobilisierung aus dem Gleis geworfen und eine viel bescheidenere Reform wurde letztlich 2000 beschlossen. Während die Statistiken besagen, dass etwa 840000 Menschen türkischer Herkunft die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben (zumeist aufgrund der Reform des Jahres 2000), so ist selbst das immer noch nur ein Drittel der gesamten hier lebenden türkischstämmigen Bevölkerung. Das unterstreicht die rassistische Entfremdung von „Nichtdeutschen“ in dieser kapitalistischen Gesellschaft.

Darüber hinaus hat der Erwerb deutscher Staatsbürgerschaft nicht im Geringsten etwas an der Diskriminierung in dieser Gesellschaft geändert. Man muss nur schauen, wie das Bildungssystem durch den kapitalistischen Berliner SPD/Linkspartei-Senat angegriffen worden ist. Während es in Berlin 1993/94 noch 16 Grundschulen gab, an denen türkisch-deutschsprachiger Unterricht erteilt wurde, so sind es heute nur noch fünf. Und so ist es ein schlechter Scherz, wenn die Linkspartei in Hessen in Antwort auf Koch nach gleichen Chancen im Bildungssystem und nach mehr Jobs ruft, um den Mangel an Perspektiven für Jugendliche von Minderheiten zu beseitigen, und die SPD herausfordert, dies an der Regierung umzusetzen.

Die Maßnahmen, die notwendig sind, die Diskriminierung dieser Gesellschaft zu durchbrechen und allen gleichen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung, anständigem Wohnraum und einer Berufsausbildung zu verschaffen, widersprechen den Profitinteressen der Kapitalisten und werden nicht durch Parlamentarismus und Reformen in kleinen Schritten durchgesetzt werden. Dringend notwendig ist die Verbindung des Kampfes gegen rassistische Unterdrückung mit dem Kampf der Arbeiterklasse, die allein das objektive Interesse und die soziale Macht hat, die materielle

Grundlage des Rassismus zu beseitigen, indem sie den Kapitalismus stürzt und die Grundlage für eine klassenlose Gesellschaft legt, die auf materiellem Überfluss beruht. Die einzige nennenswerte Integration gibt es in dieser rassistischen Gesellschaft in der Arbeiterklasse, wo Immigranten und Minderheiten Zugang zu sozialer Macht haben und traditionell eine führende Rolle im Klassenkampf spielen. Gegen die rassistische Diskriminierung ist die gewerkschaftliche Kontrolle über Einstellungen und Ausbildung notwendig, mit Sonderprogrammen zur Förderung von Frauen und ethnischen Minderheiten. Nur durch eine sozialistische Planwirtschaft kann die Arbeitslosigkeit letztlich beseitigt werden. **Für eine Arbeiterregierung, um die Bourgeoisie zu entzweigen und eine Planwirtschaft zu errichten!**

Um gegen die tiefgehende rassistische Unterdrückung und Diskriminierung in dieser Gesellschaft vorzugehen, sowie die Integrität der Gewerkschaftsbewegung selber zu verteidigen, ist harter Klassenkampf erforderlich. Das Haupthindernis dazu ist die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, die eben nicht die Gewerkschaften in Klassenkampfaktionen für die unnachgiebige Verteidigung der ökonomischen Errungenschaften der Arbeiter mobilisieren möchte, ganz zu schweigen von unabhängigen Mobilisierungen gegen rassistische Diskriminierung und Nazi-Terror. Stattdessen betreiben sie Klassenzusammenarbeit mit der deutschen Bourgeoisie im Namen des „Standort Deutschlands“. Die Gewerkschaftsbürokratie ist sowohl mit der SPD als auch mit der Linkspartei verbunden, deren reformistische Programme darauf beruhen, die Kapitalisten zu beraten, wie die vorhandenen, viel zu wenigen Jobs besser aufgeteilt werden können. Das führt notwendigerweise zur chauvinistischen Spaltung der Arbeiter.

Dies zu durchbrechen erfordert einen politischen Kampf für eine klassenkämpferische Führung der Gewerkschaften, und den Bruch der Arbeiterbasis von der Klassenzusammenarbeit à la SPD und Linkspartei. Im krassen Widerspruch zu dieser strategischen Notwendigkeit befinden sich die pseudolinken Gruppen, deren Politik und Programm völlig von der Akzeptanz der rassistischen kapitalistischen Ordnung definiert werden, nachdem sie die Imperialisten und Sozialdemokraten bei der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa und Sowjetunion unterstützt haben. Ein Beispiel ist die pseudotrotzkistische Sozialistische Alternative (SAV), die in der Februarausgabe ihrer Zeitung *Solidarität* Kochs rassistische Kampagne behandelte. Skandalöser Weise diskutieren sie Kochs rassistisches „Ablenkungsmanöver“ (wie sie es nennen) auf der Ebene von Kriminalstatistiken: „Wie kriminell sind Jugendliche

und MigrantInnen?“ Die einzige Perspektive, die sie in Antwort darauf anbieten ist: „Um so wichtiger, den Widerstand gegen sinkende Einkommen, Sozialabbau und Entlassungspläne zu verstärken – gemeinsam, unabhängig von der Hautfarbe.“ Das ist in Wirklichkeit eine Abdeckung, *nicht* dafür zu kämpfen, die Arbeiterbewegung aktiv gegen rassistische Unterdrückung zu mobilisieren. Doch ohne das ist alles Gerede von gemeinsamem Kampf hohles Geschwätz. Wenn die Arbeiter deutscher Herkunft nicht aktiv gegen die Diskriminierung ihrer türkisch- und kurdischstämmigen Kollegen kämpfen, wie soll da die Klasseneinheit gegen den gemeinsamen Klassenfeind aufgebaut werden!?

Die „Farbenblindheit“ des Gewerkschaftsreformismus, der von der SAV vorgetragen wird, ist der Schmiedung einer Avantgardepartei von Berufsrevolutionären entgegengesetzt, deren Ideal, wie Lenin in *Was tun?* (1902) schrieb, „nicht der Sekretär einer Trade-Union, sondern der *Volks-tribun* sein muß, der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um *vor aller Welt* seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um *allen* und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen.“

Die „Farbenblindheit“ der SAV geht Hand in Hand mit ihrer Liquidierung (im Westen) in die Linkspartei, was Teil ihrer reformistischen Strategie ist, Druck auf die Sozialdemokratie auszuüben, kämpferischer zu sein. So begeistert sich ein Artikel der gleichen Ausgabe der SAV-Zeitung *Solidarität* über die Wahlergebnisse in Hessen und Niedersachsen. Während sie milde Kritik an der Wahltaktik der Linkspartei-Führung üben, schlussfolgern sie: „Die Linkspartei darf ihre Partner nicht in den Reihen der Sozialräuber suchen, sondern bei jenen, die durch Kochs Tarifbruch, Sozialkürzungen oder Bildungspolitik bisher betroffen waren. Widerstand auf der Straße, Streiks und Proteste sind die besten Argumente und das beste Druckmittel für DIE LINKE im Landtag – und darüber hinaus.“ Im Gegensatz zu diesem reformistischen Programm kämpfen wir von der SpAD und der Spartakist-Jugend darum, Jugendliche der ethnischen Minderheiten, antirassistische Jugendliche und Arbeiter zu einem revolutionären, internationalistischen Programm zu gewinnen, um das gesamte verrottete rassistische kapitalistische System loszuwerden.

Die Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft werden in der kommenden Arbeiterrevolution in Deutschland eine Schlüsselrolle spielen. Sie sind auch ein lebendiges Verbindungsglied zum notwendigen Kampf für permanente Revolution in Türkei und Kurdistan (siehe Artikel Seite 36). Wir kämpfen für den Aufbau einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei, die als Volkstribun aller Unterdrückten kämpft. Das beste Vorbild einer solchen Partei waren und sind die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki. Im zaristischen Völkergefängnis mobilisierten sie die Arbeiterklasse gegen die antisemitischen Pogromisten. Ihr Kampf gegen jegliche rassistische und nationale Unterdrückung war die Voraussetzung, die multinationale Arbeiterklasse des zaristischen Russlands gegen ihre gemeinsamen Ausbeuter zu vereinen und an der Spitze der armen Bauernschaft in der Oktoberrevolution an die Macht zu führen. Die Oktoberrevolution war ein Leuchtfeuer für die Unterdrückten weltweit und sie weist auch heute auf den einzigen fortschrittlichen Ausweg aus Krieg, Rassismus und kapitalistischem Elend. **Von Berlin bis Ankara – Für sozialistische Arbeiterrevolution! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!**■



Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost € 25,-
Seepost € 10,-

Zu beziehen
über die
Verlagsanschrift



Axel Krause/LAIF



AP

„Kopftuch-Krieg“ in Türkei zerreibt Frauen zwischen Islamismus und Kemalismus. Links: AKP-Anhängerinnen in Konya gegen Kopftuchverbot. Rechts: Nationalisten protestieren am 9. Februar in Ankara gegen Aufhebung des Kopftuchverbots an Unis. Nur Perspektive für sozialistische Revolution weist Weg für Frauenbefreiung

Türkei...

Fortsetzung von Seite 36

im Gegenzug freie Hand in der Kopftuchfrage.“

Am 22. Februar, zeitgleich mit der Bodenoffensive der türkischen Armee gegen die Kurden im Nordirak, bestätigte Staatspräsident Gül die Aufhebung des Kopftuchverbots. Für den 7. März, anlässlich des Internationalen Frauentags, gibt es bereits Aufrufe von kemalistischen und NGO-Organisationen zu Massenprotesten in Izmir und Ankara gegen die Verfassungsänderung.

Die treibende Kraft hinter den Mobilisierungen war eine De-facto-Koalition der Armee, der bürgerlichen Republikanischen Volkspartei (CHP) und des Verfassungsgerichts, die sich als Wächter des „säkularen Erbes“ von Mustafa Kemal Atatürk, dem nationalistischen Begründer der modernen Türkei, darstellen. Die Wahlen selbst wurden angesetzt, nachdem das Verfassungsgericht, ermutigt durch Drohungen des Militärs gegen die Regierung, Güls Ernennung im Mai 2007 für verfassungswidrig erklärt hatte. Der Protest in Ankara 2007 wurde organisiert vom Atatürkschen Denkverein, dessen Chef ein früherer Militärkommandant ist, gegen den zur Zeit wegen Planung eines Putsches 2003/04 ermittelt wird. Es ist eine tödliche Illusion, im Kampf für die Befreiung der Frauen das blutige Militär als Verbündeten zu sehen.

Für permanente Revolution!

In der Türkei, einem vom Imperialismus unterjochten Land, das Europa und Kleinasien verbindet, existieren massive soziale und politische Widersprüche. Leo Trotzki, der gemeinsam mit W.I. Lenin die Russische Revolution von 1917 führte, nannte dies „kombinierte und ungleichmäßige Entwicklung“. Als einziges der islamischen Länder ist die Türkei offiziell säkular, aber die moderne Türkei entstand nicht durch eine bürgerliche Revolution, sondern durch die Unterordnung des klerikalen osmanischen Staates unter die nationalistischen Kräfte, geführt von Atatürk. Der aufsteigende türkische Nationalismus bedeutete unbarmherzige Unterdrückung nationaler Minderheiten, insbesondere Massaker an Armeniern und Kurden. Bis zum heutigen Tag sieht man in jedem Aspekt der türkischen Gesellschaft eine ungleichmäßige soziale Entwicklung. Neben einem beträchtlichen Industrieproletariat gibt es die Bauernmassen, die in der anatolischen Kernregion immer noch vorkapitalistischen Formen der Ausbeutung unterworfen sind. Hinter Istanbuls Kneipen und schicken Cafés, hellen Einkaufszentren und unverschleierten Frauen in Jeans oder Mini-

röcken gibt es ein riesiges Land, das immer noch barbarischen, jahrhundertealten frauenfeindlichen Praktiken verhaftet und durch große Arbeitslosigkeit und schreckliche Armut gekennzeichnet ist.

Nun konkurrieren die Kräfte des politischen Islam mit denen der „säkularen“, vom Militär unterstützten Bourgeoisie darüber, wer das Schicksal der Türkei bestimmen und die Profite einstreichen soll. Wir revolutionären Marxisten lehnen diesen Rahmen ab, denn dies sind die „Alternativen“ einer bankrotten herrschenden Kapitalistenklasse, die unfähig ist, dieses Land zu modernisieren. Stattdessen ist unser Ziel die revolutionäre Mobilisierung der machtvollen multiethnischen türkischen Arbeiterklasse, an der Spitze aller Unterdrückten, die allein in der Lage ist, die Ketten der Rückständigkeit zu zerbrechen.

Die Türkei ist mit ihren enormen sozialen Widersprüchen ein machtvolleres Argument für Trotzki's Theorie der permanenten Revolution, die schon in der bolschewistischen Revolution von 1917 ihre lebendige Bestätigung fand. Trotzki's Theorie bietet das Programm zur Lösung der grundlegenden demokratischen Fragen, die sich in Ländern wie der Türkei durch die kombinierte und ungleichmäßige Entwicklung stellen, Länder, in denen sich der Kapitalismus erst in der Epoche des Imperialismus herausbildete. In solch ökonomisch rückständigen Ländern ist die schwache nationale Bourgeoisie, die abhängig von ihren imperialistischen Herren ist und ihr „eigenes“ Proletariat fürchtet, unfähig, die demokratischen Aufgaben anzugehen, die zuvor mit den bürgerlichen Revolutionen Europas verknüpft waren: Trennung von Religion und Staat, Agrarrevolution, nationale Unabhängigkeit. Um die Lösung dieser Aufgaben sicher zu stellen, ist es notwendig, dass die Arbeiterklasse durch sozialistische Revolution die Macht ergreift. Eine Handvoll der mächtigsten Imperialisten, die die Welt schon zur Ausbeutung unter sich aufgeteilt haben, schnürt ökonomisch den Massen der halbkolonialen Länder die Luft ab. Wie Trotzki schrieb, gilt für solche Länder,

„daß die volle und wirkliche Lösung ihrer *demokratischen Aufgabe und des Problems ihrer nationalen Befreiung* nur denkbar ist mittels der Diktatur des Proletariats als des Führers der unterdrückten Nation und vor allem ihrer Bauernmassen.“ (*Die permanente Revolution*, 1930)

Das Proletariat an der Macht wird die Bourgeoisie und ihre imperialistischen Herren enteignen, um eine vergesellschaftete geplante Wirtschaft einzuführen, in der sich die Produktion nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen richtet und nicht nach Profitinteressen. Aber ohne internationale



AP



Spartakist

Direkt nach Aufhebung des Kopftuchverbots durch AKP-Regierung führen Generäle Angriff auf PKK in Nordirak. Links: Vormarsch türkischer Panzer. Rechts: Berlin, 27. Februar, Spartakisten bei Protest gegen Angriffe

Ausweitung der Revolution, vor allem in die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder, wird die Entwicklung der sozialen Revolution angehalten und letztlich umgedreht.

Die Kämpfe der türkischen Arbeiterklasse wurden wiederholt von stalinistischen Reformisten zunichte gemacht, die das klassenkollaborationistische Programm der „Revolution in Etappen“ propagierten und so Illusionen in die angeblich „progressiven Kräfte“ der zutiefst antikommunistischen CHP verbreiteten. Das Programm des Kampfes für eine „demokratische“ Revolution im Bündnis mit einem fiktiven „progressiven“ und „antiimperialistischen“ Flügel der Bourgeoisie, wobei der Kampf für den Sozialismus in eine unbestimmte Zukunft verschoben wird, hat eine blutige Niederlage nach der anderen bewirkt. Von den Massakern, die General Suharto 1965 an indonesischen Kommunisten beging, bis zu Pinochets Terrorherrschaft 1973 über die Massen Chiles hat die Geschichte immer wieder gezeigt, dass die erste „Etappe“ der „Etappenrevolution“ im Blut der Arbeiter und Unterdrückten ertrinkt. Die zweite Etappe folgt nie. Wie wir in unserer „Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms“ (*Spartakist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998) schrieben:

„Trotzkis Programm der permanenten Revolution ist die Alternative zu einem Hirngespinnst, das auf die rückständige, vom Imperialismus abhängige Bourgeoisie des eigenen unterdrückten Landes als Mittel zur Befreiung vertraut.“

In der Türkei ist ebenso wie in anderen rückständigen Ländern die Unterdrückung der Frauen tief verwurzelt im religiösen Obskurantismus und vorkapitalistischen „Bräuchen“, die vom Imperialismus manipuliert und aufrechterhalten werden. Vor allem ist die Institution der Familie überall die zentrale Quelle, die die Unterjochung der Frauen aufrechterhält.

Die Entwicklung des Kapitalismus im 17. und 18. Jahrhundert erzeugte die sozialen und politischen Revolutionen gegen Aristokratie, Monarchie und die Kirche, die die alte Feudalordnung stützten. Und Frauen profitierten davon besonders. Die elementaren Rechte, die Frauen im Westen als selbstverständlich ansehen – Wahl des Ehepartners, Geburtenkontrolle, Scheidung, Zugang zu Bildung, Wahlrecht – existieren nicht für Frauen in den an Traditionen gefesselten

und von religiösen Führern beherrschten Ländern des Ostens. Christentum und Judentum mussten sich dem aufsteigenden Industriekapitalismus und bürgerlichen Nationalstaaten anpassen, während der Islam dies nicht musste, da er seine Wurzeln in jenen Teilen der Welt hatte, wo die imperialistische Durchdringung die soziale Rückständigkeit als Stütze für seine Vorherrschaft verstärkte. Aber auch bürgerlich-demokratischen Errungenschaften beseitigen nicht die grundlegende Unterdrückung der Frauen durch die Institution der Familie.

In *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* (1884) erklärte Friedrich Engels, dass die monogame, auf väterlicher Abstammung basierende Familie „auf die Herrschaft des Mannes, mit dem ausdrücklichen Zweck der Erzeugung von Kindern mit unbestrittener Vaterschaft“, gegründet ist. Zusammen mit dem Staat und der organisierten Religion ist die Familie die Hauptstütze der sozialen Reaktion, sie reglementiert die Bevölkerung, drillt Unterordnung unter Autoritäten und verstärkt den Griff der Religion. Arme und werktätige Frauen sollen die Aufgabe erfüllen, eine neue Generation ausgebeuteter Arbeiter für die Herrschenden heranzuziehen. Frauen am Herd sind isoliert vom Zentrum der Produktion, aber als Arbeiterinnen haben sie gemeinsam mit ihren männlichen Kollegen eine große potenzielle soziale Macht, das kapitalistische System umzustürzen. Nur eine sozialistische Revolution kann die Basis schaffen für die Ersetzung der Familie und für die gesellschaftliche Unabhängigkeit der Frauen, indem Kinderbetreuung, Wäschereien, Kantinen kollektiv organisiert werden.

Die Demonstrationen vom letzten Jahr, an deren Spitze die kemalistische Bourgeoisie und das Militär standen, zeigen: Werden Frauen nicht als Teil des Kampfes der Arbeiterklasse mobilisiert, können sie von anderen Kräften für reaktionäre Ziele mobilisiert werden. Das Schicksal der Frauen und ihr Kampf um Emanzipation ist eine strategische Frage. Da die Unterdrückung der Frauen integraler Bestandteil der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse ist und ideologisch von der Religion propagiert wird, kann Frauenunterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft nicht abgeschafft werden. Ohne einen Kampf dafür, die Unterdrückung der Frauen, die alle Formen gesellschaftlicher

Rückständigkeit verstärkt, zu beenden, wird es überhaupt keine proletarische Revolution geben.

Um das enorme revolutionäre Potenzial des Proletariats zu entfesseln, ist die Führung einer wirklich kommunistischen Arbeiterpartei nötig, die Frauen in ihre Führung hineinzieht. Sie muss bewaffnet sein sowohl mit einem Programm politischer Unabhängigkeit der Arbeiterklasse und für sozialistische Revolution als auch mit einer umfassenden Vorstellung einer Gesellschaftsordnung von Gleichheit und Freiheit. Eine solche Partei wird für volle Gleichheit von Frauen und ihre Integration in die Produktion kämpfen, wo sie soziale Macht erlangen. Eine solche Partei fordert gleichen Lohn für gleiche Arbeit und wird den Kampf führen gegen all solche rückständigen Praktiken wie „Ehren“morde, Polygamie und den Brautpreis. Der Kampf für grundlegende Bedürfnisse und demokratische Rechte – Abschaffung der arrangierten und Zwangsehe und der Absonderung unter dem Schleier, Freiheit von Armut und gesetzlicher Unterordnung, das Recht auf Bildung und kostenlose Gesundheitsversorgung, einschließlich des Rechts auf kostenlose und sichere Abtreibung auf Wunsch – greift die Grundlagen der imperialistisch-beherrschten kapitalistischen Gesellschaftsordnung an und wirft so nichts Geringeres auf als eine sozialistische Revolution.

„Kopftuch-Kriege“ und Frauenunterdrückung

Die Imperialisten begrüßten die Wiederwahl der AKP im vergangenen Juli. Ein EU-Sprecher erklärte: „Gül ist in Europa anerkannt“, und Finanzanalysten in den USA sprachen ähnlich optimistisch über die AKP. In den fünf Jahren, die die AKP jetzt an der Macht ist, führte sie Privatisierungen durch, griff die türkischen Gewerkschaften an und befolgte in den meisten Fällen auch sonst Buchstaben getreu das Diktat des Internationalen Währungsfonds (IWF). Solange Erdogan den Imperialisten Stabilität und Profite liefert, wird sein Ziel, die Widersprüche der Türkei zugunsten des Islam zu lösen, seine europäischen und amerikanischen Herren nicht übermäßig aufregen.

In dieser Hinsicht verlor die AKP nach ihrem Sieg keine Zeit. Der Entwurf einer neuen Verfassung wurde angekündigt, die das seit langem bestehende Verbot für Kopftücher an Universitäten und in öffentlichen Einrichtungen aufhebt und eine Klausel der gegenwärtigen Verfassung, die die Regierung verpflichtet, „Gleichheit für Männer und Frauen sicherzustellen“, durch eine Klausel ersetzt, die Frauen als eine „verletzliche Gruppe, die besonderen Schutz braucht“ beschreibt. Gleichzeitig beginnen die Kräfte der islamischen Reaktion, die sich ermutigt fühlen, die politische und soziale Landschaft der Türkei zu verändern, auch in Städten wie Istanbul. Einige Behörden organisieren die Arbeitszeiten entsprechend der Gebetszeiten, und in höheren Schulen werden Jungen und Mädchen getrennt, eine völlig reaktionäre Maßnahme. Während des Ramadan letzten Herbst, der für Muslime heilig ist, servierten die meisten Restaurants keinen Alkohol mehr und die Polizei verprügelte brutal Menschen, die rauchten und Alkohol tranken. Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist der politische Islam im Nahen Osten im Aufstieg begriffen, und das hat Auswirkungen, wie man ganz offensichtlich in Istanbul sieht, wo Schleier und

Kopftuch immer mehr in den Vordergrund treten – heute verhüllen sich mehr als 60 Prozent der türkischen Frauen in irgendeiner Form.

Das Verbot des Schleiers geht zurück auf die Anfänge der Republik, als Atatürk bei seiner Kampagne, das Land mit vorgehaltener Waffe zu modernisieren, massiv gegen religiöse Symbole zu Felde zog und Dekrete herausgab, die in Schulen und öffentlichen Einrichtungen jegliche Form religiöser Kleidung verboten. Der gegenwärtige „Kopftuch-Krieg“ geht zurück auf Anfang der 1980er-Jahre, als die Militärs, die selbsternannten Wächter der „säkularen Ordnung“, das Verbot nach ihrem Putsch 1980 wieder einsetzten. Natürlich waren die aufsteigenden Kräfte des islamischen Fundamentalismus dagegen.

Als die islamische Wohlfahrtspartei von Necmettin Erbakan 1996 an die Macht geschwemmt wurde und den Schleier in Behörden erlaubte, bekräftigte das Militär erneut das Verbot des Schleiers als Teil ihrer Bemühungen, die Welle „islamischer subversiver Aktivitäten“ zu stoppen. Erbakan wurde 1997 durch das Militär unter Zwang aus seinem Amt gedrängt und 1998 wurde seine Wohlfahrtspartei verboten. In diesem Kontext ging Leyla Sahin, eine Medizinstudentin, die 1998 von der Istanbuler Universität verwiesen wurde, weil sie sich weigerte ihr Kopftuch abzulegen, gegen das Verbot vor Gericht. Im November 2005 urteilte der bürgerliche Europäische Gerichtshof für Menschenrechte über ihren Fall und stützte das Verbot der Türkei gegen das Kopftuchtragen von Frauen an Universitäten.

Wir sind Gegner des Schleiers, egal in welcher Form, er ist sowohl ein Symbol als auch ein Instrument der Frauenunterdrückung, aber ebenso eindeutig sind wir gegen staatliche Verbote oder Restriktionen gegen den Schleier. Als Marxisten stehen wir für das demokratische Prinzip der Trennung von Religion und Staat, sind sowohl gegen staatliche Finanzierung religiöser Schulen als auch gegen Religionsunterricht in öffentlichen Bildungseinrichtungen. Wir sind für kostenlose säkulare Bildung für alle. Islamische Fundamentalisten werden natürlich jede Lockerung des Kopftuchverbots dazu benutzen, sozialen Druck auf Frauen auszuüben, sich zu bedecken. Trotzdem sind wir gegen staatliche Einmi-



dpa

Frauen verschiedenster Herkunft protestierten mutig gegen spurloses Verschwindenlassen ihrer Angehörigen durch den Staat und Todeschwadronen. Demonstrationen der „Samstags-Frauen“ fanden Ende der 90er-Jahre in der Türkei statt



schung in private religiöse Praktiken, diese ebnet dem Staat den Weg, sich in das Leben religiöser Minderheiten einzumischen und Arbeiter- und linke Organisationen zu unterdrücken.

Ebenso stellen wir uns gegen die Verbote gegen verschleierte muslimische Mädchen und Frauen, die sich inzwischen überall in Europa verbreiten. Diese Verbote sind ganz einfach rassistisch und führten dazu, dass Mädchen der Schule verwiesen und Frauen von ihrem Arbeitsplatz und aus der Öffentlichkeit vertrieben wurden. Die unterdrückte muslimische Minderheit in Europa erleidet tagtäglich Erniedrigungen durch Rassismus, Segregation und Polizeigewalt. Die gegen den Schleier gerichtete Hysterie ist gleichzeitig eine Ausweitung des rassistischen „Kriegs gegen Terror“, der sich überwiegend gegen Muslime richtet.

Wenn in der Türkei oder auch in Westeuropa religiöse Frauen, die sich weigern ihre Kopftücher abzulegen, aus Schulen und Universitäten verbannt werden, dann vertieft das nur noch weiter ihre Isolation von säkularen Strömungen, was den Griff der religiösen Reaktion und die Vorherrschaft der Familie weiter verstärkt. Darüber hinaus werden durch Fälle wie den von Sahin oder von Erdogans Töchtern, die zum Studium in die USA geschickt wurden, wo sie das Kopftuch tragen können, „demokratische“ Rechte vorgeschoben, um von der religiösen Reaktion abzulenken. Die Masse der türkischen Frauen, die meist arm sind, haben die Möglichkeiten von Erdogans Töchtern nicht. Ihr Schicksal ist weiterhin Zwangshe, bedrückende Schuftelei im Haushalt und aufeinanderfolgende Schwangerschaften.

Im Gegensatz zu dem, was Erdogan und islamische Frauengruppen behaupten, bedeutet der Schleier nicht Ausübung „religiöser Freiheit“ und ist kein Zeichen der Unterordnung unter einen Gott. Er ist auch nicht einfach ein reaktionäres Symbol der religiösen Zugehörigkeit wie das christliche Kreuz oder die jüdische Jarmulke. Der Schleier ist das physische Symbol für die Unterwerfung von Frauen unter die Männer, die permanente, aufgezwungene Bekräftigung ihres niederen Status. Er weitet die Ausgrenzung von Frauen, die ihnen durch die reaktionäre Scharia (das islamische Gesetz) aufgezwungen wird, auch auf außerhalb ihrer Wohnung aus.

Die Verhüllung des Körpers der Frau als entzückendes kulturelles Attribut oder einfach eine „Wahl“ der Kleidung darzustellen, ist liberaler Blödsinn. Ein solcher „kultureller

Relativismus“ beschönigt schreckliche Unterdrückung und Marxisten weisen das strikt zurück. Das Kopftuch mag leichter zu ertragen sein als der Tschador oder der Niqab – Ganzkörper-Gefängnisse, unter denen die Trägerin kaum Luft bekommt –, aber sie alle widerspiegeln die Sichtweise, Frauen seien Eigentum, nicht vollwertige Menschen. Der Schleier zeigt krass das soziale Programm der reaktionärsten Kräfte, die von Iran bis Saudi-Arabien und darüber hinaus am Werk sind – er bedeutet schlicht und einfach totale Sklaverei der Frauen.

Atatürk und die Grenzen des bürgerlichen Nationalismus

Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs und dessen Niederlage im Ersten Weltkrieg wurde der Nahe Osten zwischen dem britischen und dem französischen Imperialismus aufgeteilt. Der räuberische Vertrag von Sèvres sollte das Osmanische Reich zerstücken und vom Balkan weghalten. Die Imperialisten machten ihre Rechnung jedoch ohne die Bolschewiki. Die Russische Revolution von 1917 – und ihre Ausweitung ins hauptsächlich muslimische Zentralasien im Verlauf des blutigen dreijährigen Bürgerkriegs gegen die von den Imperialisten unterstützten konterrevolutionären Weißen Armeen – war Auslöser für eine Reihe nationaler Aufstände und Volksaufstände in dem breiten, von britischen Truppen besetzten Landstreifen von Ägypten durch den fruchtbaren Halbmond bis Iran. In der Türkei erhielten Atatürk und seine bürgerlich-nationalistischen Kräfte Massenunterstützung durch einen Bauernaufstand 1919. Die türkische Republik, die aus den Überresten des Osmanischen Reiches hervorging, wurde 1923 gegründet, nach einem erbitterten Krieg, durch den die imperialistischen Kräfte vertrieben wurden, besonders die Briten, deren Ziel es war, ihre Herrschaft über die Türkei durchzusetzen. Die von Britannien gestützte Militäroffensive erlitt eine Niederlage, weil Sowjetrußland unter Lenin fortlaufende ökonomische und militärische Unterstützung an die Türkei leistete.

Atatürk und seine Republikanische Volkspartei erbten ein ökonomisch zurückgebliebenes Land ohne eine Konzentration moderner Industrie. Die kleine Kapitalistenklasse, die existierte, war armenisch und griechisch, mit einem kleineren jüdischen Bestandteil. Um den kapitalistischen Nationalstaat aufzubauen, setzte die kemalistische Bewegung türkischen Nationalismus als Waffe ein. Die Armenier – im Ersten Weltkrieg Opfer einer völkermörderischen Kampagne – wurden aus dem Land vertrieben, ebenso die Griechen, und die Juden wurden mit brutalen Pogromen verfolgt.

Die Kemalisten, die als Avantgarde der entstehenden türkischen Bourgeoisie agierten, begannen ein Reformprogramm, dessen Ziel es war, alle Hindernisse für die Entwicklung eines modernen kapitalistischen Nationalstaates aus dem Weg zu räumen. Um die Bollwerke des institutionalisierten Islams niederzureißen, erklärten sie das Land zu einer „säkularen“ Republik und schafften das Kalifat (Amt des islamischen Herrschers) ab. Der Islam, der keine nationalen Grenzen anerkennt, stand im Widerspruch zum Ziel der Kemalisten, einen türkischen Nationalstaat aufzubauen, so verlor er seine Stellung als Staatsreligion. Das Gesetz der Scharia wurde ersetzt durch eine Verfassung, die auf dem Zivilrecht der Schweiz und dem italienischen Strafrecht beruhte, Polygamie wurde verboten und religiöse Orden und Bruderschaften wurden illegal. Religiöse Symbole – der Schleier in Schulen und öffentlichen Einrichtungen, der Fez überall – wurden verboten. Das lateinische Alphabet wurde eingeführt und ebenso der westliche Kalender.

Auch die soziale Stellung der Frauen änderte sich. Durch

SPARTAKIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 25, Frühjahr 2006

€ 1,50
(im Abo des Spartakist enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 5001 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01





das Blutbad des ersten imperialistischen Weltkriegs und des Unabhängigkeitskriegs gab es riesige Verluste unter Männern, deshalb fehlten Arbeitskräfte. So wurden Frauen in die Arbeiterschaft einbezogen. Bei den Kommunalwahlen 1930 erhielten sie das Recht zu wählen. 1934 erhielten sie das Wahlrecht für Parlamentswahlen als auch das Recht zu kandidieren, weit eher als Frauen in vielen europäischen Ländern. Bei den Wahlen 1937 wurden 18 Frauen als Abgeordnete ins Parlament gewählt (ein solches Ergebnis wurde danach nie wieder erreicht).

Atatürk sah sich als Modernisierer, der mit ein paar Federstrichen das Land aus dem Mittelalter ins 20. Jahrhundert befördern könnte. Seine Reformen, die einer rückständigen Gesellschaft aufgepfropft wurden, die zu 80 Prozent ländlich und von feudalen Strukturen dominiert war, waren notwendigerweise partiell und anfällig gegenüber Versuchen, sie wieder rückgängig zu machen. Der Türkei fehlte nicht nur eine nationale Bourgeoisie, sondern auch ein Proletariat von Bedeutung, das allein in der Lage gewesen wäre, das Land umzuwandeln und die Basis für andauernden sozialen Fortschritt zu legen. Wie Trotzki in *Die permanente Revolution* schrieb:

„Unter den Bedingungen des imperialistischen Zeitalters kann die national-demokratische Revolution nur dann bis zum siegreichen Ende durchgeführt werden, wenn die sozialen und politischen Verhältnisse des Landes reif dazu sind, das Proletariat als den Führer der Volksmassen an die Macht zu stellen. Und wenn dieses noch nicht der Fall ist? Dann wird der Kampf um die nationale Befreiung nur sehr geteilte, und zwar gegen die werktätigen Massen gerichtete Resultate ergeben.“

Die Resultate richteten sich in erster Linie gegen die noch jungen Kommunisten. Zwar hatte Atatürk nach dem sowjetisch-türkischen Vertrag das Verbot der Kommunistischen Partei aufgehoben, aber sobald das von den Briten unterstützte griechische Militär 1922/23 besiegt worden war, zerschlug Atatürk die Kommunisten und ermordete ihre Führer. Ziel des jungen Sowjetstaates und der Kommunistischen Internationale war gewesen, die Sache der sozialistischen Revolution in der Türkei voranzubringen, und die Komintern verurteilte scharf „diese neuen Verbrechen der herrschenden Klassen in der Türkei“.

Atatürks Reformen konnten nicht die grundlegenden demokratischen Fragen lösen. Es gab keine Versuche einer Landreform oder der Enteignung der Großgrundbesitzer. Ohne auch nur im Geringsten die Frage nationaler Minderheiten zu lösen, besonders die kurdische Frage, startete Atatürk im Namen des Kampfs gegen religiöse Rückständigkeit einen blutigen Feldzug gegen die Kurden. Bis Ende der 1930er-Jahre waren 1,5 Millionen Menschen entweder massakriert oder zwangsumgesiedelt worden. Der öffentliche Gebrauch und Unterricht in der kurdischen Sprache wurde verboten. Das Kalifat war zwar abgeschafft, eine wirkliche Trennung von Moschee und Staat jedoch nie durchgesetzt worden. Stattdessen wurde die religiöse Hierarchie mittels des Amtes für religiöse Angelegenheiten unter staatliche Kontrolle gestellt. Heute kontrolliert diese Einrichtung mittels eines Stabs von 80 000 Imamen ein Netz von fast 77 000 Moscheen, den Religionsunterricht, Stiftungen und Wohltätigkeitsvereinen und diktiert sogar den Inhalt



ullstein bild

Mustafa Kemal Atatürk (5. von links), Begründer der modernen Türkei, vor dem Parlament 1928 in Ankara. Kemalisten agierten als Avantgarde der entstehenden türkischen Bourgeoisie, setzten türkischen Nationalismus als Waffe gegen Minderheiten ein

des Freitaggebetes.

Frauen in der Stadt, besonders aus der herrschenden Klasse, haben von den kemalistischen Reformen sicherlich profitiert. Aber das Leben der überwältigenden Mehrheit der Frauen, besonders auf dem rückständigen konservativen Land, hat sich kaum geändert. Das Verbot des Kopftuchs wirkte nicht als befreiende Maßnahme, sondern verschärfte noch den Ausschluss von Frauen aus Schulen, Regierungsämtern und dem öffentlichen Leben. Der Abgrund zwischen der säkularen, gebildeten Bourgeoisie und den des Lesens und Schreibens unkundigen Massen, zwischen Stadt und Land, vergrößerte sich noch weiter. Tatsächlich ist es ausgemachter Zynismus, wenn die kemalistische Elite als Vorkämpfer für Frauenrechte posiert. Der gleiche türkische Staat, der unter dem Deckmantel der Befreiung der Frauen den Schleier in Schulen verbot, unterzog jahrelang Schulkinder, Frauen im Polizeigewahrsam und Mädchen in staatlichen Kinderheimen zwangsweise einem Jungfräulichkeitstest; diese Praxis wurde erst abgeschafft, nachdem fünf Mädchen 1999 versuchten, Selbstmord zu begehen. Der niedere Status von Frauen wird bekräftigt durch Lehrbücher, die Kindern die Botschaft einbläuen: „Der Vater ist das Oberhaupt der Familie, und die Ehefrau, die das Essen kocht und sich um die Kinder kümmert, ist seine Gehilfin und Gefährtin.“

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Die sozialen Umwälzungen in Sowjetrußland, besonders in Zentralasien, stellten einen machtvollen Gegensatz zur Türkei Kemal Atatürks dar. Zwischen Kemalismus und Bolschewismus stand die gewaltige Errungenschaft einer tiefgehenden proletarischen Revolution. Nach dem die bolschewistische Revolution die Bourgeoisie enteignet, das Land nationalisiert und die Industrie vergesellschaftet hatte, gab sie den unzähligen unterdrückten Völkern des zaristischen „Völkergefängnisses“ nationale Rechte und schaffte die Güter des Landadels ab. Die ersten Schritte, die der Arbeiterstaat unternahm, um die Wirtschaft im Interesse der Werk-



tätigen zu planen, brachten ungeheure Errungenschaften für die werktätigen Frauen.

Das marxistische Verständnis, dass die Unterdrückung der Frauen mit dem Privateigentum und besonders mit der unterdrückerischen Institution Familie verbunden ist, war integraler Bestandteil des bolschewistischen Programms und der Strategie, den Sozialismus international aufzubauen. Die Russische Revolution zielte darauf ab, Frauen in vollem Ausmaß am ökonomischen, sozialen und politischen Leben teilnehmen zu lassen (siehe auch unseren Artikel „Russische Revolution und Emanzipation der Frauen“, *Spartakist*, deutsche Ausgabe Nr. 25, Frühjahr 2006). Aber den Bolschewiki war sehr klar, dass sie die Rückständigkeit und Armut Russlands nicht per Dekret überwinden konnten: Sie wussten, ohne qualitative ökonomische Entwicklung, die die materielle Basis legen würde für die Ersetzung der sozialen Funktionen der Familie, wäre die völlige Befreiung der Frauen eine utopische Fantasie. Deshalb bauten sie die Kommunistische Internationale auf und kämpften für die internationale Ausweitung der Revolution auf die fortgeschrittenen Industrieländer.

In den historisch muslimischen Regionen Zentralasiens nahmen die Bolschewiki die enorme Aufgabe in Angriff, die Frauen zu befreien. Wenn sie über „Märtyrer, die an der Front der Frauenbefreiung gefallen sind“ sprachen, dann war die Rede von den entschlossenen und heroischen Aktivistinnen der Abteilung für die Arbeit unter Frauen (Schenotdel), die den Schleier anlegten, um den Frauen des muslimischen Ostens die Nachricht über die neuen Sowjetgesetze und -programme zu bringen, die ihr Leben verändern würden. In Zentralasien, wo ein kleines, aber bedeutsames Proletariat die Staatsmacht innehatte, konnte der Arbeiterstaat Einiges des wirtschaftlichen Überschusses der fortgeschrittenen städtischen Gebiete der Sowjetunion einsetzen. Es dauerte mehrere Jahrzehnte, bis die Produktionskapazität



Novosti

Alphabetisierungskampagne des kommunistischen Frauenverbands Schenotdel im sowjetischen Kaukasus. Bolschewistische Revolution eröffnete Weg für die Befreiung der Frauen in den rückständigen Teilen des ehemaligen Zarenreichs

der Planwirtschaft genügend entwickelt war, um Arbeitsplätze, Bildung, medizinische Versorgung und Sozialleistungen in einem solchem Ausmaß zu entwickeln, dass sie primitive islamische Traditionen aushebeln konnte. Zu dieser Zeit war das revolutionäre Programm der Bolschewiki durch die nationalistische Ideologie des Stalinismus vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ und seiner konterrevolutionären Verherrlichung der Familie ersetzt worden. Trotz der Degeneration des sowjetischen Arbeiterstaats zeigte die Planwirtschaft ihre Überlegenheit in den großen Fortschritten, die für Frauen und die historisch muslimischen Völker im sowjetischen Zentralasien erreicht wurden, wo die Bedingungen vor der bolschewistischen Revolution so rückständig und dunkel waren wie im heutigen Afghanistan.

Es ist die unterdrückerische Institution der Familie, die der steigenden Zahl von „Namus“- oder „Ehren“-morden in der Türkei zugrunde liegt, eine barbarische Praxis, die aus der Rückständigkeit ländlicher Gesellschaften herrührt. 1983 besprachen wir Yilmaz Güneys Film *Yol*, in dem ein Ehemann als Strafe für Ehebruch seine Frau ermordet. Ein junges Paar, zur Flucht gezwungen, da die Eltern mit ihrem Heiratswunsch nicht einverstanden sind, wird dann von der Familie der Braut aufgespürt und ermordet (siehe *Spartakist* Nr. 47, Juni 1983). Heute, 25 Jahre später, wird angenommen, dass jedes Jahr mindestens 200 Mädchen und junge Frauen von ihren Familien ermordet werden. Die wirkliche Zahl ist wahrscheinlich viel höher, da die meisten „Ehren“-morde vertuscht und erst gar nicht gemeldet werden oder in Form von „Zwangsselbstmorden“ stattfinden. Laut einem UN-Bericht gibt es weltweit mehr als 5000 „Ehren“-morde pro Jahr, aber die Zahl ist in der Realität ganz sicher weit höher.

Junge Mädchen wurden als „Verbrecher“ erwürgt, lebendig begraben oder zu Tode gesteinigt, weil sie eine einvernehmliche außereheliche sexuelle Beziehung hatten, weil sie einer arrangierten Heirat nicht zustimmten, weil sie einen kurzen Rock trugen, weil sie ein Rendezvous hatten, weil sie einem Jungen einen Blick zuwarfen oder von einem Fremden oder einem Verwandten vergewaltigt wurden. Bösarziger Tratsch in der Nachbarschaft kann die Todesstrafe nach sich ziehen. Bis vor kurzem wurden die Mörder nur leicht bestraft, da laut Gesetz „ungebührliche Provokation“ als Verteidigung anerkannt wurde.

In den bitter armen ländlichen Gebieten der Türkei, wo die Ehre einer Frau den Wert einer Handelsware hat, werden junge Bräute gedemütigt, indem sie nach ihrer Hochzeitsnacht ein blutiges Bettlaken vorzeigen müssen. Anatolische Mädchen werden oft in sehr jungen Jahren an Männer verheiratet, die sie nie gesehen haben, kaum besser als Vieh, dass zu einem guten Preis gekauft wird. Scheidung wird als soziales Tabu angesehen und ist extrem selten; nur 2,6 Prozent der türkischen Frauen über dreißig sind unverheiratet. Heirat zwischen Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft oder unterschiedlichen Glaubens ist nicht erlaubt. Wenn Frauen diese Linien überschreiten, kann dies für sie ein Todesurteil bedeuten (und auch für den Mann, der sie heiratet).

Das harte Leben türkischer und kurdischer Frauen endet nicht, wenn sie nach Europa emigrieren. In den abgesonderten Immigrantengemeinden werden durch Verbindungen mit der Heimat die reaktionären unterdrückerischen Traditionen bewahrt. Junge Frauen, die Immigranten sind oder Minderheiten angehören, sitzen in der Falle zwischen dem Rassismus der Gesellschaft, in der sie jetzt leben, und den erdrückenden strengen Familienregeln. Sie können keine Arbeit finden, mit der sie finanziell unabhängig wären, und so ist ihr Leben eine endlose Saga von Elend. Der Fall von Hatun Sürücü, einer jungen kurdischen Mutter in Deutschland, die 2005 von ihren Brüdern ermordet wurde, zeigt,

dass Frauen ihr Leben riskieren. Ihr „Verbrechen“ war, aus einer arrangierten Ehe auszubrechen, ein unabhängiges Leben mit ihrem Kind führen zu wollen und einen westlichen Lebensstil zu wählen. Wie wir in „Der Mord an Hatun Sürücü“ (*Spartakist* Nr. 158, Frühjahr 2005) erklärten:

„Das Konzept der ‚Familienehre‘, d.h. die Kontrolle der Familie über die Sexualität der Frau, ist nicht ausschließlich islamisch, sondern verbunden mit einer Produktionsweise, in der ein Clan, eine Reihe miteinander verwandter Großfamilien, Land gemeinsam besitzen und bearbeiten.“

Tatsächlich finden im Nahen Osten „Ehren“morde sowohl in christlichen als auch in muslimischen Familien statt. Engels brachte es scharf auf den Punkt: „Um die Treue der Frau, also die Vaterschaft der Kinder, sicherzustellen, wird die Frau der Gewalt des Mannes unbedingt überliefert: Wenn er sie tötet, so übt er nur sein Recht aus“ (*Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*, 1884).

Der Islam steigt auf, die Frauen fallen

Erdogan hat sich viel Mühe gegeben, zu zeigen, dass er nicht die türkische Version der iranischen fundamentalistischen Mullahs ist, und in gewisser Weise stimmt das. Aber er und die AKP haben immer ganz offen über ihr Ziel gesprochen, alle Hindernisse niederzureißen, die der Vorherrschaft des Islam in allen Lebensbereichen entgegenstehen. „Gott sei Dank, diene ich der Scharia“, so posaunte Erdogan einmal heraus (*Wall Street Journal*, 19. Oktober 2006). Nachdem er 1994 zum Bürgermeister von Istanbul gewählt worden war, ernannte er sich selbst zum Imam (muslimischer religiöser Führer) der Stadt, eröffnete öffentliche Veranstaltungen mit Gebeten und verbot Alkohol in kommunalen Restaurants. Dieses Verbot wurde inzwischen auf 61 der 81 Provinzen der Türkei ausgeweitet. Erdogan ist gegen Abtreibung und er versuchte erfolglos, Ehebruch unter Strafe zu stellen. Er schüttelt Frauen nicht die Hand. Jede Vorstellung, die Türkei sei ein „moderater“ islamischer Staat, wies er zurück: „Islam ist Islam“ (*Today's Zaman*, 10. Oktober 2007).

Dieses reaktionäre Klima, wo religiöse Gewalt mit Nationalismus konkurriert, ist todgefährlich. Eine 93-jährige Professorin für sumerische Geschichte wurde vor Gericht gestellt, weil sie ein Buch veröffentlicht hatte, in dem sie den Ursprung des Schleiens in Verbindung zu Prostituierten zur Zeit der Sumerer brachte. In den 1990er-Jahren gab es eine Reihe von Angriffen durch Fundamentalisten und ebenso durch Nationalisten und militärnahe Kreise, bei denen säkulare Schriftsteller, Akademiker, Feministinnen und Journalisten getötet wurden. In jüngerer Zeit wurden mehrere Intellektuelle und Schriftsteller wegen „Verunglimpfung des Türkentums“ vor Gericht gestellt. Einer von ihnen war Orhan Pamuk. Nach einem internationalen Aufschrei wurden die Anklagen gegen ihn fallengelassen. Der türkisch-armenische Journalist Hrant Dink, der dafür eintrat, die Massenmorde an Armeniern aus den letzten Tagen des Osmanischen Reiches aufzudecken, hatte nicht soviel Glück. Seine Ermordung durch einen türkischen Nationalisten war direkte Folge seiner Verurteilung wegen „Verunglimpfung der türkischen Identität“.

Wie in großen Teilen des Nahen Ostens während der letzten zwei Jahrzehnte ist auch in der Türkei der Aufstieg des



Demonstration vom 5. März 2005 in Berlin protestiert gegen brutalen „Ehren“mord an Hatun Sürücü (oben links) Spartakist

islamischen Fundamentalismus zu einer politischen Massenkraft reaktionäres Resultat der Desillusionierung über Unfähigkeit, Korruption und Bankrott von bürgerlichem Nationalismus, über stalinistischen Verrat und vor allem darüber, dass eine lebensfähige kommunistische Alternative fehlt. Frustration, Wut und Verzweiflung der Massen, die aus ihrer harten Not und Demütigung herrühren, haben einen fruchtbaren Boden für die Verbreitung des islamischen Fundamentalismus geschaffen. Religion ist das Opium des Volks, wie Marx sagte, aber es gilt auch:

„Das *religiöse* Elend ist in einem der *Ausdruck* des wirklichen Elendes und in einem die *Protestation* gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist.“

Die Millionen verarmter Bauern, arbeitsloser Jugendlicher und schlecht bezahlter Wanderarbeiter in den Armensiedlungen rund um die großen Städte der Türkei finden in der Religion Trost. Sie richten ihre Hoffnungen nicht nur auf den Himmel, sondern mehr noch auf seine weltliche Repräsentanz in Form der islamischen Solidaritäts-Netzwerke aus Kliniken, Schulen, Wohltätigkeitsgesellschaften,

Women and Revolution

Wir freuen uns, die erste gebundene Ausgabe von *Women and Revolution* anbieten zu können – Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S. *Women and Revolution*, jetzt integriert in *Spartacist*, die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). In ihr spiegelt sich unsere Verpflichtung zum Kampf für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution wider.

Dieser Band, in Leinen gebunden und mit ausführlichem Sachregister, enthält die Ausgaben Nr. 1 (Mai/Juni 1971) bis Nr. 20 (Frühjahr 1980).

€ 27,-

Zu beziehen über die Verlagsanschrift



kein Bildnachweis

Intervention der Roten Armee 1979 in Afghanistan eröffnete den Weg zur Befreiung der afghanischen Völker. Bewaffnete Frauenmiliz bereit zum Kampf gegen mörderische CIA-unterstützte Mullahbanden

Kooperativen und anderen kostenlosen persönlichen und Sozialleistungen. Diese sind inzwischen eine dringend benötigte Alternative zu den mageren Sozialleistungen der Regierung geworden, die gemäß den Diktaten des IWF ausgehöhlt wurden. Diese Millionen stellen ein schier endloses Reservoir für Rekrutierungen zum islamischen Fundamentalismus, der als antiimperialistisch posiert, als Retter vor Massenarmut und Verkünder sozialer Gerechtigkeit.

Der islamische Fundamentalismus begann Anfang der 1980er-Jahre unter der Militärherrschaft der „säkularen“ Generäle aufzublühen. Der Islam wurde als potenzielles Bollwerk gegen Kommunismus und kämpferischen Gewerkschaften angesehen. Die Verfassung der Generäle machte Religionsunterricht an Schulen aller Ebenen unterhalb der Universität zur Pflicht. Die für die Ausbildung der Imame eingerichteten Religionsschulen waren Brutstätten für islamische Ideologie und lieferten der islamisch-fundamentalistischen Bewegung Aktivisten und Führer. Während der Militärherrschaft stieg die Zahl von Absolventen der Religionsschulen um das 14fache, verglichen mit einem dreifachen Anstieg der Zahl von Absolventen säkularer staatlicher Schulen.

Wendepunkt für die islamisch-fundamentalistische Bewegung war die iranische „Revolution“ 1979. Durch den Massenaufstand, der eines der unterdrücktesten vom Westen unterstützten Regime der Region stürzte, erhielt die islamische Reaktion in der Vorstellung vieler verarmter Muslime eine neue Bedeutung als antiimperialistische Befreiungsideologie (fälschlicherweise). Während die meisten Linken auf der ganzen Welt den iranischen Mullahs hinterherliefen, erklärte die Internationale Kommunistische Liga (damals internationale Spartacist Tendenz): „Nieder mit dem Schah! Nieder mit Khomeini! Für Arbeiterrevolution im Iran!“ Nachdem die Mullahs an der Macht waren, verklärten sie die Frauen unter dem Schleier, schlachteten Tausende Arbeiter, Linke und Homosexuelle ab und verstärkten die mörderische Repression gegen Kurden und andere Minderheiten.

Das Wachstum des islamischen Fundamentalismus wurde noch weiter verstärkt in den 1980er-Jahren, als der US-Imperialismus die heiligen Krieger der afghanischen Mudschaheddin gegen die Intervention der Sowjetunion 1979 in Afghanistan massiv bewaffnete und organisierte. Das war die größte verdeckte Operation, die die CIA je unternahm, und stellte Afghanistan in die vorderste Front des unerbittlichen Feldzugs der Imperialisten zur Zerstörung

der Sowjetunion durch kapitalistische Konterrevolution. Wir begrüßten die Intervention der Roten Armee aus ganzem Herzen, denn sie eröffnete den Weg zur Befreiung der afghanischen Völker, besonders der schrecklich unterdrückten Frauen, und wir riefen dazu auf, die Errungenschaften der Oktoberrevolution von 1917 auf die afghanischen Völker auszuweiten. Es war der erste Krieg in der modernen Geschichte, in dem die Emanzipation der Frauen eine zentrale Rolle spielte, und die Rote Armee kämpfte gegen die mörderischen, vom Imperialismus bewaffneten und finanzierten islamischen Fundamentalisten, die unverschleierte Frauen Säure ins Gesicht schütteten und Lehrer ermordeten, die Mädchen Lesen und Schreiben beibrachten. Wir prangerten den Rückzug der sowjetischen Truppen 1989 aus Afghanistan als einen Verrat an den Frauen und der unterdrückten afghanischen Bevölkerung an. Der Abzug der Roten Armee war ein Wendepunkt, der direkt mit dem letztendlichen Zusammenbruch der UdSSR selbst verbunden war, einer historischen Niederlage nicht nur für die Völker der Sowjetunion, sondern für die gesamte internationale Arbeiterklasse.

Wir Trotzlisten kämpften bis zur letzten Barrikade für die Verteidigung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa. Dabei war unser Leitfadene unser trotzkistisches Programm der bedingungslosen militärischen Verteidigung dieser Staaten gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution sowie proletarisch-politischer Revolution, um die stalinistischen Bürokratien zu stürzen. 1989-92 intervenierte die Internationale Kommunistische Liga einzigartig zuerst in Ostdeutschland und dann in der Sowjetunion: Wir kämpften in Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution von 1917. Trotz des Sieges der Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion lebt heute ungefähr ein Viertel der Weltbevölkerung immer noch in Ländern, über die die kapitalistischen Ausbeuter nicht herrschen. Heute kämpfen wir für die Verteidigung der verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten – China, Kuba, Vietnam und Nordkorea. Eine kapitalistische Konterrevolution wäre verheerend und würde die Kapitalisten international ermutigen, noch schärfere Angriffe gegen Arbeiter, Landarbeiter, Frauen, Minderheiten und Immigranten zu starten.

Die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion hat das Wachstum des religiösen Obskurantismus weltweit enorm angefacht: islamischer Fundamentalismus in der muslimischen Welt, protestantischer Fundamentalismus in





den Vereinigten Staaten, orthodox-jüdischer Fundamentalismus in Israel und der immer größer werdende Einfluss der katholischen Kirche. Im Nahen Osten wird als Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion der Sozialismus bestenfalls als gescheitertes Experiment gesehen, nicht als lebensfähige Alternative. In einer Region, in der der Kommunismus einst eine große und wachsende Anhängerschaft hatte, sehen die Massen heute weitgehend die Nationalisten einerseits und die Islamisten andererseits als die einzigen glaubwürdigen Alternativen an.

Es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse in der Türkei, an der Spitze aller Unterdrückten die Herrschaft der türkischen Bourgeoisie zu stürzen. Der Schlüssel für diese Perspektive ist die Schmiedung einer marxistischen Arbeiterpartei. Solche Parteien müssen im gesamten Nahen Osten aufgebaut werden, um die verschiedenen Arbeiterklassen im Kampf gegen den Imperialismus und gegen die eigenen kapitalistischen Herrscher zu vereinen. Der Kampf für die Herrschaft der Arbeiter im Nahen Osten beinhaltet die Zerschlagung des Verbündeten der Türkei, des zionistischen Garnisonsstaates Israel, durch arabisch-hebräische Arbeiterrevolution. Die stalinisierten Kommunistischen Parteien des Nahen Ostens machten diese revolutionäre Perspektive durch ihre Unterordnung des Proletariats unter mythische „progressive“ bürgerliche Kräfte zum Gespött. Deshalb tragen sie ihren Teil der Verantwortung für das Wachstum des islamischen Fundamentalismus unter den arbeitenden und unterdrückten Massen. Der Aufbau revolutionärer Arbeiterparteien ist unabdingbar, um wirklichen Marxismus einzuführen und das Proletariat des Nahen Ostens von Nationalismus und Fundamentalismus zu brechen, im Kampf für sozialistische Revolution.

Die Türkei und die imperialistische Ordnung: Vom Kalten Krieg zur EU

Seit dem Ende des Osmanischen Reiches vor mehr als hundert Jahren war die Türkei sowohl Handlanger als auch wertvolle Beute für die Imperialisten. Die Türkei hat die größte Armee der NATO in Europa und diente ihr im Kalten Krieg als strategisches Bollwerk gegen die Sowjetunion. Heute ist die Türkei militärisch den USA untergeordnet und ökonomisch vom deutschen Imperialismus abhängig. Das Land ist strategisch gelegen, ist Transitland strategischer Energieressourcen für Europa, es vertritt Interessen der Imperialisten im Nahen Osten und weitet deren Einflussbereich aus. 1991 fungierte die Türkei als Startrampe der US-Imperialisten für ihren blutigen Krieg gegen den Irak.

Die Armeegeneräle, die sich als Bewahrer von Atatürks Erbe sehen, vereinen bonapartistischen bürgerlichen Nationalismus mit prowestlichem „Säkularismus“ und wütendem Antikommunismus. Als Handlanger des westlichen Imperialismus und der einheimischen nationalen Bourgeoisie inszenierten sie drei blutige, vom Imperialismus unterstützte Putsche, 1960, 1971 und 1980, um Unruhe in der Bevölkerung zu unterdrücken. Die Generäle sind eingeschworene Feinde der Arbeiterbewegung und der Linken und der „Weg von Atatürks Erbe“ ist übersät mit den Leichen Tausender Kurden, Kommunisten und Gewerkschaftsführer. Ein Parlamentsbericht zufolge, der an die Öffentlichkeit durchsickerte, waren für viele der 14000 ungeklärten Fälle in den 1990er-Jahren, wo Menschen ermordet wurden oder verschwanden, Sicherheitskräfte und die faschistoiden Todesschwadronen der Grauen Wölfe verantwortlich. Am 1. Mai 2007 wurden Arbeiter, die in Istanbul demonstrierten, brutal von der Polizei angegriffen; knapp 600 wurden verhaftet.

Die Frage des EU-Beitritts der Türkei prägt alle Aspekte des politischen Lebens im Land. Seit Jahren führt die türkische herrschende Klasse eine Kampagne, um der EU bei-

zutreten, und sie geriet unter Druck, als Preis des Beitritts ihren Laden in Bezug auf „Menschenrechte“ in Ordnung zu bringen. Zwar verdüstern sich die Aussichten einer EU-Mitgliedschaft, aber viele Türken denken oder hoffen, dass die EU dem Land „Demokratie“ und „Wohlstand“ bringen würde. Manche Kurden denken, die EU werde ihre Unterdrückung beenden, und viele Frauen glauben das gleiche. Aber das ist eine gefährliche Illusion.

Wir sind gegen die EU, ein Kartell der großen europäischen imperialistischen Mächte, bei dem es darum geht, die Konkurrenzfähigkeit gegen die amerikanischen und japanischen Rivalen zu verbessern und die imperialistische Ausbeutung der schwächeren Mitgliedstaaten zu verstärken. Ein solches Bündnis kann nur Bestand haben auf Kosten des multiethnischen Proletariats in Europa und derer, die unter dem Stiefel des Neokolonialismus stehen.

Für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden!

Die kurdische Frage ist in der Türkei zentral. 25 bis 30 Millionen zählt die kurdische Bevölkerung im Nahen Osten, die größte Nation der Welt ohne Staat. Kurden stellen ein Fünftel der Bevölkerung der Türkei. Kurdistan umfasst die Osttürkei und erstreckt sich über einen Teil Syriens und über Nordirak bis in den Iran. Seit Mitte der 1980er-Jahre führt die türkische Armee, unterstützt und bewaffnet von den USA und Deutschland, einen blutigen Krieg gegen die unterdrückte kurdische Minderheit, in dessen Verlauf etwa 37000 Menschen getötet und mehrere Tausend Dörfer niedergebrannt wurden. Die türkische Bourgeoisie ist so fest entschlossen, selbst das kleinste Anzeichen von kurdischem Separatismus auszuradiieren, dass es jahrelang verboten war, in der Öffentlichkeit Kurdisch zu sprechen, und kurdische Namen waren ebenso verboten. Kurden wurden als „Bergtürken“ bezeichnet.

In den letzten Jahren führte die türkische Bourgeoisie kosmetische Reformen ein, um die EU zufrieden zu stellen. Sie erlaubten zynischerweise kurdischen Sprachunterricht in Privatschulen, die sich fast niemand aus der armen kurdischen Bevölkerung leisten kann. Kurdische Radiosendungen wurden auf vier Stunden pro Woche begrenzt und Fernsehsendungen auf zwei Stunden. Und nichts davon beeinträchtigte die unaufhörlichen Angriffe der AKP-Regierung gegen die Kurden. Im März 2007 wurde Ahmet Türk, ein kurdischer Führer der Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er respektvoll über den inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan gesprochen hatte, indem er ihn „Sayin“ nannte, was „Verehrter“ oder „Herr“ bedeutet. Er wurde außer-





Humbert-Droz Archive

1993: Kurden und das mit der Spartakist-Arbeiterpartei verbundene Komitee für soziale Verteidigung protestieren gegen das deutsche Verbot von PKK und kurdischen Vereinen

dem zusammen mit einem stellvertretenden Führer der DTP zu 18 Monaten Haft verurteilt wegen der Verbreitung von Parteiliteratur in kurdischer Sprache. *Wir fordern Freiheit für Öcalan! Hände weg von Ahmet Türk und der DTP!*

Die Lage der kurdischen Bevölkerung in der Türkei hat sich in den letzten Monaten drastisch verschlechtert. Am 21. Oktober 2007 griffen während einer antikurdischen Militäroffensive der Türkei nahe der irakischen Grenze PKK-Guerillakämpfer einen Militärkonvoi an und töteten 12 türkische Soldaten. Erdogan erklärte daraufhin: „Unsere Wut, unser Hass ist groß.“ Dies war Signal für einen massiven Ausbruch von türkischem Nationalismus, in dessen Verlauf am 27. Oktober 300.000 in der anatolischen Stadt Kayseri demonstrierten. Tausende Läufer beim Eurasischen Marathon in Istanbul trugen türkische Fahnen und skandierten Parolen gegen die PKK. Angriffe von Schlägerbanden gegen kurdische Geschäfte wurden in der Presse kaum erwähnt, viele Kurden versuchten, die Pogromgewalt abzuwenden, indem sie an ihren Häusern und Arbeitsstätten türkische Fahnen aufhängten.

Am 22. Februar schickte das türkische Militär, mit offener Hilfe der US-Imperialisten, zehntausend Soldaten über die Grenze nach Irak, um kurdische PKK-Kämpfer „zur Strecke zu bringen“. Schon zuvor, im Dezember, wurden massive Luftangriffe auf irakisches Gebiet geführt. Und schon damals prahlte das Militär, sie hätten bei Angriffen auf Dörfer, Schulen und Krankenhäuser „Hunderte Terroristen“ getötet. Laut einem UN-Bericht waren etwa 1800 Menschen gezwungen, aus ihren Häusern zu fliehen. Wir geben der PKK keine politische Unterstützung, aber wir rufen die internationale Arbeiterbewegung auf, diese blutigen Terrorangriffe des türkischen Regimes zu verurteilen. Die Arbeiterbewegung – auch in der Türkei – muss für die militärische Verteidigung der PKK gegen den türkischen Staat eintreten. Wenn das machtvolle türkische Proletariat gegen diese Angriffe in Verbindung mit Opposition gegen die US-imperialistische Besetzung des Irak und der Verteidigung der nationalen Rechte der Kurden mobilisiert, so wäre dies ein wichtiger Schlag im Interesse aller Unterdrückten. *USA, NATO, Deutschland raus aus Afghanistan! Türkei – Hände weg von der PKK! USA raus aus dem Irak! Türkische Armee raus aus Kurdistan!*

Der Unabhängigkeitskampf des kurdischen Volkes ist nicht nur zutiefst mit dem Kampf für Frauenbefreiung ver-

bunden, er ist auch ein wichtiger Test für die revolutionäre Integrität jeder Partei, die beansprucht, die Arbeiterklasse zu führen. Er ist integraler Bestandteil des Kampfes für proletarische Macht, denn hier geht es um den Sturz der bürgerlichen Herrschaft in der Türkei, in Iran und Syrien und um die Beendigung der amerikanischen imperialistischen Besetzung des Irak. Aber die kurdisch-nationalistischen Führer arbeiteten aktiv und militärisch bei der Invasion des Irak mit den USA zusammen und agieren heute als Handlanger der US-Besatzer. Wie wir in „Die US-Besetzung und die kurdische Frage“ (*Spartakist* Nr. 163, Sommer 2006) schrieben:

„Das ist ein zynischer Abklatsch von Selbstbestimmung des kurdischen Volkes, das Generationen von Unterdrückung durch verschiedene kolonialistische und nationalistische Regime zu erdulden hatte. Die kurdischen nationalistischen Führer im Irak haben sich den amerikanisch angeführten Besatzungsstreitkräften untergeordnet. Und viele irakische Kurden betrachten irrtümlicherweise die Besetzung mit Wohlwollen, als einen Garant gegen arabische Eroberung. Jeder Kampf für kurdische Unabhängigkeit, der nicht den Widerstand gegen die Besetzung und gegen die nationalistischen Parteien, die ihr dienen, zu seinem Ausgangspunkt macht, wird unausweichlich der Besetzung untergeordnet sein...“

Als Teil des multinationalen Proletariats des Nahen Ostens können die kurdischen Arbeiter eine führende Rolle beim Sturz des verrotteten Gefüges spielen, das im Dienste der imperialistischen Herrscher errichtet wurde. Kurdische und türkische Arbeiter in Europa, besonders in Deutschland, können ein lebendiges Bindeglied sein zur Verknüpfung des kurdischen Unabhängigkeitskampfes mit dem Kampf für sozialistische Revolution im Nahen Osten und in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern Westeuropas. Dieser Kampf erfordert die Führung durch internationalistische Arbeiterparteien, die sich die Losung *Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan als Teil einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens* auf ihre Fahne schreiben.“

Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki!

Die vom IWF aufgezwungenen Austeritäts-Maßnahmen riefen Arbeitermassenstreiks hervor, die die Türkei während der gesamten 1990er-Jahre erschütterten. 2001, im Kontext großer, gewerkschaftsdominierter Proteste in Städten der ganzen Türkei, verweigerte die Regierung den USA die Benutzung türkischen Gebiets für die Stationierung von Truppen, was die Eröffnung einer Nordfront im Irakkrieg verhinderte. In den letzten Jahren hat die Arbeiterklasse jedoch bedeutende Niederlagen hinnehmen müssen, infolge zyklischer Wirtschaftskrisen, einer Reihe von Naturkatastrophen und massiver Arbeitslosigkeit aufgrund der brutalen Austeritäts- und Privatisierungsmaßnahmen von IWF und EU und auch infolge von Jahrzehnten des Verrats und der Desorientierung durch die Stalinisten.

Obwohl das integrierte türkische/kurdische Proletariat unter Beschuss steht, hat es nicht aufgehört zu kämpfen. Am Internationalen Frauentag im März 2007 demonstrierten Tausende Frauen, denen sich Gewerkschaften anschlossen, in Istanbul. Auf ihren Bannern stand: „Lasst meinen Körper und meine Ehre in Ruhe“, „Unser Körper gehört uns“ und „Keine ‚Ehrenmorde‘“. Sie forderten Gleichheit und Tagesstätten für Kinder arbeitender Frauen. Sie forderten ein Ende der IWF-Einmischung und ein Ende der Besetzung des Irak. Kurdische Frauen schlossen sich an, die Frieden forderten, und mutige schwule und lesbische Aktivistinnen protestierten gegen ihre Unterdrückung. Diese Demonstrationen sprachen viele der brennenden Fragen an, mit denen Revolutionäre konfrontiert sind, die einen Weg zum Sturz

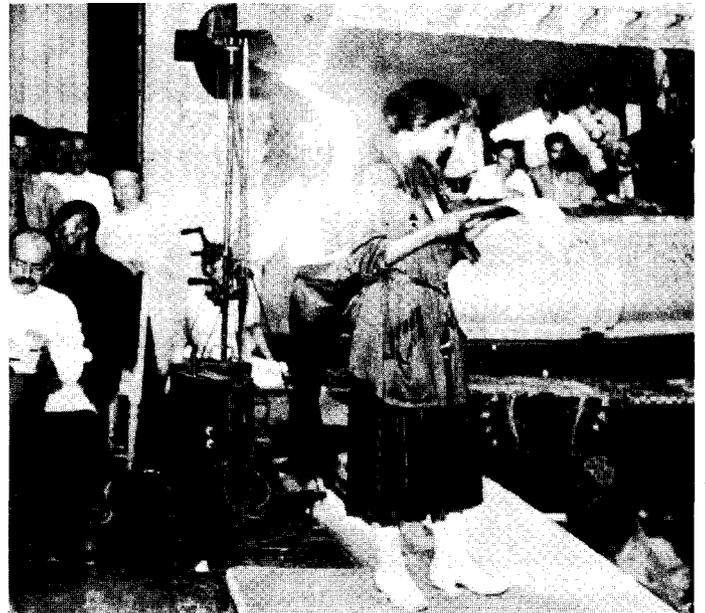


der kapitalistischen Klassenherrschaft in der vom Imperialismus abhängigen Türkei stehen.

Inmitten der Demonstranten marschierten streikende Arbeiterinnen in T-Shirts und Basecaps der deutsch-italienischen Firma Novamed aus einer anatolischen Freihandelszone. Der Streik dieser Arbeiterinnen, der nach 16 Monaten endete, warf ein grelles Licht auf die brutalen Arbeitsbedingungen von Frauen. Zu den Übergriffen des Betriebs, darunter eine „Schwangerschaftsliste“, die regeln sollte, wann es Frauen „erlaubt“ war, schwanger zu werden, kam die schwer lastende gesellschaftliche Unterdrückung. Bevor die Streikenden von Novamed überhaupt die Gewerkschaft ins Leben rufen konnten, mussten sie zuerst die Unterstützung ihrer Ehemänner und ihrer Familien bekommen. Dieser Streik rief weit verbreitete Solidarität hervor und errang einen Tarifvertrag und Lohnerhöhungen. Ein Streik Ende 2007 von 27000 Arbeitern bei Türk Telekom gegen Angriffe auf die Gewerkschaft und für einen neuen Tarifvertrag hatte Auswirkungen auf alle Städte der Türkei.

Im Nahen Osten kann der Kampf gegen den Imperialismus und seine neokolonialen Stellvertreter-Regime nicht innerhalb der Grenzen eines einzelnen Landes gelöst werden. Gerechtigkeit für das palästinensische Volk, nationale Emanzipation für die Kurden und andere ethnische und religiöse Minderheiten, Befreiung der Frauen von Schleier und islamischem Recht erfordern, die kapitalistischen Regime von Iran über Ägypten bis zu den Küsten des Bosphorus hinwegzufegen und eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens zu errichten. Der Kampf für proletarische Macht im Nahen Osten muss verbunden werden mit dem Kampf für die Herrschaft der Arbeiter in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern. Dies erfordert die Schmiedung internationalistischer Arbeiterparteien, um die arbeitenden Massen der Region für den Kommunismus von Lenin und Trotzki zu gewinnen und unbeugsam für die Macht der Arbeiterklasse zu kämpfen.

Der Weg heraus aus der Sackgasse in der Türkei liegt in der Schmiedung einer revolutionären Führung des Proletariats an der Spitze der Bauernmassen, nach dem Vorbild von Lenins Bolschewiki und basierend auf Trozki's Programm der permanenten Revolution und der politischen Unabhängigkeit des Proletariats. Einer solchen Partei wird ebenso wie den Bolschewiki bewusst sein, dass der Kampf für die



Humbert-Droz Archive

Türkische Delegierte Najiya Hanum redet auf dem Ersten Kongress der Völker des Ostens, abgehalten im September 1920 in Baku, Hauptstadt von Sowjet-Aserbaidschan

Frauenbefreiung eine Antriebskraft für die Revolution ist. Wie Trotzki 1924 über die muslimischen Frauen Zentralasiens schrieb:

„Dies bedeutet aber zugleich, daß die in der Lebensführung, in den Sitten und Gebräuchen, in der Betätigung am meisten festgekettete orientalische Frau, die ver-sklavtete der Sklavinnen, wenn sie – gemäß den Forderungen der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse – den Schleier abgelegt haben wird, sich sofort einer gewissen geistigen Stütze beraubt fühlen wird; sie wird leidenschaftliches Dursten danach empfinden, neue Gedanken, ein neues Bewußtsein zu erhalten, die ihr erlauben, ihre neue Lage in der Gesellschaft geistig zu beleben. Und es wird keinen besseren Genossen im Osten geben, keinen besseren Kämpfer für die Gedanken der Revolution, für die Gedanken des Kommunismus, als die erwachte arbeitende Frau.“ ■

SPARTACIST
Kürdistan'ın ABD'ine ve müttefik emperyalistlerin saldırılarına karşı savaşı!
Enternasyonel Komünist Liga'nın davası

SPARTACIST
İLKELER VE BAZI PROGRAM ÖGELERİ BİLDİRİSİ
ENTERNASYONEL KOMÜNİST LİGA (DÖRDÜNCÜ ENTERNASYONALİST)

1. Dünya Sosyalist Devrimi ve Enternasyonel Komünist Liga (Dördüncü Enternasyonalist)
2. Proletarya Özgür Kuvveti
3. Rus Devrimi'ni takip eden Devrimci Enternasyonalistler
4. Komünist ve Sosyalist Enternasyonel Komünist Ligası (Dördüncü Enternasyonalist)
5. Sosyalist Devrimci Enternasyonel Komünist Ligası
6. Devrimci Enternasyonel Komünist Ligası'nın Davası
7. Komünist Devrimci Enternasyonel Komünist Ligası
8. Enternasyonel Komünist Devrimci Enternasyonel Komünist Ligası
9. Sosyalist Devrimci Enternasyonel Komünist Ligası
10. Sosyalist Devrimci Enternasyonel Komünist Ligası
11. Sosyalist Devrimci Enternasyonel Komünist Ligası
12. Sosyalist Devrimci Enternasyonel Komünist Ligası
13. Sosyalist Devrimci Enternasyonel Komünist Ligası

BESTELLT!

In türkischer Sprache:
Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga –
Verteidigt Irak gegen
Angriff von USA und verbündeten Imperialisten!
Nieder mit der UN-Hungerblockade!
23. Oktober 2002 € 0,20

Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms angenommen 1998 von der III. Internationalen Konferenz der IKL € 1,-

In türkischer und kurdischer Sprache:
„Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan“
Erklärung von 1984 € 1,-

SPARTACIST
Sosyalist, Birleşik Kürdistan Cumhuriyeti için!

INTERNATIONAL SPARTACIST TENDENCY
سڵاوێ بۆ کۆنگره‌ی کوردستانی کۆمهڵه‌ی سۆسیالیستی کوردستانی یه‌كگرتوودا

Spartacist Greetings to Kurdish Conference
For a Socialist Republic of United Kurdistan!
(Kurdish: ١٩٨٤)

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Türkei: Frauen und permanente Revolution



Istanbul, Herbst 2007: Kundgebung in Solidarität mit Novamed-Streik. Arbeiterinnen erkämpften inzwischen Tarifvertrag und Lohnerhöhung

Orhan Pamuk, preisgekrönter türkischer Autor, erzählte in seinem Roman *Schnee*, was ein Mitglied der Stadtverwaltung gegenüber Ka sagt, der aus dem politischen Exil zu-

Nieder mit islamischer Reaktion und türkischem Nationalismus!

rückkehrt und eine Welle von Selbstmorden unter jungen Frauen und Mädchen untersucht: „Natürlich ist der Grund dieser Suizide das Gefühl extremen Unglücks bei diesen unseren jungen Frauen ... Aber wenn Unglücklichsein ein triftiger Grund für Selbstmord wäre, würde die Hälfte der Frauen in der Türkei den Freitod wählen.“ Pamuks Roman spielt in Kars im Nordosten der Türkei. In der Stadt Batman, im Südosten Anatoliens, haben Hunderte junger Frauen versucht sich das Leben zu nehmen und Dutzende starben, eine regelrechte Epidemie von erzwungenen oder freiwilligen Selbstmorden. Der große französische utopische Sozialist Charles Fourier erklärte im 19. Jahrhundert, wie in

jeder beliebigen Gesellschaft der Status der Frauen das allgemeine Ausmaß der menschlichen Emanzipation widerspiegelt. Diese Selbstmorde werfen ein grelles Licht auf die schreckliche Unterdrückung von Frauen in der Türkei, sie enthüllen eine Gesellschaft, die gekennzeichnet ist von tiefgehender religiöser und sozialer Reaktion, noch verstärkt und vertieft durch imperialistische Vorherrschaft.

In den politischen Kämpfen, die die Türkei seit einiger Zeit erschüttern, ist die gesellschaftliche Stellung der Frauen zur Hauptauseinandersetzung geworden. Der Wiederwahl von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan und seiner reaktionären Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) im Juli 2007 waren vorher im April massive Proteste zur Verteidigung des Säkularismus der kemalistischen türkischen Bourgeoisie und gegen den Plan der AKP, den Außenminister

Abdullah Gül – dessen Frau Kopftuch trägt – zum Präsidenten zu ernennen, vorausgegangen. Einige türkische Kommentatoren nannten diese Proteste in Ankara, Istanbul und Izmir eine „Revolution der Frauen“, und es hieß, Millionen Frauen hätten sich beteiligt, erschrocken über die Gefahr, die der islamische Fundamentalismus darstellt.

Am 9. Februar stimmte das türkische Parlament einer Verfassungsänderung, die das Tragen von Kopftüchern an türkischen Universitäten erlaubt, zu – trotz vorausgegangener nationalistischer Massenproteste in Ankara und Istanbul. Ein Artikel in *junge Welt* (9. Februar) beschrieb, wie sich das Erdogan-Regime vorläufig die Duldung der Generäle sicherte:

„Vor nicht mal einem Jahr hatten die türkischen Generäle noch mit einem Putsch gedroht, sollte Erdogan die Islamisierung des Landes weiter vorantreiben. Doch auf einmal ist kein Einspruch mehr zu hören. Der Grund dafür ist ein Deal zwischen Regierung und Streitkräften, ließ die DTP-Abgeordnete Aysel Tugluk in einer Parlamentsrede kürzlich durchblicken. Erdogan hat den Militärs freie Hand in der Kurdenfrage gegeben – und erhielt

Fortgesetzt auf Seite 25

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!